

Ideologie

Wohnort

Social
Media

Legitimität



Kandidierende

Klimawandel

Die Bundestagswahl 2021

Perspektiven und Daten aus der deutschen Wahlstudie

Frauke Riebe, Lukas Hetzer & L. Constantin Wurthmann (Hrsg.)

Die Bundestagswahl 2021

Perspektiven und Daten aus der deutschen Wahlstudie

Inhalt

Editorial

3

Joss Roßmann, L. Constantin Wurthmann, Frauke Riebe, Lukas Hetzer & Manuela S. Blumenberg

Einführung – Die Bundestagswahl 2021: Eine außergewöhnliche Wahl in ungewöhnlichen Zeiten

4

Maximilian Etzel

Wie groß war das Vertrauen?

Zur Elektoralen Integrität bei der Bundestagswahl 2021

9

Alina S. Dippel, Lukas Hetzer & Axel M. Burger

Links oder rechts? Die ideologische Selbstverortung von Wähler:innen und ihre Wahrnehmung von Parteien in Deutschland

19

Marius Sältzer & Sebastian Stier

Die Bundestagswahl 2021 auf Twitter

30

Frauke Riebe & Jan Marquardt

Klimawandel & Wahlentscheidung 2021 – eine Frage des Alters?

39

Anne-Kathrin Stroppe & Nils Jungmann

Stadt, Land, Wahl – Welchen Einfluss hat der Wohnort auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021?

49

L. Constantin Wurthmann & Joscha Bäuerle

Eine:r von uns?

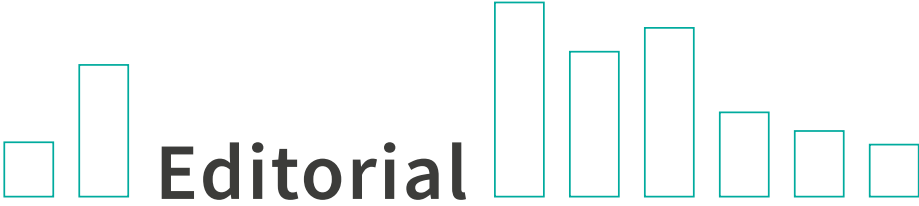
Kandidierende und Wähler:innen zur Bundestagswahl 2021 im Vergleich

61

Joss Roßmann

Data Brief: Die German Longitudinal Election Study (GLES) zur Bundestagswahl 2021

72



Editorial

Die Bundestagswahl 2021 liegt zum Erscheinungstermin dieses Hefts bereits fast ein Jahr in der Vergangenheit. Viele Gewissheiten, die zu diesem Zeitpunkt bestanden, sind seit dem Zeitpunkt ins Ungewisse gerückt. Die russische Invasion in der Ukraine, daraus entstehende Preisexplosionen für Energie und Lebensmittel, die Entstehung neuer Corona-Subtypen – sie alle haben unser Leben nachhaltig verändert. Umso wichtiger erscheint es, mit diesem Heft einen bleibenden Eindruck davon zu schaffen, wie das politische Deutschland nur wenige Monate vor diesen Ereignissen aussah und wie sie das Land geprägt haben. Das vorliegende Heft mag so einen ersten Beitrag dazu liefern, politische Veränderungen auch in Zukunft retropektivisch besser verstehen zu können. Damit diese Ausgabe von easy 67 das Licht der Welt erblicken konnte, war viel Engagement und Liebe fürs Details vonnöten. Umso dankbarer sind wir als Herausgeber:innen zuallererst allen

Autor:innen, die hieran mitgewirkt haben. Ihr füllt dieses Heft mit Eurer Leidenschaft und wir sind dankbar, dass Ihr uns und eine breitere Öffentlichkeit daran teilhaben lasst. Ebenso dankbar sind wir Sophie Zervos, Philip Janßen, Bettina Zacharias und Linna Umme vom Team Wissenstransfer/Publikationen für ihre Anmerkungen und Ratschläge beim Entstehungsprozess des vorliegenden Hefts. Last but not least gebührt unser Dank einer Person, die zwar nur kurze Zeit ein Teil unseres Teams war, diesen Prozess aber mit vollem Einsatz unterstützt und tiefe Spuren hinterlassen hat. Torben Seer hat unser Team über zwei Monate als Praktikant bei der Gestaltung dieses Hefts in einem Ausmaß unterstützt, wie wir es uns nicht hätten besser wünschen können. Torben, wir haben die Farbe des Weizens gewonnen! Nun wünschen wir aber allen Leser:innen viel Freude bei der Lektüre dieses Hefts und freuen uns über Ihr Feedback, wenn Sie dieses mit uns teilen würden.

Mannheim, im Juli 2022

Frauke Riebe, Lukas Hetzer & L. Constantin Wurthmann



Einführung

Die Bundestagswahl 2021: Eine außergewöhnliche Wahl in ungewöhnlichen Zeiten

Joss Roßmann, L. Constantin Wurthmann, Frauke Riebe, Lukas Hetzer & Manuela S. Blumenberg

Der Ausgang der Bundestagswahl 2021 war so unvorhersehbar wie seit Jahrzehnten nicht, was sie zu einer der interessantesten Wahlen der jüngeren Vergangenheit macht. Eine Sicherheit gab es immerhin: Dass Angela Merkel am Ende nicht mehr Kanzlerin sein würde, hatte sie doch im Vorfeld ihren Abschied aus der Politik bekannt gegeben. Allein der Umstand, dass mit Angela Merkel nach 16 Jahren eine amtierende Bundeskanzlerin freiwillig aus dem Amt schied, machte die Bundestagswahl in vielerlei Hinsicht zu einer bemerkenswerten Wahl. So lieferten sich der CDU-Vorsitzende Armin Laschet und der CSU-Vorsitzende Markus Söder wenige Monate vor der Wahl einen aufsehenerregenden Kampf darum, wer die CDU/CSU in den Bundestagswahlkampf führen sollte. Letztendlich gewann Laschet diese Auseinandersetzung, wenn auch keineswegs unbeschädigt. Während sich Laschet und Söder auf offener Bühne gegenseitig attackierten, verhandelten die Vorsitzenden der Grünen, Annalena Baerbock und Robert Habeck, hinter verschlossenen Türen und für die Öffentlichkeit unsichtbar die erste Kanzlerkandidatur ihrer Partei aus. Die Entscheidung fiel letzten Endes auf Annalena Baerbock.

Demgegenüber hatte sich die SPD schon sehr frühzeitig positioniert: Die Kanzlerkandidatur von Olaf Scholz wurde von den

Sozialdemokrat:innen bereits im August des Jahres 2020 – über ein Jahr vor dem Wahltermin – verkündet. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik standen drei Kandidierende zur Verfügung, denen im Verlauf des Wahljahres immer wieder eine reelle Chance zur Eroberung des Kanzleramts zugerechnet wurde. Nichtsdestoweniger fiel der mediale Fokus insbesondere auf Annalena Baerbock und Armin Laschet. Dass schlussendlich Olaf Scholz neuer Kanzler einer Ampel-Koalition werden könnte, hielten zum Auftakt des Wahlkampfes nur wenige Beobachter:innen für möglich. Umso interessanter erscheint dies vor dem Hintergrund, dass Ende 2019 Norbert Walter-Borjans als einer von zwei SPD-Vorsitzenden gefordert hatte, die Sozialdemokrat:innen sollten Abstand von einer Kanzlerkandidatur nehmen.

Als ein weiterer außergewöhnlicher Umstand änderten sich die Rahmenbedingungen des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes grundlegend mit dem Auftreten des neuartigen Coronavirus Ende des Jahres 2019 und dessen folgender, weltweiter Verbreitung. Die in Wellen verlaufende Ausbreitung des Virus sollte schon bald mit voller Wucht auf allen Ebenen des Politischen sichtbar werden. Nicht nur erschwerten die zweite und dritte Ausbreitungswelle im Herbst und Winter 2020/2021 in Deutschland die Nominierung

der Kandidierenden der Parteien, sie trug über abgesenkte Hürden für die Einreichung von Wahlvorschlägen auch zur höchsten Anzahl an Wahlbewerber:innen bei einer Bundestagswahl bei (Der Bundeswahlleiter, 2021a) und bedingte zudem den mit 47,3% höchsten Anteil der per Briefwahl abgegebenen Stimmen bei einer Bundestagswahl (Der Bundeswahlleiter, 2021b). Während die große Anzahl an Wahlbewerber:innen letztendlich geringe Auswirkungen auf das Ergebnis der Bundestagswahl hatte, so sorgte die hohe Anzahl von Briefwahlstimmen für einen langen und spannenden *Wahlabend*. Das vorläufige Ergebnis der Wahl vom 26. September wurde erst um 6 Uhr am Morgen des 27. Septembers durch den Bundeswahlleiter bekannt gegeben.

Spätestens seit der US-Präsidentschaftswahl von 2020, bei welcher der amtierende US-Präsident Donald Trump die Rechtmäßigkeit von Briefwahlstimmen in Frage stellte und gar gegen deren Auszählung juristisch vorging, erreichte dieses Thema auch die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden Anzahl an Briefwahlstimmen wurde die Integrität des Wahlprozesses auch von politischen Akteur:innen der extremen Rechten erheblich in Zweifel gezogen – dieser Versuch blieb allerdings erfolg- und folgenlos. Der zunehmenden Bedeutung der Thematik trägt der Beitrag von *Maximilian Etzel* (2022) Rechnung, der in diesem Heft zu finden ist.

Im Ergebnis zählte die Bundestagswahl mit der SPD, den Grünen und der FDP drei Gewinner, mit der CDU/CSU, der AfD und der Linken wiederum drei Verlierer. Während die CDU/CSU sehr hohe Stimmverluste zu verzeichnen hatte, gelang der Linken nur knapp der Wiedereinzug in das Parlament. Sie scheiterte zwar an der Fünfprozenthürde, erreichte aber drei Direktmandate, die ihr die Rückkehr in den Bundestag ermöglichten. Besonders hohe Zugewinne konnten wiederum die SPD, die als stärkste Partei aus der Wahl hervorging, aber auch die Grünen verbuchen. Nach rund einmonatigen, intensiven und weitgehend verschwiegenen Koalitionsverhandlungen

stellten SPD, die Grünen und die FDP am 24. November 2021 ihren Koalitionsvertrag vor, der am 7. Dezember unterzeichnet wurde. Am 8. Dezember schließlich wurde Olaf Scholz im 20. Bundestag zum Bundeskanzler gewählt.

» Fehltritte und Charaktereigenschaften im medialen Fokus – inhaltliche Konflikte auf Nebenschauplätzen.



Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird die Bundesregierung von Parteien der so genannten Ampel-Koalition gestellt.

Hätte der Bundestagswahlkampf zu einer Wahl, bei der das Rennen um das Kanzleramt über lange Zeit so offen erschien wie seit nahezu zwei Jahrzehnten nicht, geradezu ein Hochfest des inhaltlichen Wettbewerbs sein können, war es nicht nur die Coronapandemie, die dies verhinderte. So urteilte die liberal-konservative *Neue Zürcher Zeitung* nur wenige Tage vor dem Wahltermin: „Im deutschen Wahlkampf dreht sich alles ums Personal. Um weltanschauliche Positionen wird kaum gerungen“ (Schwarz, 2021). Zurückzuführen war dies – wie schon angeführt – auf Seiten der CDU/CSU insbesondere auf jenes Machtvakuum, welches in der CDU entstanden war, nachdem Angela Merkel Ende 2018 den Parteivorsitz der Christdemokraten abgegeben hatte. Parteiinterne Auseinandersetzungen sowie der Machtkampf zwischen Armin Laschet und dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder trugen zu einem vergifteten Klima zwischen den Schwesterparteien bei. Nicht zuletzt eine unglückliche Wahlkampfführung des späteren CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Laschet, bei der sich ein Patzer an den nächsten reihte, sollte zu keiner Befriedung führen. Fortlaufende Attacken seitens seines vormaligen Konkurrenten Söder beschädigten Laschet

während des ganzen Wahlkampfes. Insbesondere eine Videoaufnahme aus dem Juli 2021, aufgenommen in dem durch eine Flut zerstörten Erftstadt, sollte letztendlich Laschets Schicksal besiegeln: Sie zeigte Laschet lachend im Hintergrund, während Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Vordergrund den Opfern der Flut gedachte. Die darauffolgende mediale Dauerthematization führte zu einem Ansehensverlust Laschets, von dem sich dieser nicht mehr erholen sollte. Die Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock wiederum war auf Grund von Ungenauigkeiten in ihrem Lebenslauf und nicht angegebenen Nebeneinkünften starker Kritik ausgesetzt und wurde mit Plagiats-Vorwürfen zu ihrem Buch „Jetzt. Wie wir unser Land erneuern“ konfrontiert. Begleitet und befeuert wurden diese Vorwürfe von einer groß angelegten, von der Lobbyorganisation Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft finanzierten Anzeigenkampagne. Auch ihre Fähigkeit, eine Regierung führen zu können, wurde aufgrund von fehlenden Erfahrungen in der Führung eines Ministeriums auf Landes- oder Bundesebene oder an der Spitze einer Landesregierung in Zweifel gezogen. SPD-Kanzlerkandidat Scholz sah sich unterdessen zwar Angriffen ausgesetzt, welche die Cum-Ex-Skandale in direkte Verbindung mit seiner vorangegangenen Tätigkeit als Hamburger Oberbürgermeister beziehungsweise als Bundesfinanzminister bringen sollten. Allerdings hatten diese, möglicherweise auch aufgrund der thematischen Komplexität, keine großen Auswirkungen auf seine Kandidatur. Während medial und diskursiv so vor allem die Fehlritte und Charaktereigenschaften der unterschiedlichen Kandidierenden in den Fokus rückten, fanden viele inhaltliche Konflikte primär auf Nebenschauplätzen statt. An Themen, die die Bevölkerung bewegten, sind insbesondere die Corona-Pandemie und die staatlichen Gegenmaßnahmen zu nennen, aber auch Klimawandel und Klimaschutz, Digitalisierung, Mieten und soziale Gerechtigkeit sowie Finanzpolitik und Steuern. War zu Beginn des Jahres 2021 die Corona-Pandemie noch das alles bestimmende Thema, so wurde

im Laufe des Wahlkampfes der Wandel und Schutz des Klimas vorherrschend, wenngleich dieses Thema nicht zwangsläufig wahlentscheidend für alle Bevölkerungsteile wurde. Diesem wichtigen Aspekt widmen sich *Frauke Riebe* und *Jan Marquardt* (2022) in diesem Heft.

Wenn also die thematische Auseinandersetzung weitgehend in den Hintergrund gedrängt wurde und die Kandidierenden wiederum einer negativen Berichterstattung ausgesetzt waren, stellt sich schlussendlich die Frage, anhand welcher Kriterien die Bürger:innen ihre Wahlentscheidung getroffen haben. Eine mögliche Antwort besteht in einer eher langfristig angelegten, allgemeinen ideologischen Selbstverortung, die stellvertretend für inhaltliche Standpunkte dienen kann. Inwiefern dies zur Bundestagswahl 2021 festzustellen ist, wird im Beitrag von *Alina Dippel*, *Lukas Hetzer* und *Axel Burger* (2022) in dieser *easy*-Ausgabe behandelt.

Dass regionale Aspekte bei der Wahlentscheidung eine Rolle gespielt haben, zeigt das räumlich aufgeschlüsselte Ergebnis der Bundestagswahl 2021: Die Parteien der Ampel-Koalition, SPD, die Grünen und die FDP, schnitten besonders stark in Nord-, West- und Süd-Deutschland ab (Bundeszentrale für politische Bildung, 2021). In Ost-Deutschland hingegen konnten vor allem die Wahlverlierer, also die Linke und die AfD, größere Stimmanteile erringen. Inwiefern diese regionalen Differenzen im Wahlverhalten nicht nur als ein Endprodukt spezifischer Wahlentscheidungen, sondern gleichermaßen auch als Ausgangspunkt ebendieser zu verstehen sind, greifen *Anne-Kathrin Stroppe* und *Nils Jungmann* auf (2022, in diesem Heft).

Dass der Wahlkampf auch aufgrund der Corona-Pandemie in vielerlei Hinsicht speziell war, zeigte sich beispielsweise auch an der Verlagerung zentraler Elemente der Wahlkampagnen in den digitalen Raum. Dies war zwar bereits im Vorfeld anzunehmen und spiegelte einen eher allgemeinen Trend fortschreitender Medialisierung wider (Vowe, 2020), nicht planbar war allerdings, in welchem Ausmaß die Verlagerung aufgrund mangelnder Alter-

nativen nötig sein würde. Umso wichtiger erscheint es, das Verhalten politischer Eliten im digitalen Raum in den Blick zu nehmen und auf seine Signalwirkungen hin zu untersuchen. Diesem wichtigen Thema widmen sich in diesem Heft *Sebastian Stier* und *Marius Sältzer* (2022), die in ihrem Beitrag untersuchen, inwiefern sich anhand von Tweets aus dem sozialen Netzwerk Twitter eine inhaltliche Verortung der Kandidierenden in einem mehrdimensionalen Raum vornehmen lässt.

Ob sich die Kandidierenden bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag anhand zentraler sozio-demographischer Daten oder Einstellungen von der bundesdeutschen Bevölkerung unterscheiden, beschäftigt die Parteien in Deutschland schon länger. Während die einen, aufgrund einer starken Unterrepräsentation bestimmter Gruppen, bereits seit geraumer Zeit die Einführung von Quoten fordern, lehnen andere diese konsequent ab und klagen etwa vor Verfassungsgerichten gegen paritätische Wahllisten. Auch in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl wurde das Thema von allen großen Parteien aufgegriffen – unabhängig davon, ob diese dem ablehnend oder befürwortend gegenüberstanden. So versprachen die Kanzlerkandidat:innen Armin Laschet, Olaf Scholz und Annalena Baerbock etwa vor der Wahl, eine von ihnen geführte Bundesregierung werde paritätisch besetzt sein. Doch wie groß gestalten sich die jeweiligen Unterschiede zwischen Wähler:innen und Kandidierenden im Allgemeinen, nicht nur auf ihr Geschlecht bezogen? Lassen sich zwischen Kandidierenden und Wählenden der jeweiligen Parteien Differenzen feststellen? Betreffen diese, falls vorhanden, auch die Ebene individueller Einstellungen zu politischen Sachverhalten? Diese Fragestellung untersuchen *L. Constantin Wurthmann* und *Joscha Bäuerle* (2022, im vorliegenden Heft).

Die hier beschriebenen Fragestellungen behandeln einen Teilausschnitt all jener Fragen, denen sich die empirische Wahlforschung widmet – auch in Deutschland. Aus diesem Grund werden im Folgenden als Grundlage für die Analysen jene Daten verwendet,

die im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) erhoben wurden und werden. Seit 2009 ist die GLES das zentrale Umfrageprogramm in Deutschland für die kontinuierliche Erhebung und Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Daten für die nationale und internationale Wahlforschung. Die GLES wurde auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW), der Selbstorganisation der deutschen akademischen Wahlforscher:innen, ins Leben gerufen und seit Anbeginn in enger Kooperation mit GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften durchgeführt. Seit 2018 verantwortet GESIS die Koordination, Finanzierung und Durchführung der GLES und bietet somit eine verlässliche und langfristige Perspektive für die sozialwissenschaftliche Forschung zu Wahlen in Deutschland. Der Beitrag von *Joss Roßmann* (2022), welcher dieses *easy*-Heft abrundet, stellt die GLES vor und beleuchtet das Design und die analytischen Potenziale ihrer vielfältigen Studienteile für die Untersuchung der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Wahlberechtigten sowie der Kandidierenden zur Bundestagswahl 2021.

Literatur

- Bundeszentrale für politische Bildung. (2021). *Wählerstimmen in Ländern und Wahlkreisen*. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/340941/waehlerstimmen-in-laendern-und-wahlkreisen/> - abgerufen am 12.04.2022.
- Der Bundeswahlleiter. (2021a, 31. August). *Bundestagswahl 2021: So viele Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber wie noch nie nehmen teil*. https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/33_21_wahlbewerber.html
- Der Bundeswahlleiter. (2021b, 15. Oktober). *Bundestagswahl 2021: Anteil der Briefwählerinnen und Briefwähler bei 47,3 %*. https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/53_21_briefwahlbeteiligung.html
- Dippel, A. S., Hetzer, L., & Burger, A. M. (2022). Links oder rechts? Die ideologische Selbstverortung von Wähler:innen und ihre Wahrnehmung von Parteien in Deutschland. *easy_social_sciences* 67, 19-29. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.04>

- Etzel, M. (2022). Wie groß war das Vertrauen? Zur Elektoralen Integrität bei der Bundestagswahl 2021. *easy_social_sciences* 67, 9-18. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.03>
- Riebe, F. & Marquardt, J. (2022). Klimawandel & Wahlentscheidung 2021 – eine Frage des Alters? *easy_social_sciences* 67, 39-48. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.06>
- Roßmann, J. (2022). Data Brief: Die German Longitudinal Election Study (GLES) zur Bundestagswahl 2021. *easy_social_sciences* 67, 72-77. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.09>
- Sältzer, M. & Stier, S. (2022). Die Bundestagswahl 2021 auf Twitter. *easy_social_sciences* 67, 30-38. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.05>
- Schwarz, G. (2021, 21. September). Bundestagswahl 2021: inhaltsleerer Wahlkampf im Mutterland der Ordnungspolitik. *Neue Zürcher Zeitung*. <https://www.nzz.ch/wirtschaft/bundestagswahl-2021-es-ehlen-die-unpopulaeren-ansagen-ld.1646315-abgerufen-am-12.03.2022>.
- Stroppe, A.-K. & Jungmann, N. (2022). Stadt, Land, Wahl – Welchen Einfluss hat der Wohnort auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021? *easy_social_sciences* 67, 49-60. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.07>
- Vowe, G. (2020). Digitalisierung als grundlegender Veränderungsprozess der politischen Kommunikation. In Isabelle Borucki, Katharina Kleinen von Königslöw, Stefan Marschall & Thomas Zerback (Hrsg.), *Handbuch Politische Kommunikation*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26242-6_9-1
- Wurthmann, L. C. & Bäuerle, J. (2022). Eine:r von uns? Kandidierende und Wähler:innen zur Bundestagswahl 2021 im Vergleich. *easy_social_sciences* 67, 61-71. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.08>

Joss Roßmann

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail Joss.Rossmann@gesis.org

Joss Roßmann ist Senior Researcher und stellvertretender Teamleiter der GLES. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Umfragemethodik und der politischen Soziologie.

<https://orcid.org/0000-0003-2701-0690>

L. Constantin Wurthmann

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail Constantin.Wurthmann@gesis.org

L. Constantin Wurthmann ist Postdoktorand im Team der GLES. Seine Forschungsinteressen umfassen die Wahl- und Parteienforschung sowie den Wandel von politischen Einstellungen und Wertorientierungen.

<https://orcid.org/0000-0002-3673-0908>

Frauke Riebe

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail Frauke.Riebe@gesis.org

Frauke Riebe ist Doktorandin im Team der GLES. Studies bei GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Ihre Forschungsinteressen sind politische Einstellungen und Wertorientierungen besonders in Bezug auf Umwelt- und Klimaschutz.

<https://orcid.org/0000-0002-6263-7483>

Lukas Hetzer

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail Lukas.Hetzer@gesis.org

Lukas Hetzer arbeitet als Datenspezialist im Team der GLES sowie im Drittmittelprojekt DemThreat. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der vergleichenden politischen Verhaltens- und Einstellungsforschung.

<https://orcid.org/0000-0003-4797-6230>

Manuela S. Blumenberg

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail Manuela.Blumenberg@gesis.org

Manuela S. Blumenberg ist Teamleiterin der GLES. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der Wahl- und Parteienforschung.



Wie groß war das Vertrauen?

Zur Elektoralen Integrität bei der Bundestagswahl 2021

Maximilian Etzel

Nicht erst seit dem Vorwurfeiner „Gestohlenen Wahl“, den Trump im Nachgang der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl 2020 bemühte, hat die Frage nach der Integrität von Wahlen auch im deutschen Kontext medial an Relevanz gewonnen. Wie bereits 2017 begleiteten auch 2021 Berichte über Falschmeldungen und ausländische Cyberangriffe den Wahlkampf. Zusätzlich boten die Corona-Pandemie und der gestiegene Anteil von Briefwählenden sowie Unregelmäßigkeiten im Wahlprozess, wie die Pannen in Berliner Wahllokalen, weitere Anlässe für Zweifel an der Integrität des Wahlvorgangs. Angesichts dieser Ereignisse stellt sich die Frage, wie die Elektorale Integrität der Bundestagswahl 2021 von Bürger:innen eingeschätzt wurde. Neben der Untersuchung des Vertrauens der Befragten des GLES-Querschnitts in den Wahlprozess legt dieser Beitrag den Schwerpunkt auf politisches Vertrauen, die Wahlentscheidung und die Mediennutzung als Einflussfaktoren auf die Beurteilung von Elektoraler Integrität.

Not only since the accusation of a “stolen election”, which Trump used in the aftermath of the 2020 US presidential election, the question of the integrity of elections has also gained media relevance in the German context. As in 2017, reports of fake news and foreign cyber-attacks accompanied the election campaign in 2021. In addition, the Corona pandemic and the increased proportion of postal voters as well as irregularities in the electoral process, such as the problems in Berlin polling stations, provided further sources of doubt about the integrity of the electoral process. In light of these events, the question arises how the electoral integrity of the 2021 German Parliament election was evaluated by citizens. In addition to examining respondents’ trust in the electoral process in the German Longitudinal Election Study (GLES) cross-section, this paper focuses on political trust, voting decisions and media use as predictors of the evaluation of electoral integrity.

Keywords: Elektorale Integrität, Demokratiezufriedenheit, politisches Interesse, politisches Wissen, Wahlentscheidung

Vertrauen in die Integrität der Bundestagswahl: Ein demokratisches Grundprinzip vor neuen Herausforderungen?

Wahlen sind integraler Bestandteil repräsentativer Demokratien. Neben ihrer Bedeutung als Institution im demokratischen Prozess zur Rekrutierung politischer Entscheidungsträger:innen legitimieren sie das politische System als Ganzes. Ihre zentrale Stellung unterstreicht die Bedeutung der Integrität demokratischer Wahlen, die nicht nur die Zuverlässigkeit der administrativen Durchführung des Wahlprozesses, sondern insbesondere auch die Gültigkeit der Wahlgrundsätze umfasst, die für die Bundestagswahl in Artikel 38 des Grundgesetzes festgelegt sind. Den Bundestagswahlen 2013 und 2017 bescheinigt das seit 2012 durchgeführte Electoral Integrity Project (Norris et al., 2014), das Elektorale Integrität mittels Expert:inneneinschätzungen misst, eine relativ hohe Qualität des Wahlprozesses. Beide Wahljahre erreichen beim Perceptions of Electoral Integrity Index (PEI-0.5), dem aggregierten Maßindex aller untersuchten Qualitätsmerkmale von demokratischen Wahlen, einen Wert von 80 (2013) bzw. 81 (2017) von maximal 100 Indexpunkten. Damit weisen diese beiden Wahlen im internationalen Vergleich ein sehr hohes Maß an Integrität auf (Norris et al., 2018; Schmitt-Beck & Faas, 2021). Für die Wahl 2021 liegen noch keine Daten vor, allerdings gibt es keinen Hinweis, dass die Qualitätsindikatoren bei der vergangenen Bundestagswahl nennenswert schlechter bewertet werden als bei den vorangegangenen Wahljahren.

Auch wenn es entsprechend wenig Zweifel an der faktischen Korrektheit der Bundestagswahl 2021 gibt, umfasst das Konzept der Elektoralen Integrität eine weitere Facette, die sich im Vergleich zu den vorangegangenen Wahljahren als weniger robust erweisen

könnte: das Vertrauen der Wähler:innen in die Integrität der Bundestagswahl. In dem relativ jungen Forschungsfeld zu Elektoraler Integrität kommt der öffentlichen Wahrnehmung der Zuverlässigkeit und Richtigkeit der Durchführung von Wahlen, wie auch der Fairness im Zuge des vorgelagerten Wahlkampfes, eine wichtige Rolle zu. Anders als bei der Messung durch Expert:innenbewertung wie beim Electoral Integrity Index, versucht dieser Ansatz, die Integrität von Wahlen anhand der Bewertung ihrer Qualität durch Bürger:innen sowie deren Vertrauen in den korrekten Ablauf der Wahl zu erfassen (Garnett & James, 2021). Die Bewertung der Integrität der Wahl wird daher im Folgenden auch als Beurteilung der Qualität der Wahl und als Vertrauen in den Wahlprozess seitens der Bürger:innen verstanden. Eine positive Bewertung der Elektoralen Integrität stellt eine wichtige Einflussgröße für das Vertrauen in demokratische Institutionen, die Zufriedenheit mit der Demokratie an sich sowie auch das Ausmaß an politischer Partizipation seitens der Bürger:innen dar.

» **Elektorale Integrität umfasst die Qualität der Wahl UND das Vertrauen in den Wahlprozess.**



Bei der GLES-Querschnittserhebung 2009 lag der Mittelwert bei der Frage nach der Korrektheit und Fairness der Bundestagswahl 2009 auf einer fünfstufigen Skala bei 3,4, wobei 63% der Befragten den Skalenendpunkt „5 - Die letzte Wahl war korrekt und fair“ wählten. Lediglich 1,8% entschieden sich für „1 - Die letzte Wahl war nicht korrekt und fair“. Befunde von Schmitt-Beck und Faas (2021) auf Basis des Comparative National Elections Project (CNEP) zeichnen für die Bundestagswahl 2017 ein weniger positives Bild: „Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass die Bundestagswahl 2017 [...] nur von einem Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung ohne Einschränkungen als ‚vollständig frei

und fair‘ eingeschätzt wurde. Rund 25% unserer Befragungspersonen äußerten sogar mehr oder weniger weit gehende Zweifel an der prozeduralen Qualität dieser Wahl“ (S. 156). Auch wenn die noch dünne Datenlage zu Elektoraler Integrität in Deutschland keine fundierten empirischen Analysen ermöglicht, die diese Diskrepanz zwischen „tatsächlicher“ und in der Bevölkerung „wahrgenommener“ Qualität von Bundestagswahlen ergründen könnte, so sind eine Reihe von Faktoren denkbar, die das Vertrauen der Wähler:innenschaft in den Wahlprozess, insbesondere im Zuge der Bundestagswahl 2021, negativ beeinflussen könnten. Wie bereits 2017 wurde auch die Bundestagswahl 2021 medial von Themen begleitet, die das Potential hatten, Zweifel an der Integrität des Wahlprozesses zu streuen. Exemplarisch seien hier Berichterstattungen zu Manipulationen der Wahlentscheidung durch Fehl- und Desinformation (SWR, 31.08.2021) – besonders in Sozialen Medien – und die Möglichkeit der Einflussnahme durch ausländische Cyber-Angriffe (Tagesschau, 24.09.2021) genannt. Auch die Debatte um die

» Die Elektorale Integrität wurde in den vergangenen Bundestagswahlen als sehr hoch eingeschätzt.



Rechtmäßigkeit der Briefwahl, die im Zuge der Präsidentschaftswahl 2020 in den USA geführt und im Vorfeld der Bundestagswahl von der AfD aufgegriffen wurde (Rundschau, 25.09.2021), und nicht zuletzt Pannen in den administrativen Abläufen der Wahl, wie sie am Wahltag in Berlin zu beobachten waren (Zeit, 2021), könnten das Vertrauen in die Integrität der Bundestagswahl untergraben haben. Vor diesem Hintergrund zeigt dieser Beitrag, wie die Integrität der Bundestagswahl 2021 von den Befragten der Nachwählerhebung des GLES-Querschnitts bewertet wurde. Nach einem kurzen Überblick über die Abfrage

Elektoraler Integrität im GLES-Querschnitt folgt die Einschätzung der Befragten zur Korrektheit der letzten Bundestagswahl, wobei es um die Fragen geht, wovon diese Einschätzung abhängt und welchen Zusammenhang von drei möglichen Gruppen von Einflussfaktoren es geben könnte: a) Politisches Wissen und politisches Vertrauen, b) Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung sowie c) politische Medien-nutzung und Informationsquellen.¹

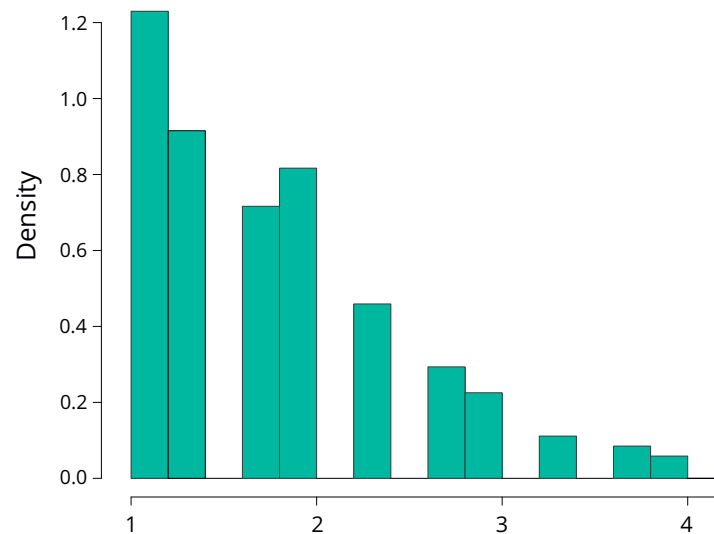
Elektorale Integrität im GLES-Querschnitt 2021

Die Elektorale Integrität der Bundestagswahl wird im GLES-Querschnitt mehrheitlich äußerst positiv bewertet, wie die Zustimmung bzw. Ablehnung zu den folgenden drei Aussagen in der Vor- und Nachwählerhebung zeigt: (1) „Im Wahlkampf zur Bundestagswahl haben alle Parteien faire Chancen, den Wahlberechtigten ihre Positionen zu präsentieren“, (2) „Die Bundestagswahl wird von den zuständigen Behörden korrekt und fair durchgeführt“ und (3) „Die Stimmabgabe per Briefwahl ist ein sicheres Verfahren.“ Zu jeder Aussage konnten die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer fünfstufigen Skala von „1 - stimme überhaupt nicht zu“ bis „5 - stimme voll und ganz zu“ angeben. Für die hier verwendeten Auswertungen wurden alle drei Variablen per Mittelwertaggregation zu einer Skala zusammengefasst. Abbildung 1 zeigt die Verteilung dieser Skala über alle Befragten aus Vor- und Nachwählerhebung des GLES-Querschnitts hinweg. Es zeigt sich deutlich, dass die Elektorale Integrität der vergangenen Bundestagswahl als sehr hoch eingeschätzt wurde. Fast ein Viertel der Befragten (24,6%) erreicht den Maximalwert der Skala (5), der indiziert,

1 In diesem Beitrag wurden Anpassungsgewichtungen hinzugezogen, um die Stichprobe an Verteilungen von soziodemographischen und regionalen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Schulabschluss, BIK-Regionen und Ost-Westdeutschland) der deutschen Bevölkerung anzupassen.

dass bei allen drei Items der höchste Zustimmungswert gewählt wurde. Einen Skalenwert von 4 oder höher weisen insgesamt fast drei Viertel der Befragten (73,6%) auf. Der Mittelwert beträgt 4,2 Skalenpunkte. Bei der Beurteilung der Elektoralen Integrität gibt es keine Unterschiede zwischen der Vor- und Nachwählerhebung. Zu beiden Befragungszeitpunkten wird die Integrität der Wahl gleichermaßen hoch bewertet.

Abbildung 1 Beurteilung der Elektoralen Integrität BTW 2021



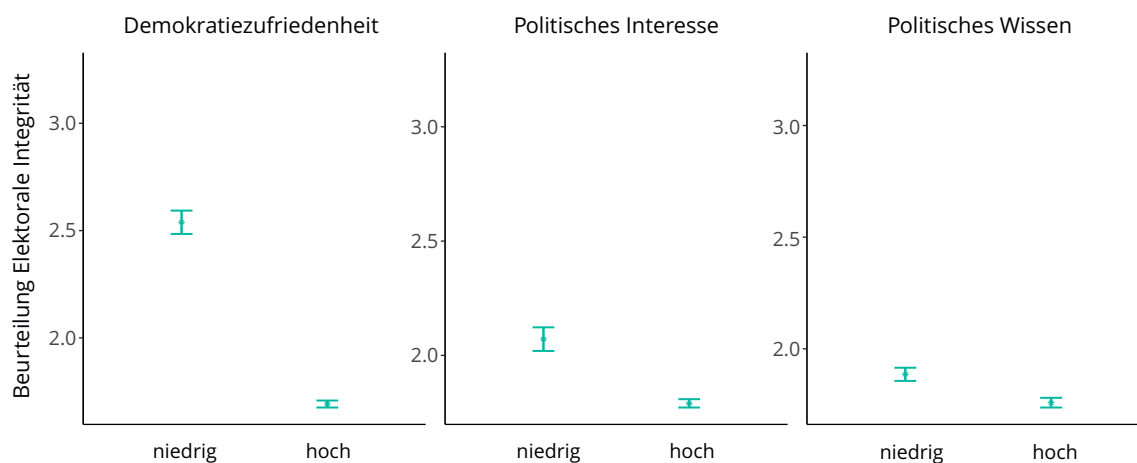
Quelle: GLES Querschnitt 2021, Nachwahl (ZA7701_v1-0-0).
Eigene Darstellung und Berechnung.

Vertrauen, Zufriedenheit, Wissen: Die Grundlagen Elektoraler Integrität

Die Wahrnehmung der demokratischen Prozesse sowie die eigenen Erfahrungen mit der Wahlteilnahme an sich bilden die grundlegenden Determinanten für die Bewertung der Integrität von Wahlen auf individueller Ebene. Besonders das Vertrauen in Wahlen als demokratische Institution und die individuelle Vertrautheit mit demokratischen Wahlen (Hardin, 2002, 2006; Karp et al., 2018; Kerr & Lührmann, 2017) wie auch ein hohes Maß an politischem Interesse (Birch, 2010) spielen dabei eine zentrale Rolle. So sind die Zufriedenheit mit der Demokratie und das Interesse an Politik bedeutsame Einflussfaktoren für das Vertrauen in den Prozess des Wählens. Zudem kommt dem Wissen über den Ablauf und die Funktion von Wahlen eine hohe Bedeutung bei der Bewertung von Elektoraler Integrität zu. Je vertrauter Menschen mit der Bedeutung einer Wahl und deren Prozessen sind, und je höher ihr Kenntnisstand über wahlspezifische Abläufe (Alvarez & Brehm, 2020; Garnett & James,

2020), wie beispielsweise die Übersetzung von Wähler:innenstimmen in die Besetzung des Bundestags, desto höher ist auch ihr Vertrauen in die Wahl. Dementgegen sind Menschen mit geringem Wissen über den Wahlablauf eher misstrauisch und schätzen die Integrität von Wahlen pessimistisch ein (Hardin, 2002, 2006). Die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der Bundesrepublik und das allgemeine politische Interesse sollten demnach ebenso mit dem Vertrauen in die Integrität der Bundestagswahl assoziiert sein wie das Wissen über deren Ablauf. Abbildung 2 zeigt die Mittelwertunterschiede in der Wahrnehmung Elektoraler Integrität in Abhängigkeit von Demokratiezufriedenheit, politischem Interesse und politischem Wissen im GLES-Querschnitt 2021. Alle drei Einflussgrößen zeigen die erwarteten Unterschiede in der Bewertung der Qualität der vergangenen Bundestagswahl. Besonders sticht die Differenz der Mittelwerte bei niedriger und hoher Demokratiezufriedenheit ins Auge, die von allen drei Variablen am deutlichsten ausfällt. Bemerkenswert ist darüber hinaus auch der Einfluss von politischem Wissen, der relativ gering ausfällt. Dies ist vor allem deswegen verwunderlich, da politischem Wissen eine besondere Bedeutung im Kontext von Elektro-

Abbildung 2 Mittelwerte der wahrgenommenen Elektoralen Integrität nach Demokratiezufriedenheit, Politischem Interesse und Politischem Wissen



Anmerkung: Einteilung der Kategorien „niedrig“ und „hoch“: überhaupt nicht zufrieden + nicht sehr zufrieden vs. ziemlich zufrieden + sehr zufrieden (Demokratiezufriedenheit); überhaupt nicht + weniger stark + mittelmäßig vs. stark + sehr stark (politisches Interesse); Frage zu Erst/Zweitstimme falsch vs. richtig beantwortet (Politisches Wissen).

Quelle: GLES Querschnitt 2021, Nachwahl (ZA7701_v1-0-0). Eigene Darstellung und Berechnung.

raler Integrität beigemessen wird. Trotz aller Unterschiede bewerten alle Teilgruppen die Integrität der Wahl als hoch.

Parteien kommt im Wahlprozess in parlamentarischen Demokratien und so auch im Kontext von Elektoraler Integrität eine gewichtige Rolle zu. Neben ihrem potenziellen Einfluss als Akteuren, die die Wahrnehmung auf die Integrität von Wahlen direkt bestärken oder, wie am Beispiel der AfD bereits angesprochen, unterminieren können (Birch & Elsaforay, 2017), sind sie auch indirekt in Zusammenhang mit der individuellen Wahlentscheidung bedeutsam. Der Zusammenhang zwischen der Wahlentscheidung und dem Vertrauen in die Wahl korreliert dabei in erster Linie mit dem Wahlergebnis. Ein prominenter Ansatz zur Erklärung dieses Wirkungsmechanismus ist der „directional bias“ (Flesken & Hartl, 2018). Demnach hängt die Bewertung der Korrektheit der Wahl (auch) davon ab, ob man für die späteren „Gewinner“ oder „Verlierer“ der Wahl gestimmt hat (Daniller & Mutz, 2019; Fortin-Rittberger et al., 2017; Mochtak et al., 2021). Dieser Mechanismus mag in parlamentarischen Regierungssystemen mit Mehrheitswahlrecht wie in der

Bundesrepublik weniger bedeutsam sein, insbesondere da Regierungen üblicherweise aus Koalitionen zusammengesetzt werden, dennoch zeigen Studien, dass auch die Einschätzung der Fairness und Korrektheit der Bundestagswahl davon beeinflusst wird, ob man für eine spätere Regierungs- oder Oppositionspartei gestimmt hat (Campbell, 2015; Rich & Treece, 2018).

Damit verbunden bietet die Plot-Hypothese (Lodge & Taber, 2013) eine Erklärung für mangelndes Vertrauen von Wähler:innen der Parteien, die vor und nach dem Wahlgang Zweifel an der Integrität der Wahl kommuniziert haben. Zu beobachten ist diese Strategie insbesondere bei populistischen Parteien (Fawzi, 2019; Norris et al., 2020; Norris & Grömping, 2017). Dieser Erklärungsansatz könnte im Kontext der Bundestagswahl vor allem in Bezug auf die AfD relevant sein. Das zeigt beispielsweise die Aussage von Björn Höcke während des Wahlkampfes, der mit Bezug auf die Falschbehauptung der Wahlmanipulation bei US-Wahlen bekräftigte, man „müsse [...] auch in Deutschland davon ausgehen, dass das hier auch probiert wird“ (Tagesspiegel, 25.09.2021).

Der Einfluss der Wahlentscheidung: Zwischen Gewinnern, Verlierern und Zweiflern

Die Nicht-Teilnahme an der Wahl bildet den letzten hier vorgestellten Einflussfaktor auf die wahrgenommene Integrität der Bundestagswahl (Clark & Peterson, 2020). Zudem kann davon ausgegangen werden, dass Nichtwählende über wenig bis keine individuellen Erfahrungen mit dem Wahlprozess verfügen und grundsätzlich wenig Vertrauen in die Wahl setzen, da sie keine der zur Wahl stehenden Parteien überzeugen konnte oder sie Wahlbeteiligung nicht als valide Einflussmöglichkeit auf das politische System wahrnehmen (Rich & Treece, 2018). So ist zu erwarten, dass sie die Elektorale Integrität der Bundestagswahl eher gering einschätzen.

Bei der Bewertung der Integrität der Bundestagswahl unterteilt nach Parteien, die bei der Wahlabsicht (in der Vorwählerhebung) und Wahlentscheidung (bei der Nachwählerhebung) angegeben wurden (Abb. 3), zeigen sich mehrheitlich erwartbare Unterschiede: Wähler:innen der Unionsparteien, der SPD und der Grünen weisen das höchste Vertrauen in die Bundestagswahl auf. Interessant ist, dass die Wähler:innen der CDU/CSU, trotz der Wahlniederlage ihrer favorisierten Partei die Rechtmäßigkeit der Wahl mehrheitlich nicht anzweifeln und sich insbesondere in der Nachwählerhebung, als relativ robust gegenüber dem „directional bias“ erweisen. Überraschend dagegen ist die Beurteilung der Wähler:innen der FDP, deren Vertrauen geringer ausfällt als das der oben genannten Parteien und in etwa auf dem Niveau der Partei Die Linke liegt. Nichtsdestotrotz weisen auch die Befragten, die eine dieser beiden Parteien gewählt haben, sehr hohe Vertrauenswerte in die Integrität der Wahl auf. Erwartungsgemäß schätzen Nichtwähler:innen (wie auch die Wähler:innen nicht im Bundestag ver-

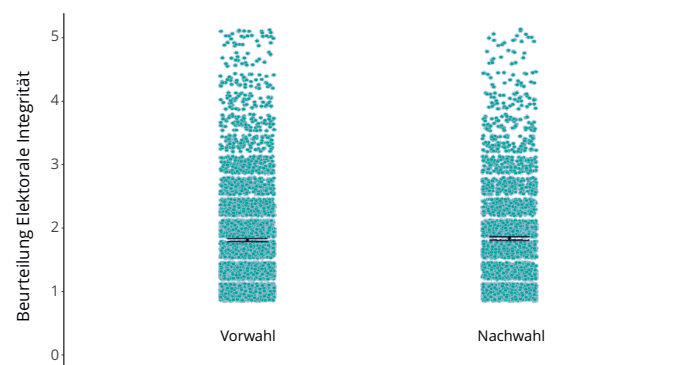
treterner Parteien) die Elektorale Integrität deutlich geringer ein als Wähler:innen etablierter Parteien. Mit Abstand am schlechtesten beurteilen die AfD-Wähler:innen die Qualität der Bundestagswahl - deren Vertrauenswerte liegen deutlich unter denen aller anderen Parteien und auch der der Nichtwähler:innen. Dies legt den Schluss nahe, dass die Plot-Hypothese auch in Zusammenhang mit der AfD als populistische Kraft im Bundestag wirksam ist. Trotz der Unterschiede liegen auch hier die Vertrauenswerte aber insgesamt relativ hoch. Auch ein „directional bias“ lässt sich nicht nachweisen. Betrachtet man die wahrgenommene Elektorale Integrität aufgeteilt nach „Gewinner- und Verliererseite“, wie in Abbildung 4 dargestellt, zeigen sich keine deutlichen Abweichungen. Zwar unterscheiden sich beide Gruppen voneinander,

Abbildung 3 Elektorale Integrität nach Wahlabsicht/-entscheidung



Quelle: GLES Querschnitt 2021, Nachwahl (ZA7701_v1-0-0).
Eigene Darstellung und Berechnung.

Abbildung 4 Mittelwert und Verteilung der Beurteilung der Elektoralen Integrität nach Vor- und Nachwahl



Quelle: GLES Querschnitt 2021, Nachwahl (ZA7701_v1-0-0).
Eigene Darstellung und Berechnung.

sowohl in der Vor- als auch in der Nachwahl, allerdings scheint sich das eher auf die deutlich niedrigeren Vertrauenswerte der AfD-Wähler:innen (und die der anderen Parteien) zurückführen zu lassen. Darauf, dass die hier gezeigten Unterschiede eher aus den besagten geringeren Bewertungen der Elektoralen Integrität dieser beiden Wähler:innengruppen resultieren, deuten die hohen Vertrauenswerte der Unions-Anhänger:innen hin. Da diese den Großteil der „Verlierergruppe“ ausmachen, müsste deren Beurteilung der Elektoralen Integrität bei Vorliegen eines „directional bias“ deutlich geringer ausfallen.

Die Rolle der Medien

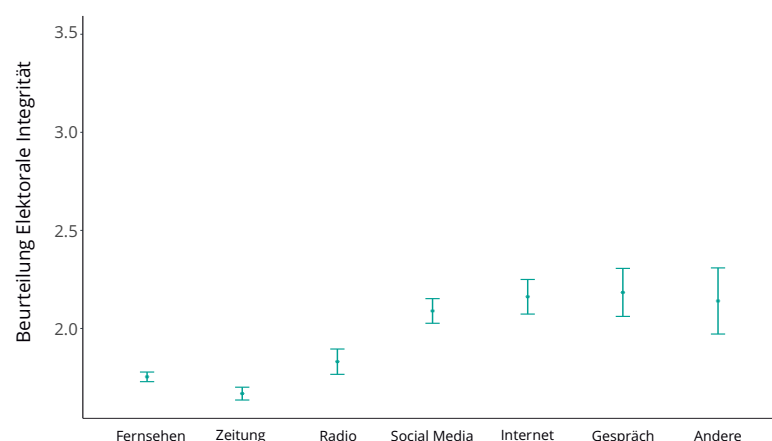
Der individuelle Medienkonsum erweist sich ebenfalls als bedeutender Einflussfaktor auf die Bewertung Elektoraler Integrität (Coffé, 2017). Ausschlaggebend ist nicht nur die Qualität bzw. faktische ‚Richtigkeit‘ der konsumierten politischen Informationen, sondern wichtig sind auch die Quellen, aus denen sie bezogen werden. Die Frage der Qualität politischer Nachrichten ist dabei eng mit der Unterscheidung zwischen traditionellen Massenmedien, wie Fernsehnachrichten und Zeitungen, und sozialen Medien als Bezugsquelle politischer Information verknüpft (Stockemer, 2018). Zwar ist eine politische Berichterstattung nicht per se weniger verlässlich, wenn sie über soziale Medien vermittelt wird, allerdings bergen diese als Informationsquelle größere Risiken der Fehlinformation als „klassische“ Medien. Soziale Medien beinhalten anders als Nachrichtenangebote in Fernsehen und Zeitungen nicht ausschließlich journalistisch aufbereitete Berichterstattung, sondern ventilieren auch politische Meinungen, Propaganda und Falschinformationen, die sich

nicht immer trennscharf von redaktionell geprüften Nachrichten unterscheiden lassen (Schweiger, 2017). Dieser Umstand wird je nach politischem Wissensstand des Konsumierenden relevanter. Politisch informierte Personen sind widerstandsfähiger gegen skandalisierende Meldungen. Sie sind, in Zusammenspiel mit ihrem höheren Vertrauen in die Wahl als Institution, somit widerstandsfähiger gegen skandalisierende Meldungen, die Zweifel an der Integrität von Wahlen thematisieren.

Umgekehrt ist genauso anzunehmen, dass Personen mit geringerem politischen Wissen anfälliger für diese Art von Medieninhalten sind (Zaller et al., 1992).

Die Unterscheidung zwischen etablierten und neuen Medien und ihr Zusammenhang mit der Beurteilung von Elektoraler Integrität lässt sich auch bei den Befragten des GLES-Querschnitts nachzeichnen. Befragte, die ihre Informationen hauptsächlich aus den traditionellen Medien Fernsehen, Zeitungen (beides inklusive der jeweiligen Internetangebote) und Radio beziehen, weisen ein höheres Vertrauen in die Wahl als Personen, deren primäre Nachrichtenquelle die sozialen Medien oder andere Internetquellen darstellen (Abb. 5). Auch persönliche Gespräche als Bezugsquelle scheinen in einer deutlich geringeren Beurteilung der Elektoralen Integrität zu resultieren. Auch wenn hier abermals alle Teilgruppen hohe Vertrauenswerte aufweisen, deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass das Internet und insbesondere soziale Medien als

Abbildung 5 Elektorale Integrität nach wichtigster Informationsquelle



Quelle: GLES Querschnitt 2021, Nachwahl (ZA7701_v1-0-0). Eigene Darstellung und Berechnung.

Quelle für politische Informationen durchaus zu Zweifeln an der Qualität der Bundestagswahl führen können.

Augen auf trotz positiver Befunde

Der positive Effekt von Demokratiezufriedenheit und politischem Wissen auf die Elektorale Integrität bestätigt sich auch dann, wenn man die Einflüsse aller anderen Größen sowie weitere Faktoren wie Alter, Geschlecht und Bildung berücksichtigt. Allein politisches Interesse weist hier keinen nennenswerten Einfluss auf. Aber der Zusammenhang der Wahlentscheidung bzw. Wahlabsicht mit dem Vertrauen in die Wahl bleibt bedeutsam. Während im Vergleich zu Wähler:innen der CDU/CSU, die der SPD, Grünen und Linken keine gravierenden Unterschiede in der Beurteilung der Elektoralen Integrität aufweisen, nehmen Wähler:innen der AfD und anderer Parteien sowie Nichtwähler:innen diese als deutlich geringer wahr. Bemerkenswert ist nach wie vor die Einschätzung der Elektoralen Integrität von FDP-Wähler:innen, die auch hier im Vergleich zu Wähler:innen der CDU/CSU, SPD, Grünen und der Linken niedriger ist. Eine inhaltliche Erklärung hierfür bleibt fraglich. Weder ist die Partei im Zuge der Bundestagswahl durch Aussagen aufgefallen, die Zweifel an der Integrität der Bundestagswahl geäußert haben, noch hat sie bei der Wahl ein Ergebnis eingefahren, das als Wahlniederlage hätte interpretiert werden können. Der Einfluss von sozialen Medien als politische Informationsquelle erweist sich auch bei der Berücksichtigung der anderen Einflussgrößen als relevanter Faktor, ebenso wie der anderer Internetquellen und persönlicher Gespräche. Im Vergleich zu Fernsehen führen diese Medienformen wie erwartet zu geringeren Vertrauenswerten. Für Radio und Zeitungen zeigt sich hingegen kein bedeutsamer Einfluss auf die Bewertung der Elektoralen Integrität.

Wie zeigt sich abschließend das Zusammenspiel von politischem Wissen, politischem Interesse sowie Demokratiezufriedenheit mit sozialen Medien als Hauptinformationsquelle und der Wirkung dieser Kombinationen auf die Bewertung der Elektoralen Integrität? Berücksichtigt man alle anderen Einflussfaktoren, lässt sich lediglich ein Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Elektoralen Integrität und der Kombination von Demokratiezufriedenheit und sozialen Medien als wichtigster politischer Informationsquelle nachweisen. Demnach verstärkt sich der negative Einfluss von sozialen Medien als Hauptnachrichtenquelle, je geringer die Zufriedenheit mit der Demokratie ausfällt. Dies deutet daraufhin, dass Befragte, die zur politischen Information hauptsächlich soziale Medien nutzen, die Elektorale Integrität der Bundestagswahl tendenziell geringer einschätzen und sich diese geringe Einschätzung noch weiter verstärkt, wenn diese Befragten eher unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind. Für politisches Wissen und politisches Interesse lässt sich ein solches Zusammenspiel nicht nachweisen.

Die Integrität der Bundestagswahl 2021 wurde in Vor- und Nachwählerhebung des GLES-Querschnitts als äußerst hoch eingeschätzt. Skeptische Befunde wie die von Schmitt Beck und Faas (2021) im Anschluss an die Auswertung der Bundestagswahl 2017 haben sich in den beiden Erhebungen nicht bestätigt. Generell hat sich Vertrauen in die Wahl als demokratische Institution sowie deren administrativen Ablauf als relativ hoch erwiesen. Selbst vergleichsweise geringe Vertrauenswerte in manchen Subgruppen weisen noch eine eher positive als negative Bewertung der Qualität der vergangenen Bundestagswahl auf. Nichtsdestotrotz haben mangelnde Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland, die Wahl der AfD oder das Fernbleiben von der Wahl sowie die Nutzung von sozialen Medien als Quelle für politische Information sich als bedeutsame Einflussgrößen gezeigt, die zukünftig Zweifel an der Integrität der Wahl begünstigen können.

Literatur

- Alvarez, R. M. & Brehm, J. (2020). *Hard choices, easy answers*. Princeton University Press.
- Birch, S. (2010). Perceptions of Electoral Fairness and Voter Turnout. *Comparative Political Studies*, 43(12), 1601–1622. <https://doi.org/10.1177/0010414010374021>
- Birch, S. & Elsafoury, F. (2017). Fraud, Plot, or Collective Delusion? Social Media and Perceptions of Electoral Misconduct in the 2014 Scottish Independence Referendum. *Election Law Journal: Rules, Politics, and Policy*, 16(4), 470–484. <https://doi.org/10.1089/elj.2016.0393>
- Campbell, R. (2015). *Winners, losers and the Grand Coalition: Political satisfaction in the Federal Republic of Germany* (Bd. 36). Sage Publications Sage UK: London, England.
- Clark, N. & Peterson, R. (2020). Exploring nonvoting and electoral integrity in the 2016 presidential election. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 30(4), 401–421. <https://doi.org/10.1080/17457289.2020.1780431>
- Coffé, H. (2017). Citizens' media use and the accuracy of their perceptions of electoral integrity. *International Political Science Review*, 38(3), 281–297. <https://doi.org/10.1177/0192512116640984>
- Daniller, A. M. & Mutz, D. C. (2019). The Dynamics of Electoral Integrity: A Three Election Panel Study. *Public Opinion Quarterly*, 83(1), 46–67. <https://doi.org/10.1093/poq/nfz002>
- Fawzi, N. (2019). Untrustworthy News and the Media as “Enemy of the People?” How a Populist Worldview Shapes Recipients' Attitudes toward the Media. *The International Journal of Press/Politics*, 24(2), 146–164. <https://doi.org/10.1177/1940161218811981>
- Flesken, A. & Hartl, J. (2018). Party Support, Values, and Perceptions of Electoral Integrity. *Political Psychology*, 39(3), 707–724. <https://doi.org/10.1111/pops.12431>
- Fortin-Rittberger, J., Harfst, P. & Dingler, S. C. (2017). The costs of electoral fraud: establishing the link between electoral integrity, winning an election, and satisfaction with democracy. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 27(3), 350–368. <https://doi.org/10.1080/17457289.2017.1310111>
- Garnett, H. A. & James, T. S. (2020). Cyber Elections in the Digital Age: Threats and Opportunities of Technology for Electoral Integrity. *Election Law Journal: Rules, Politics, and Policy*, 19(2), 111–126. <https://doi.org/10.1089/elj.2020.0633>
- Garnett, H. A. & James, T. S. (2021). Measuring electoral integrity: using practitioner knowledge to assess elections. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 31(3), 348–367.
- GLÉS. (2022). GLÉS Querschnitt 2021, Nachwahl. GESIS, Köln. ZA7701 Datenfile Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13858>
- Hardin, R. (2002). *Trust and trustworthiness*. Russell Sage Foundation.
- Hardin, R. (2006). *Trust* (Bd. 10). Polity.
- Karp, J. A., Nai, A. & Norris, P. (2018). Dial ‘F’ for fraud: Explaining citizens suspicions about elections. *Electoral Studies*, 53, 11–19. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2018.01.010>
- Kerr, N. & Lührmann, A. (2017). Public trust in manipulated elections: The role of election administration and media freedom. *Electoral Studies*, 50, 50–67.
- Lodge, M. & Taber, C. S. (2013). *The rationalizing voter*. Cambridge University Press.
- Mochtak, M., Lesschaeve, C. & Glaurdic, J. (2021). Voting and winning: perceptions of ‘electoral integrity in consolidating democracies. *Democratization*, 28(8), 1423–1441. <https://doi.org/10.1080/13510347.2021.1918111>
- Norris, P., Frank, R. W. & i Coma, F. M. (2014). Measuring electoral integrity around the world: A new dataset. *PS: Political Science Politics*, 47(4), 789–798, 1049–0965.
- Norris, P., Garnett, H. A. & Grömping, M. (2020). The paranoid style of American elections: explaining perceptions of electoral integrity in an age of populism. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 30(1), 105–125. <https://doi.org/10.1080/17457289.2019.1593181>
- Norris, P. & Grömping, M. (2017). Populist Threats to electoral integrity: The year in elections, 2016–2017. *Electoral Integrity Project*, PEI, 5.
- Norris, P., Wynter, T. & Cameron, S. (2018). Corruption and Coercion: The year in elections 2017. *The Electoral Integrity Project*.
- Rich, T. & Treece, M. (2018). Losers' and non-voters' consent: Democratic satisfaction in the 2009 and 2013 elections in Germany. *Government and Opposition*, 53(3), 416–436.
- Rundschau, F. (2021). Bundestagswahl: AfD wittert massiven Wahlbetrug bei Briefwahl. <https://www.fr.de/politik/bundestagswahl-2021-briefwahl-afd-betrug-wahllokal-stimme-donald-trump-zr-91001899.html>
- Schmitt-Beck, R. & Faas, T. (2021). Wie frei und fair war die Bundestagswahl 2017? Elektorale Integrität aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. *Wahlen und Wähler* (S. 139–161). Springer.
- Schweiger, W. (2017). *Der (des) informierte Bürger im Netz*. Springer.
- Stockemer, D. (2018). The internet: An important tool to strengthening electoral integrity. *Government Information Quarterly*, 35(1), 43–49.
- SWR. (2021). SWR geht Cyber-Manipulationen im Wahlkampf nach. <https://www.swr.de/unternehmen/kommunikation/pressemeldungen/die-story-im-ersten-wahlmanipulation-im-netz-100.html>
- Tagesschau. (2021). EU wirft Russland Cyberangriffe vor. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-russland-cyberangriffe-101.html>

Tagesspiegel. (2021). Wie AfD und Co. das Vertrauen in die Wahl untergraben. <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-luege-vom-grossen-betrug-wie-afd-und-co-das-vertrauen-in-die-wahl-untergraben/27645684.html>

Zaller, J. R. et al. (1992). *The nature and origins of mass opinion*. Cambridge university press.

Zeit. (2021). Wahl-Pannen könnten Bundestagswahl beeinflusst haben. https://www.zeit.de/politik/2021-10/unregelmassigkeiten-berliner-abgeordnetenhauswahl-bundestagswahl?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

Appendix

	Model 1	Model 2
Politisches Interesse (1=hoch)	.02 (.01)	.02 (.01)
Demokratiezufriedenheit (1=hoch)	.13 (.01)***	.11 (.01)***
Politisches Wissen (1=richtig)	.01 (.01)*	.01 (.01)*
Wahlabsicht/-entscheidung (Referenz: CDU/CSU)		
SPD	.00 (.01)	.00 (.01)
FDP	-.04 (.01)*	-.04 (.01)*
Grüne	.01 (.01)	.01 (.01)
Linke	-.02 (.01)	-.02 (.01)
AfD	-.23 (.02)***	-.23 (.02)***
Andere	-.08 (.02)***	-.08 (.02)***
Nichtwahl	-.08 (.02)**	-.09 (.02)**
Wichtigste Informationsquelle (Referenz: Fernsehen)		
Zeitungen	-.00 (.01)	-.00 (.01)
Radio	-.01 (.01)	-.01 (.01)
Social Media	-.04 (.01)***	-.12 (.05)***
andere Internetquellen	-.04 (.01)**	-.04 (.01)**
persönliche Gespräche	-.04 (.02)*	-.04 (.02)*
andere	-.03 (.02)	-.03 (.02)
Vorwahl/Nachwahl (1=NW)	-.01 (.01)*	-.01 (.01)*
Interaktionen		
Social Media X Politisches Interesse		.00 (.03)
Social Media X Demokratiezufriedenheit		.11 (.04)**
Social Media X Politisches Wissen		-.02 (.02)
Kontrollvariablen		
Alter	.01 (.01)	.01 (.01)
Geschlecht	.00 (.00)***	.00 (.00)***
niedrige Bildung	-.01 (.01)	-.01 (.01)
hohe Bildung	.03 (.01)***	.03 (.01)***
Ost/West (1=West)	.03 (.01)***	.03 (.01)***
Konstante	1.31 (.04)***	1.32 (.04)***

Anmerkung: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.00$.

Quelle: GLES Querschnitt 2021, Nachwahl (ZA7701_v1-0-0).

Eigene Darstellung und Berechnung.

Maximilian Etzel

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail maximilian.etzel@gesis.org

Maximilian Etzel ist Doktorand im Team der GLES. Seine Forschungsinteressen sind Wertorientierungen, politische Partizipation und Wahlverhalten sowie Soziale Erwünschtheit.



Links oder rechts?

Die ideologische Selbstverortung von Wähler:innen und ihre Wahrnehmung von Parteien in Deutschland

Alina S. Dippel, Lukas Hetzer & Axel M. Burger

Zur Beschreibung der politischen Orientierung von Personen oder Parteien sind die Begriffe links und rechts allgegenwärtig. Auch in sozialwissenschaftlichen Befragungen werden die Begriffe links und rechts genutzt, um zu erfassen, wo Menschen sich selbst und wo sie Parteien im politischen Spektrum verorten. Basierend auf Daten aus den letzten zwölf Jahren der German Longitudinal Election Study (GLES) wird gezeigt, wie die politischen Parteien in Deutschland hinsichtlich ihrer Links-Rechts-Positionierung wahrgenommen werden, wie sich deren ideologische Verortungen im Laufe der Jahre gewandelt haben, wo Wähler:innen dieser Parteien sich selbst verorten und wie diese Verortungen mit wahrgenommenen themenspezifischen Positionierungen zusammenhängen.

The terms left and right are widely used to describe the political orientation of individuals or parties. They are also employed in social science surveys to determine where people place themselves and where they place political parties in the political spectrum. Based on data from the last twelve years of the German Longitudinal Election Study (GLES), we show how political parties in Germany are perceived in terms of their left-right positioning, how their ideological positioning has changed over the years, where voters of these parties position themselves, and how this positioning is related to perceived issue-specific positioning.

Keywords: Ideologie, Parteipositionen, Links-Rechts, Wahlentscheidung, GLES

Schon bevor das bei der Bundestagswahl 2021 neu gewählte Parlament zu seiner ersten Sitzungswoche zusammenkam, gab es Streit über die Sitzordnung. Es war bekannt geworden, dass die Ampel-Koalition einen (später bewilligten) Antrag einbringen wollte, demgemäß die Fraktion der CDU/CSU an Stelle der FDP den Platz links neben der rechts außen sitzenden AfD im Plenarsaal einnehmen soll. Dagegen regte sich in der Unionsfraktion Widerstand. Was wie ein Streit um eine Formalie erscheinen mag, ist nicht ganz unbedeutend, denn in der Politik sind die Begriffe rechts und links stark symbolisch aufgeladen, da sie verwendet werden, um ideologische Orientierungen zu unterscheiden. Auch in der German Longitudi-

nal Election Study (GLES) und vielen anderen Umfragen spielen Fragen nach der Verortung von Personen und Parteien auf einer Links-Rechts-Dimension eine wichtige Rolle. In diesem Beitrag stellen wir einige sozialwissenschaftliche Hintergründe und Debatten um die Verwendung von Links-Rechts-Skalen in Umfragen vor und betrachten anhand neuester Daten der GLES empirische Befunde in Zusammenhang mit der Links-Rechts-Dimension in Deutschland während der vergangenen Jahre bis zur Bundestagswahl 2021.¹

¹ In diesem Beitrag wurden in allen Analysen mit entsprechendem Hinweis Design-Gewichtungen hinzugezogen, um der überproportionalen Repräsentation befragter Personen aus Ostdeutschland entgegenzuwirken.

Konzeptuelles zu politischen Ideologien

Wenn von politischen Ideologien die Rede ist, ist es wichtig, zwischen einer rein beschreibenden und einer wertenden Verwendung des Begriffs zu unterscheiden. Aus rein beschreibender Perspektive ist eine politische Ideologie eine Weltanschauung, aus der sich bei Personen, die diese Weltanschauung vertreten, ein charakteristisches Muster aus Überzeugungen und Einstellungen ergibt. Dieses Muster spiegelt wider, dass gesellschaftliche Gegebenheiten in einer bestimmten Weise interpretiert werden, und es bringt normative Vorstellungen darüber zum Ausdruck, wie das gesellschaftliche Leben idealerweise organisiert sein sollte. Aus wertender Perspektive hat eine Ideologie eine verzerrte Wahrnehmung der Wirklichkeit zur Folge. Dabei werden bestimmte Gegebenheiten im Sinne der jeweiligen Ideologie interpretiert, während andere komplett ausgeblendet werden. Diese Sichtweise liegt zugrunde, wenn Politiker:innen sich zugutehalten, unideologisch zu sein oder ein bestimmtes Problem unideologisch zu betrachten. Neben sehr umfassenden und philosophisch detailliert ausgearbeiteten Ideologien, wie etwa dem Kommunismus, dem Faschismus oder dem Liberalismus, gibt es auch weniger elaborierte Ideologien wie etwa Populismus, die in Verbindung mit anderen Ideologien auftreten können (Mudde, 2017). Der Anzahl spezifischer Spielarten und Ausdifferenzierungen innerhalb übergeordneter Ideologien sind keine Grenzen gesetzt.

Über die Relevanz politischer Ideologien zur Erklärung gesellschaftlicher Vorgänge gibt es in den empirischen Sozialwissenschaften unterschiedliche Meinungen, die sich im Laufe der Zeit gewandelt haben (siehe Jost, 2006). Nachdem US-amerikanische Studien aus den 1960er Jahren darauf hindeuteten, dass politische Einstellungen nur bei einem kleinen Teil der Wähler:innen, die über

hohes politisches Wissen und Interesse verfügen, einem ideologischen Muster folgen (Converse, 1964), gingen Teile der Forschung eine Zeit lang davon aus, dass Ideologien als Erklärung für politische Einstellungen und Verhaltensweisen eine untergeordnete Rolle spielen. Im Gegensatz dazu erhalten politische Ideologien heutzutage in den empirischen Sozialwissenschaften wieder deutlich mehr Aufmerksamkeit. Dieser gesteigerte Stellenwert geht jedoch teilweise mit einem etwas veränderten Verständnis politischer Ideologien einher: Einige Forschende verstehen die Selbstverortung einer Person auf einer Links-Rechts-Skala eher als einen Ausdruck ihrer politischen Identität denn als einen zuverlässigen Hinweis auf die spezifischen Ansichten, die sie vertritt. Das heißt, unabhängig davon, ob die spezifischen Einstellungen, die Menschen vertreten, insgesamt einem ideologischen Muster folgen, werden politische Ideologien als relevant angesehen, weil es für viele Menschen bedeutsam ist, sich selbst und politische Akteure ideologisch zu verorten und weil diese Verortungen mit relevanten Verhaltensweisen, wie etwa Wahlverhalten, in Zusammenhang stehen. Dabei kann es durchaus sein, dass die ideologischen Selbstverortungen von Menschen nur mäßig gut zu den spezifischen Einstellungen passen, die sie vertreten. Dies hat damit zu tun, dass das Verständnis der Begriffe *links* und *rechts* nicht nur zwischen Bevölkerungen verschiedener Länder, sondern auch innerhalb der Bevölkerung eines Landes stark variieren kann (z.B. Bauer et al., 2017; Wojcik et al., 2021).

Zur Messung ideologischer Orientierungen in sozialwissenschaftlichen Studien lassen sich grundsätzlich drei Ansätze unterscheiden: Erstens kann man erfassen, in welchem Ausmaß Befragte sich selbst oder politische Akteure mit bestimmten ideologischen Schlagworten oder Kategorien identifizieren. Man spricht hier von Maßen der *symbolischen ideologischen Orientierung*. Zweitens lassen sich Skalen einsetzen, die abstrakte Meinungen darüber erfassen, wie die Gesellschaft oder

die internationale Politik organisiert sein und funktionieren sollten. Hierbei handelt es sich um Maße *inhaltlicher Ideologiedimensionen* (siehe unten). Drittens kann man eine Auswahl spezifischer politischer Einstellungen und Überzeugungen erfassen und diese Angaben zu Maßen der ideologischen Orientierung aggregieren. Hierbei spricht man von *operationalen Maßen der ideologischen Orientierung*. Links-Rechts-Skalen, wie sie im Fokus dieses Artikels stehen, sind das klassische Instrument zur Messung der symbolischen ideologischen Orientierung. Wir werden diese im Zuge unserer Analysen aber auch zu inhaltlichen Ideologiedimensionen in Beziehung setzen.

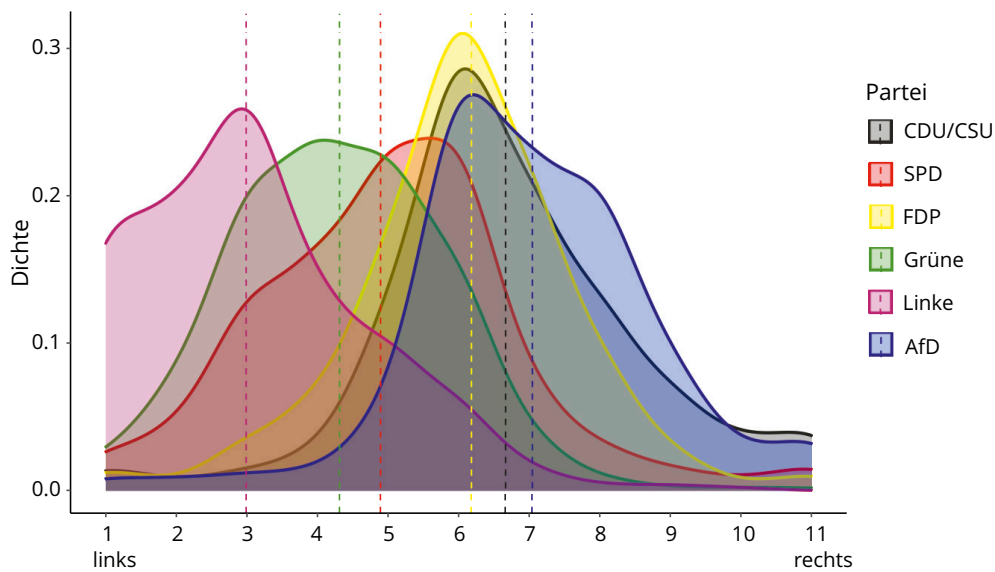
Die Verwendung der Begriffe *links* und *rechts* zur Beschreibung politisch-ideologischer Orientierungen geht auf die Sitzordnung in der französischen Nationalversammlung nach der französischen Revolution zurück. Hier saßen Mitglieder, die das absolutistische System unterstützen, zur rechten Seite des Präsidenten der Versammlung, während jene, die das alte Regime überwinden wollten, auf der linken Seite saßen. Es ist klar, dass die Abbildung ideologischer Orientierungen auf einer Links-Rechts-Skala eine starke Vereinfachung darstellt. Ob sinnvolle Komplexitätsreduktion oder Übervereinfachung – darüber sind sich die Forschenden uneins. Analog zur ursprünglichen Bedeutung der Begriffe gehen einige Autor:innen davon aus, dass in Links-Rechts-Positionierungen zwei zentrale Aspekte zum Ausdruck kommen: (a) Befürwortung von Veränderung versus Widerstand gegen Veränderung und (b) Befürwortung versus Ablehnung von staatlichen Maßnahmen zur Reduktion von Ungleichheit. Befürwortung von Veränderung gepaart mit der Befürwortung von staatlichen Maßnahmen zur Reduktion von Ungleichheit drücken sich demnach in einer linkeren Positionierung aus, während Widerstand gegen Veränderung gepaart mit der Ablehnung von staatlichen Maßnahmen zur Reduktion von Ungleichheit sich in einer rechteren Positionierung niederschlagen. Kritiker:innen einer solchen

inhaltlichen Interpretation der Links-Rechts-Skala verweisen darauf, dass Haltungen zu Veränderung und Haltungen zu Ungleichheit nicht notwendigerweise in dieser Weise miteinander zusammenhängen müssen (für empirische Evidenz, siehe Malka et al., 2019). Stattdessen sollten diese beiden Aspekte als unabhängige Ideologiedimensionen betrachtet werden (z.B. Feldman & Johnston, 2014), wodurch ein Koordinatensystem mit vier Quadranten entsteht, in dem sich Personen und politische Akteur:innen differenzierter verorten lassen als dies anhand der eindimensionalen Links-Rechts-Skala möglich ist. In der Literatur wird oft von einer ökonomischen Dimension gesprochen, in der sich die Haltung zu wirtschaftlicher Ungleichheit ausdrückt, und einer sozio-kulturellen Dimension, in der sich die Haltung zu gesellschaftspolitischen Veränderungen und Werten ausdrückt. Im Gegensatz zur Links-Rechts-Skala, die in unterschiedlichen Variationen zum Einsatz kommt, haben sich jedoch bis heute keine derart allgemein anerkannten Verfahren zur Messung ideologischer Orientierungen auf der ökonomischen und der sozio-kulturellen Dimension etabliert (z.B. Duckitt & Sibley, 2010).

» **Wähler:innen ein und derselben Partei können sich selbst sehr unterschiedlich auf der Links-Rechts-Skala verorten.** «

Im Folgenden analysieren wir anhand aktueller repräsentativer Daten der GLES, wo sich Wähler:innen auf der Links-Rechts-Skala verorten, wo sie die verschiedenen Parteien auf dieser Skala sehen, ob sich bezüglich der Verortungen über die Legislaturperioden hinweg Veränderungen feststellen lassen und wie stark die ideologische Positionierung von Wähler:innen mit spezifischeren politischen Präferenzen sowie ihren Wahlentscheidungen zusammenhängt.

Abbildung 1 Links-Rechts-Selbstverortung der Wähler:innen der verschiedenen Parteien



Anmerkung: Vertikale Linien repräsentieren Mittelwerte. Darstellung gewichtet.
Quelle: GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl (ZA7702_v1-0-0). Eigene Darstellung und Berechnung.

Selbstverortung der Wähler:innen der verschiedenen Parteien

Wähler:innen einer Partei können sich selbst sehr unterschiedlich auf der Links-Rechts-Skala verorten. Abbildung 1 veranschaulicht die Selbstverortungen der Wähler:innen der verschiedenen Parteien, indem über die Datenpunkte der Angaben Glättungskurven gelegt wurden, so dass sich die Muster der Verteilungen zwischen den Parteien vergleichen lassen. Links der Mitte verorten sich Wähler:innen der Partei Die Linke klar am linken Ende der Skala, gefolgt von Grünen und SPD. Befragte, die FDP und CDU/CSU wählen, hingegen haben stark überlappende Selbstverortungen. Insgesamt variieren die Einschätzungen der FDP-Wähler:innen allerdings am wenigsten und verteilen sich um den häufigsten Wert knapp über dem Mittelpunkt von 6 relativ gleichmäßig. Bei der Union hingegen gibt es einen größeren Teil der Wähler:innen, der sich weiter rechts der Mitte einordnet als bei der FDP. Die neue Sitzordnung im Bundestag scheint, anhand der Wähler:innen betrachtet, also gerechtfertigt zu sein.

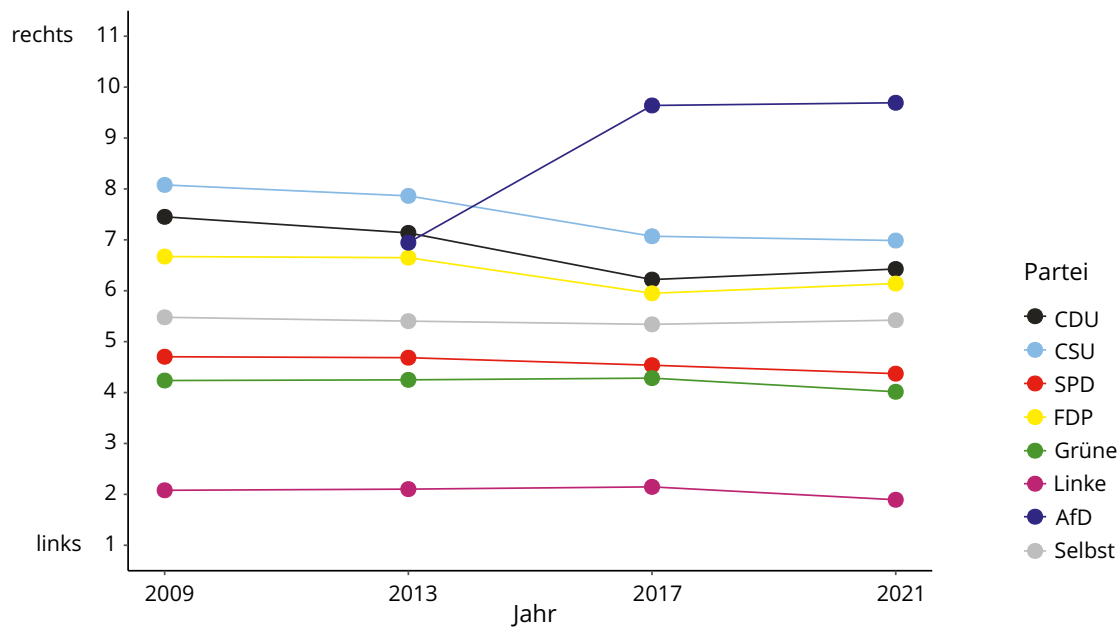
Spannend ist sowohl die große Bandbreite der Selbsteinschätzungen von AfD-Wähler:innen als auch wie viele von ihnen sich mittig positionieren. Nur wenige nehmen die stark rechte Position ein, die der Partei meist zugeschrieben wird (siehe Abbildung 2). Dies könnte auch mit der Beobachtung im folgenden Abschnitt zusammenhängen, dass die AfD-Wähler:innen die Partei deutlich weniger rechts wahrnehmen als Wähler:innen anderer Parteien (Abbildung 3).

» **AfD: 2013 noch wirtschaftsliberal, konservativ, euroskeptisch wahrgenommen – 2017 und 2021 deutlich weiter rechts.** «

Verortung der verschiedenen Parteien im zeitlichen Verlauf

Abbildung 2 zeigt die arithmetischen Mittelwerte der Einschätzungen der Befragten zur Links-Rechts-Verortung der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien, sowie die durchschnittliche Selbstverortung der Befragten,

Abbildung 2 Wahrgenommene Parteipositionen 2009-2021



Anmerkung: Eigene Darstellung und Berechnung. Darstellung gewichtet.

Quelle: GLES Querschnitt 2009-2017, Kumulation (ZA6835_v1-0-0); GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl (ZA7702_v1-0-0).

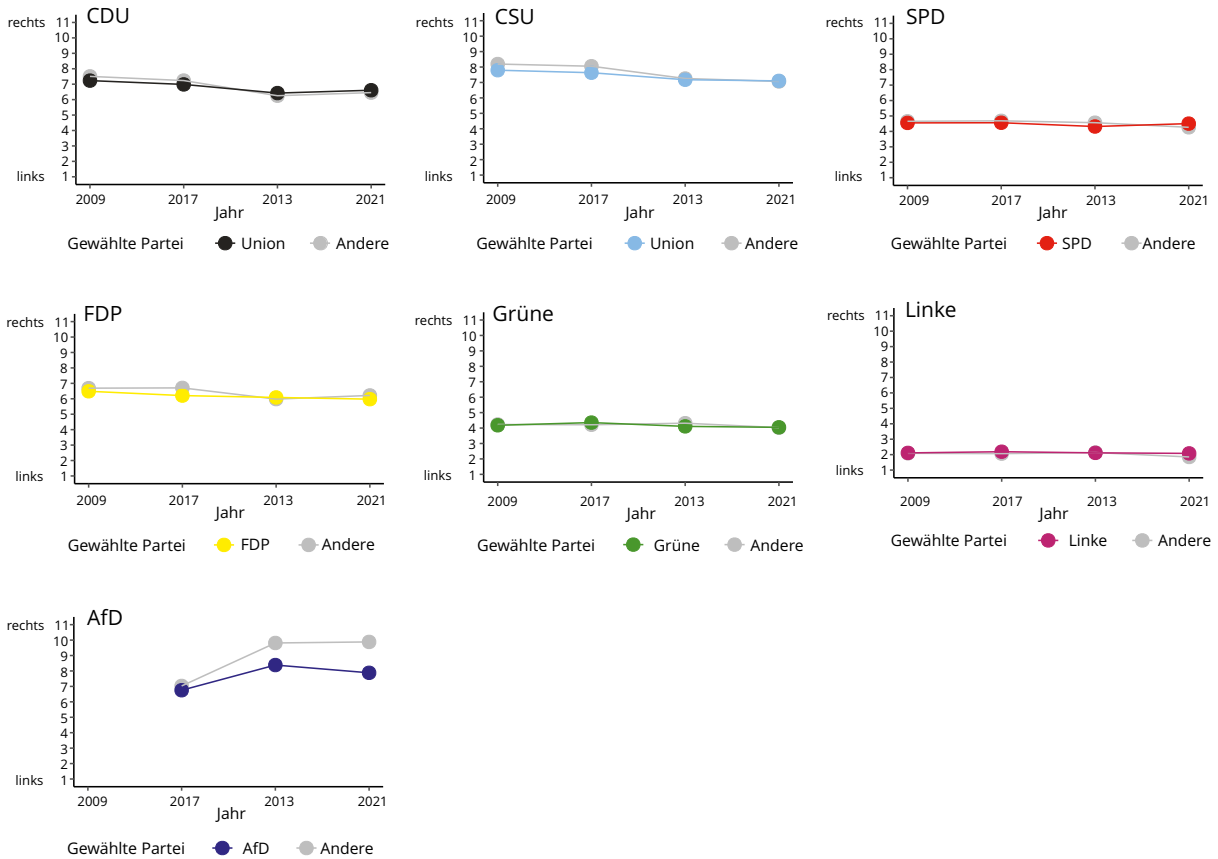
in den Wahljahren 2009, 2013, 2017 und 2021. Es wird deutlich, dass sowohl die mittlere Selbstwahrnehmung als auch die Einordnung der Parteien durch die Bürger:innen, mit Ausnahme der AfD, über die Jahre relativ stabil bleiben. Die größte Bewegung in der Einschätzung der AfD fand zwischen 2013 und 2017 statt. Während die AfD 2013 noch als wirtschaftsliberale, konservative und europasowie euroskeptische Partei auftrat und ähnlich wie CDU und FDP wahrgenommen wurde, wurde sie 2017 und 2021 deutlich weiter rechts eingeordnet. Die Vermutung liegt nahe, dass dies mit der thematischen Verschiebung der Partei hin zu einer Schwerpunktsetzung auf Zuwanderung und Anti-Establishment-Ansichten zusammenhängt (z.B. Arzheimer & Berning, 2019; Rosenfelder, 2017; Schmitt-Beck et al., 2017). Abgesehen von diesem Sprung der AfD von der Position zwischen FDP und CDU zur Extremposition deutlich rechts der CSU gibt es zwischen 2009 und 2021 keine Veränderungen in der Reihenfolge, in der die Parteien auf der Links-Rechts-Skala eingeordnet werden. Zwischen 2013 und 2017 fand eine leichte Verschiebung vor allem der Parteien rechts der Mitte nach links statt. Ob es für

diese Verschiebung inhaltliche Gründe gibt oder ob sie die Folge einer Kontrastierung der anderen Parteien von der nun rechts außen verorteten AfD ist, lässt sich anhand der hier vorliegenden Daten nicht beantworten.

2021 scheinen sich die Positionierungen von 2017 weitestgehend zu verfestigen, wobei es wirkt, als bestehe ein leichter Trend weg von der Mitte und hin zu den Extremen, sowohl auf der rechten als auch der linken Seite des politischen Spektrums. Die Bewegungen sind allerdings zu gering, um Thesen zu zunehmender Polarisierung darin zu begründen.

Bemerkenswert ist, wie sich die Links-Rechts-Verortung der Parteien zwischen den Wähler:innen der jeweiligen Partei und Wähler:innen anderer Parteien unterscheidet (Abbildung 3). Und zwar nicht, weil es besonders große Unterschiede gäbe, sondern weil diese kaum bestehen – mit Ausnahme der Verortung der AfD. Während noch 2013 die Einschätzungen von Wähler:innen der AfD und anderen Befragten zur Position der Partei fast exakt übereinstimmten, liegt 2021 die Positionierung der AfD auf der Skala von 1 (links) bis 11 (rechts) laut AfD-Wähler:innen im Durchschnitt bei 7.9 und laut allen ande-

Abbildung 3 Wahrgenommene Parteipositionen – Wähler:innen der Partei vs. Wähler:innen anderer Parteien



Anmerkung: Eigene Darstellung und Berechnung. Darstellung gewichtet
 Quelle: GLES Querschnitt 2009-2017, Kumulation (ZA6835_v1-0-0); GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl (ZA7702_v1-0-0).

ren bei 10.1. Dies verdeutlicht, dass Teile der Mitglieder und Unterstützer:innen der AfD die Partei als Teil der „bürgerlichen Mitte“ sehen, obwohl sie auf Basis ihres Parteiprogramms nicht dort einzuordnen ist (Berbair et al., 2015).

Zusammenhang der Links-Rechts-Selbstverortung mit Einstellungen zu politischen Themen

In vielen politischen Themenbereichen gibt es Einstellungen oder Meinungen, die als eher *rechts* oder eher *links* eingeordnet werden. Es ist also davon auszugehen, dass die

politischen Präferenzen, die Menschen bei bestimmten Themen haben, mit ihrer ideologischen Position auf der Links-Rechts-Skala zusammenhängen. Frühere Studien haben allerdings gezeigt, dass die Stärke dieses Zusammenhangs davon abhängt, wie intensiv sich Menschen mit Politik beschäftigen (z.B. Converse, 1964; Kalmoe, 2020; Zaller, 1992). Dies hängt damit zusammen, dass es kognitiv anspruchsvoll ist und Wissen erfordert, politische Positionen in eine Links-Rechts-Position zu „übersetzen“ und andersherum.

Wir untersuchen neben dem Zusammenhang von Links-Rechts-Selbstverortungen und Einstellungen zu bestimmten Themen den Einfluss, den politisches Interesse auf diesen Zusammenhang ausübt. Dabei ist zu erwarten, dass politisch interessierte Personen sich stärker mit politischen Themen beschäftigen und ihnen dementsprechend vermutlich eher

bewusst ist, welche Einstellungen zu bestimmten Themen eher als *rechts* oder *links* eingeordnet werden.

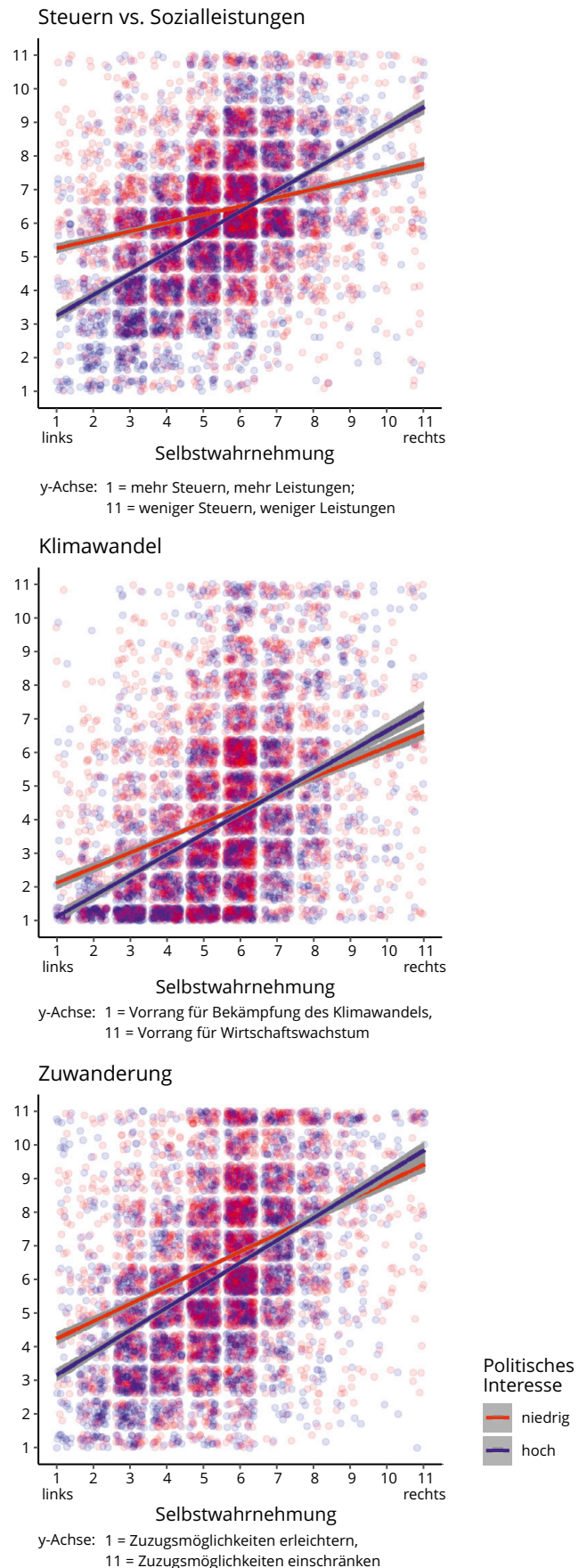
Die Unterteilung in hohes und niedriges politisches Interesse basiert hierbei auf einer Frage in der Vorwahlbefragung des GLES Querschnitts, in der Befragte gebeten werden, anzugeben, ob sie sich „sehr stark“, „stark“, „mittelmäßig“, „weniger stark“ oder „überhaupt nicht“ für Politik interessieren. Die beiden ersten Kategorien wurden hier zu hohem Interesse zusammengefasst, während „mittelmäßig“ unter niedriges Interesse gefasst wurde.

Bei allen drei betrachteten Themen, Steuererhöhungen vs. mehr Sozialleistungen, Maßnahmen zu Klimawandel und Zuwanderung, zeigt sich wie erwartet, dass der Zusammenhang zwischen den Einstellungen zu diesen Themen und der ideologischen Selbstverortung bei höherem politischem Interesse höher ist als bei niedrigem (Abbildung 4). Am ausgeprägtesten ist dieser Unterschied beim Thema Steuern und Sozialleistungen. Im Vergleich zu den beiden anderen Themen ist dieses Thema relativ komplex (z.B. Johnston & Wronski, 2015), so dass es vermutlich schwieriger ist, sich eine der eigenen Ideologie entsprechende Meinung dazu zu bilden bzw. die eigene Meinung aus diesem Bereich in eine Links-Rechts-Verortung zu übersetzen. Andere mögliche Erklärungsansätze könnten beinhalten, dass wirtschaftspolitische Themen möglicherweise verhältnismäßig an Salienz verloren haben (De Vries et al., 2013).

Selbstverortung im zweidimensionalen ideologischen Raum

Die Links-Rechts-Skala ist eine simple Darstellung von Ideologien, die politische Realitäten und das Themenspektrum, zu dem man sich positionieren kann, deutlich vereinfacht. Das macht die Skala einerseits so nützlich, da sie

Abbildung 4 Zusammenhang der Links-Rechts-Position mit Einstellungen zu verschiedenen Themen, nach politischem Interesse



Anmerkung: Eigene Darstellung und Berechnung. Darstellung ist nicht gewichtet
 Quelle: GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl (ZA7702_v1-0-0)...

weithin bekannt und allgemein verständlich ist, ist jedoch auch Grundlage für Kritik an der Aussagekraft dieser Vereinfachung.

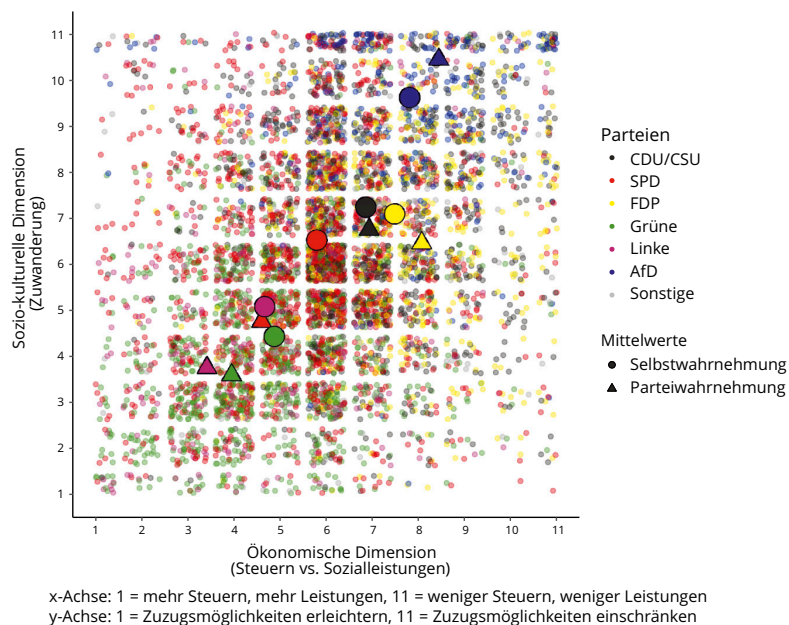
Wie zuvor beschrieben, wird aus diesem Grund häufig die etwas komplexere zweidimensionale Darstellung von ideologischen Verortungen verwendet, mit einer ökonomischen sowie einer sozio-kulturellen Dimension (siehe, z.B. Kriesi et al., 2008). In Abbildung 5 ist diese zweidimensionale Verortung dargestellt. Dabei werden Einstellungen zur Abwägung zwischen höheren Steuern, verbunden mit mehr Sozialleistungen, versus niedrigeren Steuern und weniger Sozialleistungen als Indikator für die Einordnung auf der ökonomischen Achse verwendet. Die Positionierung auf der sozio-kulturellen Dimension wird als Einstellungen zu Zuzugsmöglichkeiten gemessen (erleichtern versus einschränken). Die großen Kreise in der Abbildung stellen die Mittelwerte der Selbstwahrnehmung der Wähler:innen der verschiedenen Parteien dar. Anhand der kleinen Kreise, die für die einzelnen Selbstverortungen stehen, ist zu sehen, wie weit diese teils vom Durchschnitt abweichen und auf welcher Dimension. Bei Wähler:innen der AfD ist beispielweise zu sehen, dass Positionen zur Zuwanderung relativ einheitlich sind,

während ökonomische Vorstellungen stark variieren. Bei FDP-Wähler:innen hingegen ist es umgekehrt der Fall. Die großen Dreiecke zeigen zudem Mittelwerte der Wahrnehmung aller Befragten zur Verortung der Parteien auf den beiden Dimensionen. Hier bestehen große Diskrepanzen zwischen Selbstwahrnehmungen der Wähler:innen und Einordnungen der Parteien vor allem im linken Spektrum, am stärksten bei Linken und SPD, und zwar auf beiden Dimensionen.

Ideologische Distanz und Wahlentscheidung

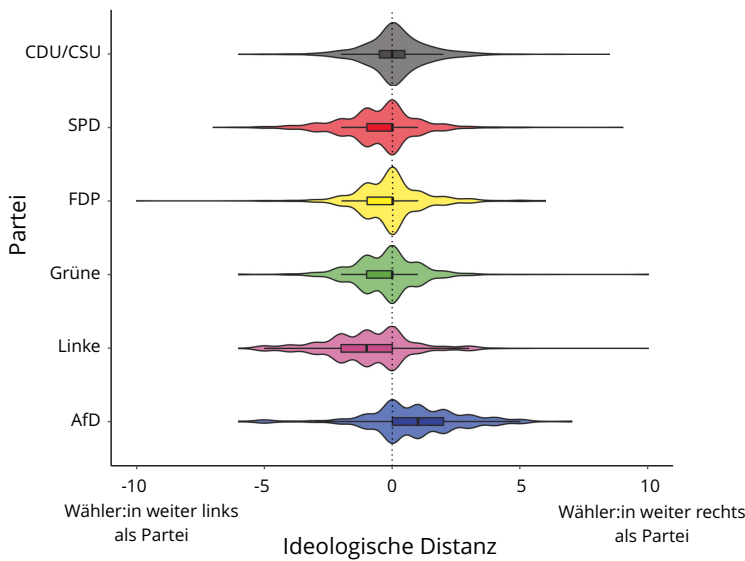
Wie stark hängt nun aber Ideologie mit dem politischen Verhalten von Menschen zusammen? Eine Möglichkeit, den Zusammenhang zwischen Ideologie und politischem Verhalten empirisch zu testen, besteht darin, zu ermitteln, wie groß die ideologische Distanz zwischen Parteien und ihren Wähler:innen ist. Diese ist in Abbildung 6 für jede der sechs im Bundestag vertretenen Parteien abgebildet. Als Grundlage dient hier die Variable *Ideologische Position in Relation zur gewählten Partei*, welche berechnet wird, indem die eigene ideologische Position (auf einer Skala von 1, „links“, bis 11, „rechts“) von der wahrgenommenen ideologischen Position der gewählten Partei (auf derselben 11-Punkte Skala) subtrahiert wird. Daraus resultiert eine Variable, die Werte von -10 bis +10 annehmen kann, und deren mittlerer Skalenpunkt, 0, die kleinstmögliche ideologische Distanz zur gewählten Partei beschreibt, während negative Werte eine Selbstverortung weiter links der gewählten Partei widerspiegeln und positive Werte eine Selbstverortung weiter rechts der gewählten Partei. So erhält zum Beispiel eine Grünen-Wählerin, die sich selbst dem Skalenpunkt 3 zuordnet und die Grünen dem Skalenpunkt 4, bei dieser Variable den Wert von -1.

Abbildung 5 Zweidimensionale ideologische Verortung



Anmerkung: Eigene Darstellung und Berechnung. Darstellung gewichtet.
Quelle: GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl (ZA7702_v1-0-0).

Abbildung 6 Ideologische Distanz zwischen Parteien und ihren Wähler:innen



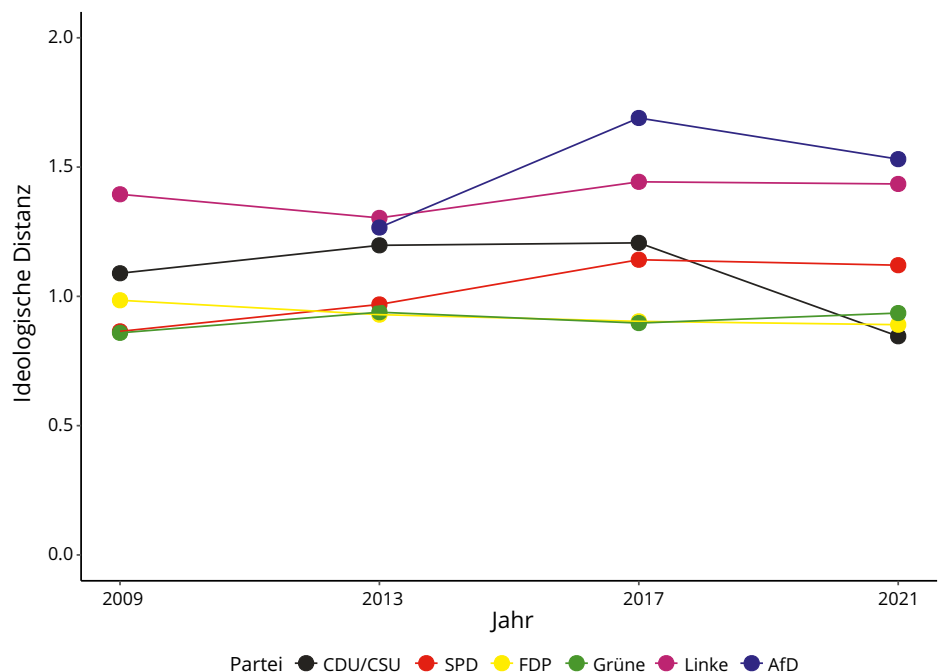
Anmerkung: Eigene Darstellung und Berechnung. Darstellung gewichtet.
Quelle: GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl (ZA7702_v1-0-0).

Abbildung 6 zeigt, dass Wähler:innen in Deutschland generell ideologisch nah an der Partei sind, die sie wählen. Lediglich bei den beiden Parteien an den ideologischen Rändern, AfD und Linke, ist zu erkennen, dass sie auch von Personen gewählt werden, die sich selbst als weiter links (im Fall der Linken) oder als weiter rechts (im Fall der AfD) bezeichnen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass Wähler:innen bei der Stimmabgabe mitberücksichtigen, mit welcher Wahrscheinlichkeit die von ihnen gewählte Partei die 5%-Hürde erreicht und damit in den Bundestag einziehen kann. Da ideologisch extremere Parteien als die Linke und die AfD nur sehr geringe Chancen haben, tatsächlich in den Bundestag einzuziehen, entscheiden sich viele ideologisch extreme Wähler:innen für die Linke oder die AfD, da sie die ideologisch nächsten Parteien sind, die eine realistische Chance auf einen Einzug in den Bundestag haben.

In der Politikwissenschaft gibt es eine langanhaltende Debatte darüber, wie relevant Ideologie für das Wahlverhalten ist und ob sich über die Zeit Hinweise auf eine abnehmende Relevanz feststellen lassen (siehe z.B. Jost, 2006; Kalmoe, 2020). Auch solche Fragen können anhand von Daten der GLES empirisch untersucht werden, indem Veränderungen im Zeitverlauf betrachtet werden. In Abbildung 7 ist daher die durchschnittliche absolute ideologische Distanz zwischen Parteien und ihren Wähler:innen von 2009 bis 2021 visualisiert. Die Variable *ideologische Distanz zur gewählten Partei* kann hier Werte zwischen 0 und 10 annehmen. Insgesamt ist im Zeitverlauf keine einheitliche Veränderung zu erkennen,

was zumindest für den Zeitraum von 2009 bis 2021 die Erwartung einer abnehmenden Relevanz von Ideologie nicht bestätigt. Ähnlich wie in Abbildung 6 stechen die ideologisch extremen Parteien, die Linke und die AfD, als Parteien, die auch von ideologisch entfernte-

Abbildung 7 Ideologische Nähe zwischen Parteien und ihren Wähler:innen im Zeitverlauf



Anmerkung: Eigene Darstellung und Berechnung. Darstellung gewichtet.
Quelle: GLES Querschnitt 2009-2017, Kumulation (ZA6835_v1-0-0); GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl (ZA7702_v1-0-0).

ren Wähler:innen gewählt werden, hervor. Interessant ist außerdem, dass die AfD im Jahr 2017 durchschnittlich mehr ideologisch entferntere Wähler:innen anzog als im Wahljahr zuvor sowie danach. Dies könnte durch die erhöhte beigemessene Relevanz des Themas *Migration und Asyl* sowie der Position der AfD zu diesem Thema erklärt werden. Da die AfD als einzige Partei eindeutig migrationsfeindliche Positionen vertrat, ist es möglich, dass Wähler:innen, die sich selbst ideologisch weiter von der AfD entfernt verorteten, trotzdem die AfD wählten, da sie der Parteiposition zu diesem Thema eine höhere Relevanz zuordneten. Für eine abschließende Beurteilung der sich verändernden Relevanz der ideologischen Parteinähe für Wahlentscheidungen sollten darüber hinaus weitere Faktoren, die in die persönliche Wahlentscheidung mit einfließen (wie z.B. die Parteidentifikation), in zukünftigen Analysen miteinbezogen werden.

Fazit: Ist Ideologie überhaupt noch relevant?

Wie die eingangs beschriebene Debatte um die Sitzordnung im 20. Bundestag, verdeutlichen auch unsere empirischen Befunde, dass der ideologische Raum stets kleinen, aber dennoch relevanten Veränderungen obliegt. So haben wir gezeigt, dass sich die von deutschen Wähler:innen wahrgenommenen Parteipositionen von 2009 bis 2021 nur geringfügig veränderten, mit Ausnahme der AfD, welche heute deutlich weiter rechts im ideologischen Spektrum verortet wird als noch zu ihrer Parteigründung in 2013. Wir haben auch gesehen, dass die Wähler:innen der verschiedenen Parteien diese nicht anders verorten als Personen, die die jeweilige Partei nicht gewählt haben, wieder mit Ausnahme der AfD. Diese wird von Wähler:innen anderer Parteien als deutlich weiter rechts eingestuft als von ihren eigenen Wähler:innen. Außerdem haben wir festgestellt, dass es relevante Unterschiede

zwischen den ideologischen Selbstverortungen der Wähler:innen der sechs im Bundestag vertretenen Parteien gibt, sowohl im eindimensionalen ideologischen Raum als auch in einem komplexeren zweidimensionalen Raum.

Die ideologische Selbstverortung der deutschen Wähler:innen hängt mit ihrer Position zu verschiedenen politischen Themen zusammen. Wähler:innen, die sich selbst weiter links auf dem politischen Spektrum verorten, befürworten eher mehr Sozialleistungen, mehr Klimaschutzmaßnahmen sowie mehr Migration als solche, die sich weiter rechts verorten. Diese Zusammenhänge sind stärker ausgeprägt, je mehr sich Wähler:innen für Politik interessieren.

Bedeutsam ist Ideologie nach wie vor, da sie eng mit politischem Verhalten zusammenhängt. Die Daten der GLES legen nahe, dass die wahrgenommene ideologische Nähe der deutschen Wähler:innen zur gewählten Partei hoch ist, wobei die ideologisch extremsten im Bundestag vertretenen Parteien, die Linke und die AfD, auch von Wähler:innen gewählt werden, die sich selbst weiter außen auf der Rechts-Links Skala verorten als die von ihnen gewählte Partei. Zuletzt deuten unsere Analysen nicht darauf hin, dass politische Ideologie an Relevanz verloren hat, sondern dass sie nach wie vor eine nicht zu vernachlässigende Rolle bei der Wahlentscheidung spielt. Es bleibt spannend zu beobachten, ob diese auch in Zukunft relevant bleiben wird und welche politischen Konsequenzen weitere Veränderungen des ideologischen Raums zur Folge haben werden.

Literatur

- Arzheimer, K., & Berning, C. C. (2019). How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. *Electoral Studies*, 60, 102040.
<https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.04.004>
- Bauer, P. C., Barberá, P., Ackermann, K., & Venetz, A. (2017). Is the Left-Right Scale a Valid Measure of

- Ideology? *Political Behavior*, 39(3), 553–583.
<https://doi.org/10.1007/s11109-016-9368-2>
- Berbuir, N., Lewandowsky, M., & Siri, J. (2015). The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? *German Politics*, 24(2), 154–178.
<https://doi.org/10.1080/09644008.2014.982546>
- Converse, P. E. (1964). The nature of belief systems in mass politics. In D. E. Apter (Hrsg.), *Ideology and discontent* (S. 206–261). Free Press of Glencoe.
- De Vries, C. E., Hakhverdian, A., & Lancee, B. (2013). The Dynamics of Voters' Left/Right Identification: The Role of Economic and Cultural Attitudes*. *Political Science Research and Methods*, 1(2), 223–238.
<https://doi.org/10.1017/psrm.2013.4>
- Duckitt, J., & Sibley, C. G. (2010). Personality, Ideology, Prejudice, and Politics: A Dual-Process Motivational Model. *Journal of Personality*, 78(6), 1861–1894.
<https://doi.org/10.1111/j.1467-6494.2010.00672.x>
- Feldman, S., & Johnston, C. (2014). Understanding the Determinants of Political Ideology: Implications of Structural Complexity. *Political Psychology*, 35(3), 337–358. <https://doi.org/10.1111/pops.12055>
- GLES. (2020). GLES Querschnitt 2009-2017, Kumulation. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6835 Datenfile Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13648>
- GLES. (2022). GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl. GESIS, Köln. ZA7702 Datenfile Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13864>
- Johnston, C. D., & Wronski, J. (2015). Personality Dispositions and Political Preferences Across Hard and Easy Issues: Personality Dispositions and Political Preferences. *Political Psychology*, 36(1), 35–53.
<https://doi.org/10.1111/pops.12068>
- Jost, J. T. (2006). The end of the end of ideology. *American Psychologist*, 61(7), 651–670.
<https://doi.org/10.1037/0003-066X.61.7.651>
- Kalmoe, N. P. (2020). Uses and Abuses of Ideology in Political Psychology. *Political Psychology*, 41(4), 771–793. <https://doi.org/10.1111/pops.12650>
- Kriesi, H., Grande, E., Lachat, R., Dolezal, M., Bornschier, S., & Frey, T. (2008). West European politics in the age of globalization. In Kriesi, H; Grande, E; Lachat, R; Dolezal, M; Bornschier, Simon; Frey, T (2008). *West European politics in the age of globalization*. Cambridge, UK: Cambridge University Press. Cambridge University Press.
<https://doi.org/10.1017/CBO9780511790720>
- Malka, A., Lelkes, Y., & Soto, C. J. (2019). Are Cultural and Economic Conservatism Positively Correlated? A Large-Scale Cross-National Test. *British Journal of Political Science*, 49(3), 1045–1069.
<https://doi.org/10.1017/S0007123417000072>
- Mudde, C. (2017). Populism: An Ideational Approach. In C. R. Kaltwasser, P. A. Taggart, P. O. Espejo, & P. Ostiguy (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Populism* (Bd. 1, S. 27–47). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198803560.013.1>
- Rosenfelder, J. (2017). Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt? *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 48(1), 123–140.
<https://doi.org/10.5771/0340-1758-2017-1-123>
- Schmitt-Beck, R., van Deth, J. W., & Staudt, A. (2017). Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende: Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27(3), 273–303. <https://doi.org/10.1007/s41358-017-0104-1>
- Wojcik, A. D., Cislak, A., & Schmidt, P. (2021). 'The left is right': Left and right political orientation across Eastern and Western Europe. *The Social Science Journal*, 1–17.
<https://doi.org/10.1080/03623319.2021.1986320>
- Zaller, J. (1992). *The nature and origins of mass opinion*. Cambridge University Press.

Alina Dippel

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail alina.dippel@gesis.org

Alina Dippel studiert im Master Political Science an der Universität Mannheim und arbeitet als studentische Hilfskraft im Team der GLES.

Lukas Hetzer

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail lukas.hetzer@gesis.org

Lukas Hetzer arbeitet als Datenspezialist im Team der GLES sowie im Drittmittelprojekt DemThreat. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der vergleichenden politischen Verhaltens- und Einstellungsforschung.

<https://orcid.org/0000-0003-4797-6230>

Axel Burger

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail axel.burger@gesis.org

Axel Burger ist Sozialpsychologe mit Forschungsschwerpunkt Politische Psychologie und arbeitet als Post-Doc im Team der GLES.



Die Bundestagswahl 2021 auf Twitter

Marius Sältzer & Sebastian Stier

Soziale Medien nehmen gerade unter Corona-Bedingungen eine größere Rolle im Wahlkampf ein. Verbunden mit dem innerparteilichen Kampf um die Spitzenkandidaturen, der Zersplitterung des Parteiensystems und einer personalisierten Kanzlerwahl befördert das individualisierte Medium Twitter die Personalisierung des politischen Wettbewerbs.

Für eine Analyse der Bundestagswahl stellt sich die Frage, ob es mit Twitterdaten auch möglich ist, Rückschlüsse auf die individuellen politischen Positionen von Bundestagskandidierenden zu ziehen. Anhand der politischen Kommunikation einiger prominenter Spitzenpolitiker:innen werden die zentralen Dimensionen des politischen Raums auf Twitter sichtbar, insbesondere die Neuausrichtung der traditionellen Links-Rechts Dimension.

Keywords: Social media, political positions, text analysis, party competition

Keine deutsche Wahl war so stark digitalisiert wie die Bundestagswahl 2021: Die Notwendigkeit zur physischen Distanz durch die Verbreitung des Coronavirus, eine jüngere Wähler:innenschaft, die sich als mobil erweist, sowie die Verschiebung der Informationsquellen weg von analogen Medien hin in den digitalen Raum, verwandeln soziale Netzwerkseiten wie Facebook und Twitter sowohl in ein zentrales Werkzeug als auch in eine Arena moderner Politik. Wenn Tweets zu Nachrichten werden und gesellschaftliche Debatten auslösen, werden soziale Medien zu einer zentralen Plattform für Politiker:innen, Wähler:innen und Journalist:innen (Oschatz et al., 2021). Wenngleich deutsche Politiker:innen

Social media have become increasingly important during election campaigns, especially under corona conditions. Combined with the inner-party struggles, the fragmentation of the party system and personalized campaigns including a strong focus on chancellor candidates, the individualized medium of Twitter promotes the personalization of political competition.

For an analysis of the Bundestag elections, the question arises as to whether it is also possible to draw conclusions about the individual political positions of Bundestag candidates using Twitter data. Based on the political communication of top politicians, the central dimensions of the political space become visible on Twitter, in particular the realignment of the traditional left-right dimension.

digitale Tools im internationalen Vergleich vergleichsweise spät übernommen haben und primär an ihre tradierten politischen Strategien und die politisch-systemischen Logiken anpassten (Jungherr, 2016), erzwang die Corona-Pandemie eine beschleunigte Übernahme der Instrumente des digitalen Wahlkampfs in sozialen Medien.

Eine Konsequenz der gestiegenen Relevanz sozialer Medien ist eine zunehmende Individualisierung (Enli & Skogerbø, 2013), da sie eine individuelle Präsentation der eigenen Person und Positionen jenseits von Parteidisziplin, des tradierten Auswahlkorsetts durch etablierte Medien oder der (limitierten) Rolle im Parlament erlauben. Soziale Medien sind ein

freier Raum für politische Selbstdarstellung. Damit werden sie aus wissenschaftlicher Sicht zu einer gewinnbringenden Datenquelle, die die bisher weniger sichtbare Heterogenität innerhalb von Parteien und im politischen System insgesamt öffentlich zutage treten lässt.

Twittern als politische Kommunikation im Wahlkampf

Im digitalen Wahlkampf dominieren Facebook, Twitter und Instagram die politische Sphäre. Dabei unterscheiden sich die Plattformen in ihren Nutzenden-, Nutzungs- und Inhaltsprofilen. Während Facebook von einer großen Zahl von Politiker:innen (teilweise privat) vor allem für die direkte Kommunikation mit Wähler:innen verwendet wird, ist Twitter ein Medium zum Austausch innerhalb der (politischen) Elite: Zielgruppe von Tweets scheinen vor allem Journalist:innen, Parteifreund:innen oder andere Amtsträger:innen zu sein (Stier et al., 2018).

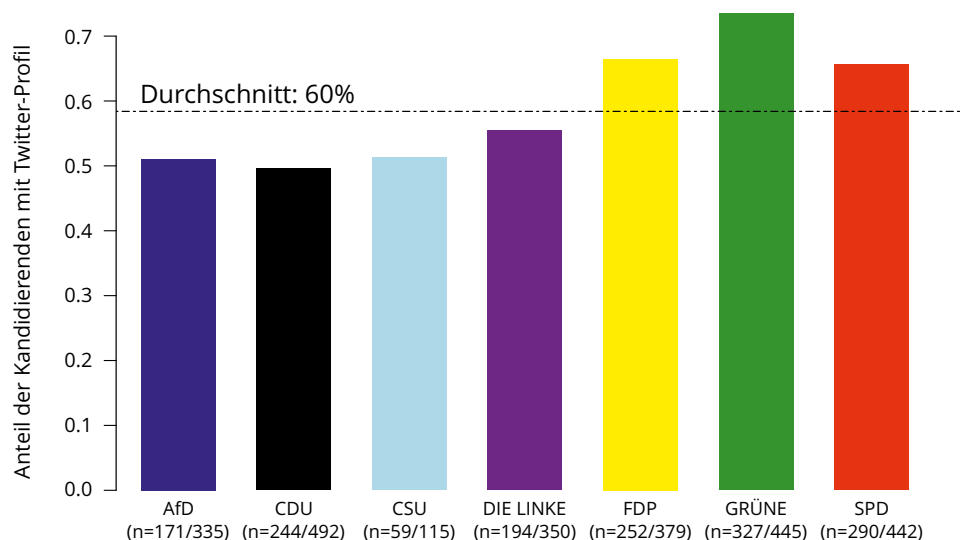
Politiker:innen nutzen politische Kommunikation, um sich gegenüber Wähler:innen,

Parteikolleg:innen und Journalist:innen zu präsentieren und zu positionieren. Twitter ist insbesondere für weniger bekannte Gesichter eine Chance zur medialen und inhaltlichen Profilierung, da die Plattform im Vergleich zu anderen öffentlichen Arenen der Politik einen großen Grad an Individualität erlaubt. Dies spiegelt sich auch in Unterschieden der Twitter-Nutzer wider: Abbildung 1 zeigt, wie viele der 2.558 Kandidierenden der jeweils im Bundestag vertretenen Parteien einen Twitter-Account besitzen (Sältzer et al., 2021).

Doch allein die Registrierung auf einer Plattform sagt wenig über die tatsächliche Nutzungsintensität aus. Abbildung 2 zeigt die Nutzung von Twitter während einer etwa 1,5-jährigen Zeitspanne rund um die Bundestagswahl 2021 (Juli 2020 – Januar 2022). Hier wird deutlich, dass die CSU mit Abstand am wenigsten über Twitter kommuniziert. Gemessen an der Zahl der Beiträge sind die Grünen und die FDP, im Vergleich zu ihren Stimmenanteilen, stark überrepräsentiert.

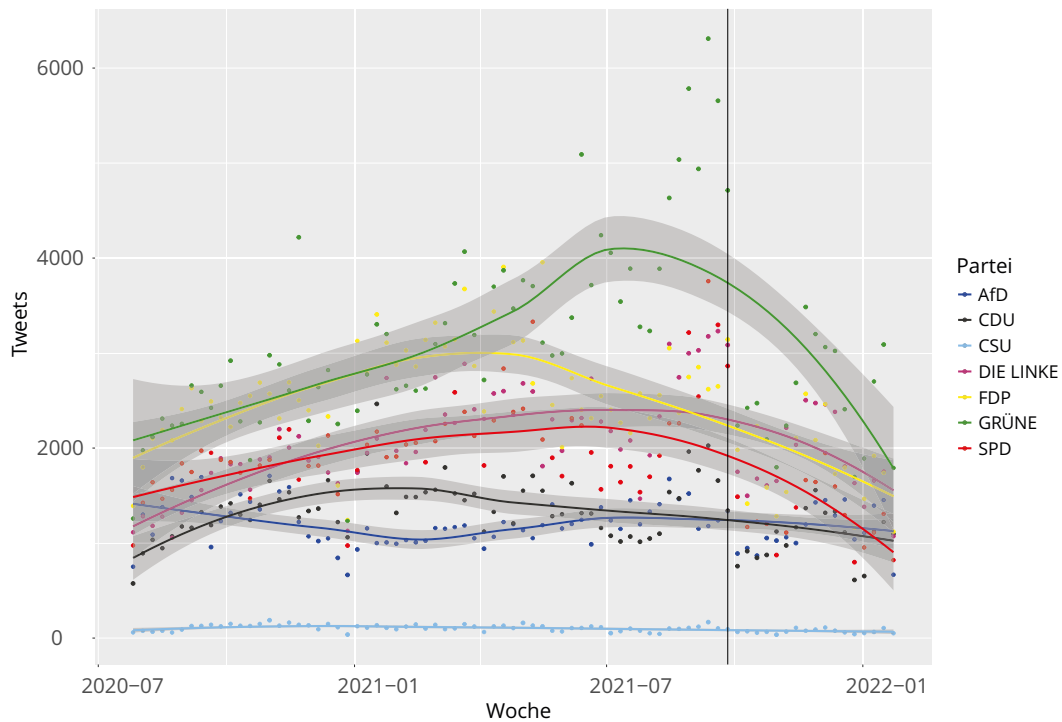
Während auf Facebook vor allem Mobilisierung und wahlkreiszentrierte Werbung betrieben wird (Stier et al., 2018), entwickeln sich auf Twitter oft inhaltliche, parteizentrierte Debatten, die mit ideologischen Positionierungen einhergehen. Aus diesem Grund eig-

Abbildung 1 Präsenz von Kandidierenden zur Bundestagswahl 2021 auf Twitter nach Parteizugehörigkeit



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung, basierend auf den Daten von Sältzer et al. (2021).

Abbildung 2 Twitter-Aktivität durch Kandidierende zur Bundestagswahl 2021 im Zeitverlauf. Vertikale Linie zeigt den Wahltermin



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung.

net sich Twitter besonders gut, um politische Akteur:innen im Rahmen ihrer Positionierung im politischen Wettbewerb zu vergleichen und Rückschlüsse über substantielle Parteipolitik, aber auch innerparteiliche Politik zu ziehen (Sältzer, 2020).

» **Klimawandel, Migration, Kultur und Gleichberechtigung bedingen ein „Realignment“ anhand einer neuen Achse des politischen Systems.** «

Der politische Raum auf Twitter

Zentral für politischen Wettbewerb ist die inhaltliche Positionierung. Wie in Wahlprogrammen oder Parlamentsreden können soziale Medien genutzt werden, um thematische Prioritäten, Meinungen oder Lösungsvorschläge zu formulieren. Die Vielfalt an Themen in der modernen Politik macht eine Positionierung zu jedem einzelnen Thema jedoch unmöglich. Aus diesem Grund verwenden sowohl Wähler:innen als auch Politiker:innen Vereinfachungen, aufgrund derer sich Akteur:innen politisch verorten

lassen (Benoit & Laver, 2012). Ein typisches Beispiel ist die Links-Rechts-Dimension, die die Positionierung zu einzelnen Themen vergleichbar und verständlich macht. So sind Positionierungen wie bspw. „links“ oder „Mitte rechts“ Cluster aus Meinungen zu einer großen Bandbreite an Themen, die oft gemeinsam auftreten (siehe hierzu auch Dippel, Hetzer, & Burger, 2022, in dieser *easy*-Ausgabe). Diese abstrakten Positionen erlauben einen direkten Vergleich von Parteien, aber auch von einzelnen Politiker:innen. Diese „räumliche“ Vorstellung von Politik ist intuitiv und gängig im politischen Diskurs (Downs, 1957).

Welche Positionen die zentrale Dimension des politischen Wettbewerbs darstellen, ändert sich, je nachdem welche Themen auf der

politischen Tagesordnung stehen. Während im 20. Jahrhundert vor allem die ökonomische Dimension, also Fragen der Umverteilung innerhalb des Wohlfahrtsstaates, die zentrale Konfliktlinie bildete, hat sich die saliente Dimension in den letzten Jahren auf eine postmaterielle, kulturelle Linie verschoben (Bakker et al., 2015). Klimawandel, Migration, Kultur und Gleichberechtigung spielen in den Diskursen des 21. Jahrhunderts eine stärkere Rolle und bedingen ein „Realignment“ anhand einer neuen Achse des politischen Systems.

Um Inhalte und Positionen politischer Akteur:innen auf diesen Achsen zu bestimmen findet in der Wissenschaft methodisch die Inhaltsanalyse, traditionell vor allem von Wahlprogrammen, Anwendung. Da unterschiedliche Ideologien unterschiedliche Themen ins Zentrum stellen, erlaubt die Analyse der thematischen Schwerpunkte der jeweiligen Akteur:innen auch Rückschlüsse auf ihre eigenen Positionen. So erscheinen Parteien, die vor allem über Solidarität und Sozialleistungen sprechen, „linker“ als solche, die innere Sicherheit oder niedrige Steuern betonen. Forschende haben entsprechend die Wahlprogramme händisch nach Themen kodiert, und diese Themen bestimmten Positionen auf einer unterstellten Links-Rechts-Achse zugeordnet (Volkens et al., 2021).

Diese Methode lässt sich teilweise auch auf die Analyse der Themensetzungen und politischen Positionen in den sozialen Medien übertragen. So lassen sich zentrale Unterschiede innerhalb von und zwischen den Parteien feststellen. So ist ein SPD-Mitglied, das überdurchschnittlich häufig über niedrige Steuern spricht, näher an der CDU als ein SPD-Mitglied, das vor allem Rassismus und Umweltschutz betont. Allerdings ist dies in den Sozialen Medien, wie beispielsweise auf Twitter, anders als in den klarer inhaltlich gegliederten Wahlprogrammen. So ist schon allein aufgrund der schieren Menge der abgesetzten Tweets nicht klar entscheidbar, welche Themen zur zentralen Achse des politischen Systems zugeordnet werden können. Durch Verfahren der automatisierten Inhaltsanalyse

lassen sich diesbezüglich jedoch wichtige Parameter aus dem Datenkorpus extrahieren.

Automatische Inhaltsanalyse

Basierend auf den Twitter-Accounts der 1.323 Kandidierenden, die zur Bundestagswahl 2021 Twitter nutzten, wurden für den Zeitraum von einem Jahr vor und drei Monaten nach der Wahl über 1,2 Millionen Tweets automatisiert ausgewertet. Dafür wurden Techniken des maschinellen Lernens, bzw. ein Verfahren der Dimensionsreduktion gewählt. Diese Skalierungstechniken finden in ähnlicher Form Anwendung in der Analyse von Parlamentsreden und anderen Textkorpora, in denen angesichts ihrer Größe manuelle Annotation nicht realistisch durchführbar ist (Lauderdale, 2016).

Die Idee hinter diesem Ansatz ist, dass politische Positionen ihren Ausdruck in der Setzung politischer Themen finden, und dass sich politische Akteur:innen, die ähnlich über von ihnen gewählte Themen sprechen, sich auch in ihrer politischen Verortung ähneln. Das heißt also, dass Politiker:innen, die beispielsweise Migration im Kontext von Kriminalität thematisieren, sich ideologisch ähnlich sind, während sie sich von Kandidierenden, die Migration mit Blick auf das Leid der Geflüchteten betonen, deutlich unterscheiden.

In Abbildung 3 sehen wir in der linken Spalte Tweets von Janine Wissler (Die Linke) sowie Alice Weidel (AfD). In der rechten Spalte befinden sich Tweets zweier CDU-Politiker, von Spitzenkandidat Armin Laschet sowie einem Vertreter des rechten Flügels der Partei, Hans-Georg Maaßen. Basierend auf der Verwendung der Terme „Migrant“ und „Flüchtling“ ist die semantische Ähnlichkeit Maaßens zu Alice Weidel deutlich ausgeprägter als zum eigenen Parteichef, der in seiner Wortwahl näher an dem Tweet der Linken-Chefin Wissler steht.

Die semantische Struktur des politischen Raumes wird in dieser Anwendung also nicht theoretisch durch ideologische Zuordnungen

Abbildung 3 Beispiel-Tweets von Kandidierenden zum Thema Migration



fundiert, sondern durch konkrete Aussagen zu konkreten Ereignissen empirisch erschlossen. Durch faktoranalytische Verfahren lassen sich diejenigen Terme extrahieren, die am stärksten zwischen Politiker:innen unterscheiden, und so zentrale Dimensionen im politischen Raum abbilden. Anders gesagt, das Modell sucht nach den Unterschieden zwischen Kandidierenden und gewichtet die Worte danach, wie sehr sie sich unterscheiden. So fallen Wörter wie „und“, „dann“ oder „Bundestagswahl“ nicht ins Gewicht, da alle Kandidierenden sie häufig verwenden. Stattdessen werden diejenigen Terme vom Modell als besonders wichtig betrachtet, die von jenen Kandidierenden, die sich hinsichtlich ihrer Themen und Positionen am stärksten unterscheiden, verwendet werden. Auch auf Parteebene ist dieses Verfahren anwendbar.

Bei den Begriffen, die am stärksten zwischen den Parteien differenzieren, ist die eine Seite geprägt von der Corona-Pandemie, Umwelt-Themen, Gender-Aspekten und Geflüchteten. Auch Attacken auf die CSU sind darunter („Maut-Desaster“). Auf der anderen Seite liegen Begriffe wie „Klimawahn“, „Gruppenvergewaltigung“ oder „Medienstaatsvertragsverbrechen“. Diese Betonung entspricht inhaltlich den Gegensätzen auf der kulturellen

Dimension: Klimaschutz gegen Klimawahn, Hilfe für Geflüchtete oder Betonung von Kriminalität.

» *Es zeigt sich, dass der traditionelle Links-Rechts-Diskurs zumindest auf Twitter eine neue Form angenommen hat.* «

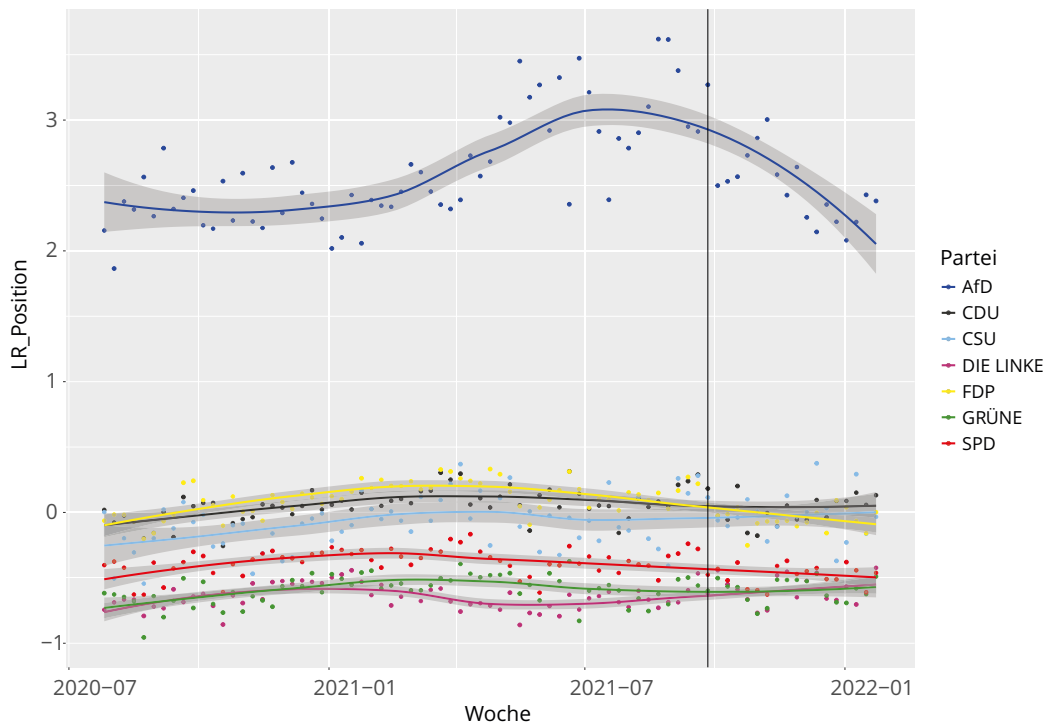
Die zentrale Achse der Bundestagswahl 2021

Darstellbar ist auch die inhaltliche Positionierung der Parteien im Zeitverlauf, wie Abbildung 4 veranschaulicht.

Die Ordnung der Parteien entspricht weitgehend den Erwartungen. Die Visualisierung offenbart, wie stark sich das Kommunikationsverhalten der AfD selbst auf der komplett öffentlichen Plattform Twitter vom etablierten demokratischen Diskurs unterscheidet.

Vor allem nimmt die AfD kurz vor der Bundestagswahl extremere Positionen auf

Abbildung 4 Positionierung der Parteien über Zeit. Vertikale Linie zeigt den Wahltermin



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung.

der zentralen extrahierten politischen Achse ein. Auffällig ist zudem, dass die Grünen vergleichbar weit links stehen wie die Linkspartei. Die vom Modell extrahierte dominante Dimension ist weniger eine wirtschaftspolitische Bruchlinie, sondern eine kulturelle. Es geht um Klima, Gleichberechtigung, Umwelt und Migration. Hier zeigt sich, dass der traditionelle Links-Rechts-Diskurs zumindest auf Twitter eine neue Form angenommen hat. Nicht unerwähnt bleiben darf bei dem methodischen Vorgehen allerdings, dass die Position

» **Linke Parteien zeigen starke Heterogenität bei den individuellen politischen Positionen ihrer Vertreter.** «

der CSU nur begrenzt veranschaulicht werden kann, da für diese Partei der geringste Bestand an Daten zur Verfügung steht (siehe Abbildung 1 und 2) wodurch die Rolle des Zufalls hier sicherlich als größer zu bewerten ist als bei den anderen „digital aktiveren“ Parteien.

Innerparteiliche Positionen

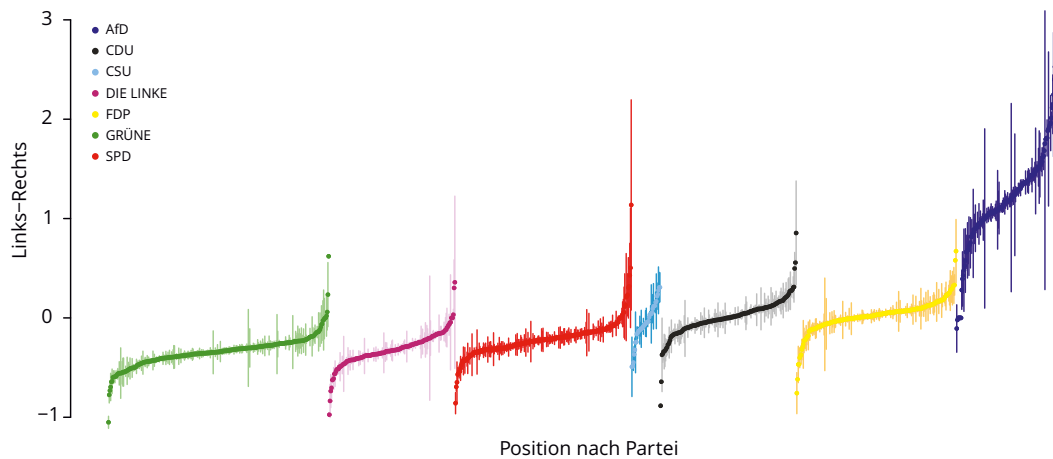
Zu guter Letzt werfen wir auch einen Blick auf die individuellen Positionen der Kandidierenden innerhalb ihrer eigenen Partei.

Abbildung 5 zeigt die Schätzungen der politischen Positionen aller 1.323 Kandidierenden mit Hilfe von Konfidenzintervallen. Hier zeichnet sich ein ähnliches Bild wie auf der Parteiebene ab. Die linken Parteien überlappen sich stark. Es zeigt sich vor allem, dass es auch in den linken Parteien eine große Heterogenität gibt und viele Kandidierende durchaus Positionen in der Mitte des politischen Spektrums einnehmen, die auch in der CDU akzeptabel wären.

Abbildung 6 zeigt den politischen Raum zwischen der klassischen Links-Rechts Skala (x-Achse) und dem Gegensatz von Regierung und Opposition (y-Achse), die einen deutlichen Gegensatz zwischen CDU/CSU und der Linken zutage treten lässt.

Neben den Positionen der Parteien sind auch ihre Spitzenkandidat:innen sowie zwei innerparteiliche Konkurrent:innen der jewei-

Abbildung 5 Positionierung der Kandidierenden innerhalb ihrer Parteien



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung.

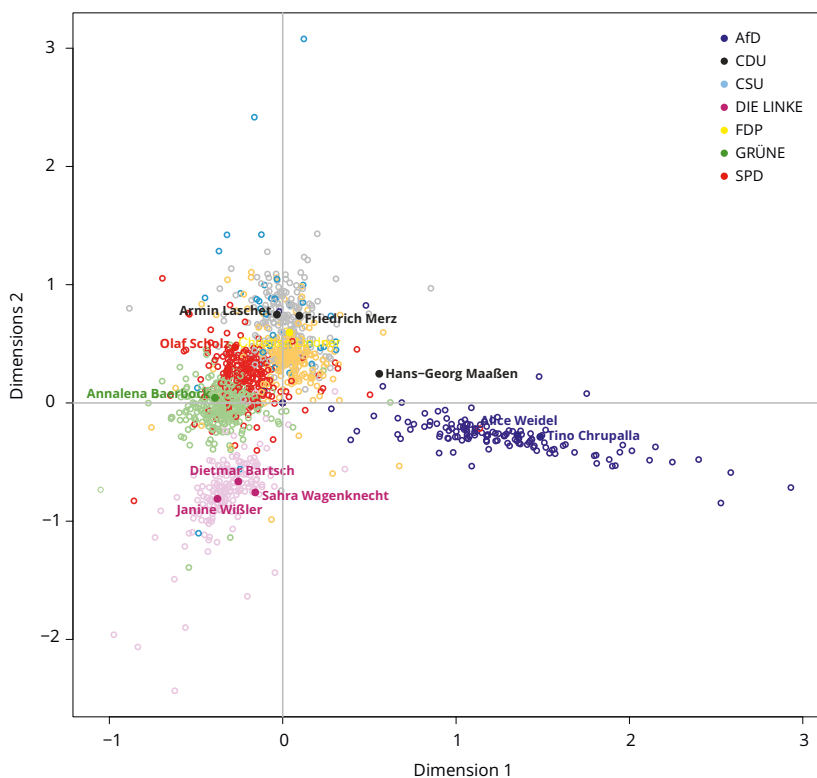
ligen Parteiführung eingezeichnet. Vor allem die Positionierung Sahra Wagenknechts am rechten Rand der Linkspartei lässt sich als anekdotische Evidenz lesen. Auf einer klassisch ökonomischen Dimension wäre Wagenknecht vermutlich extrem links. Doch ihre Positionierung zu postmateriellen Themen ist weitgehend konservativ, wie ihr in den an sie gerichteten Vorwürfen des parteischädigenden Verhaltens durch ihre Aussagen zur Flüchtlingspolitik vorgeworfen wurde (Meißner, 2018).

Quo Vadis, CDU?

Die CDU hat in den fast 17 Jahren unter Angela Merkel eine tiefgreifende Neuausrichtung in der politischen Mitte vollzogen. Die CDU ist demnach auf der kulturpolitischen Achse deutlich nach links gerückt. Der zunehmende elektorale Druck von rechts sorgt jedoch vor allem seit der „Flüchtlingskrise“ 2015 für Debatten zur inhaltlichen Umkehr, zurück zu eher konservativen Positionen. Die internen

Kämpfe um die Parteiführung offenbaren daher auch Richtungsentscheidungen, die sich in den politischen Positionen der Partei, vor allem aber ihrer einzelnen Mitglieder widerspiegeln. Dies lässt sich auch im Twitter-Verhalten beobachten. In Abbildung 6 sind Armin Laschet, Friedrich Merz und Hans-Georg Maaßen markiert. Jenseits der Parteizugehörigkeit sehen wir eine bedeutungsvolle innerparteiliche Variation. So bestätigt sich die anekdotische Evidenz aus Abbildung 3, dass Hans-Georg Maaßen der AfD näher steht als Armin Laschet, der wiederum näher an Janine Wissler ist. Basierend auf der Twitter-Kommunikation könnte

Abbildung 6 Positionierung ausgewählter Kandidat:innen innerhalb eines zweidimensionalen politischen Raums



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung.

man Maaßen fast für einen AfD-Politiker halten. Zwischen diesen Polen steht Friedrich Merz, der einstige Herausforderer, der nach der Wahl 2021 den Vorsitz der CDU übernommen hat. Er gilt als konservativ und befindet sich rechts von Laschet. Dennoch liegt Merz auf der Regierungs-Oppositions-Achse näher am CDU-Mittel als Maaßen.

Social-Media-Verhalten erschließt neue Perspektiven

Auch wenn wir annehmen, dass politische Parteien bestimmte Positionen vertreten, lassen sich im Social Media-Verhalten ihrer Mitglieder relevante Variationen identifizieren, sowohl über die Zeit als auch innerhalb von Parteien. Twitter scheint für einzelne Politiker:innen ein Weg zu sein, ihre Ideen und Präferenzen direkt zu formulieren und an Parteigremien und Parteitagsbeschlüssen vorbei öffentlich sichtbar zu vertreten. Etablierte politikwissenschaftliche Datenquellen wie Parteiprogramme weisen dagegen eine geringere zeitliche und individuelle Auflösung auf. Gleichwohl sind der automatisierten Inhaltsanalyse von Social-Media-Daten, insbesondere nur einer Plattform, Grenzen gesetzt: Eine schwach ausgeprägte Twitter-Nutzung, wie zum Beispiel bei der CSU, bzw. das komplette Fehlen von Twitter-Accounts verringern die Generalisierbarkeit der Ergebnisse und leisten zufälligen Befunden Vorschub. Eine Erweiterung des Fokus auf weitere soziale Netzwerke wie Facebook und Instagram erscheint unerlässlich, da mehr Politiker:innen diese Plattformen nutzen.

Literatur

- Bakker, R., de Vries, C., Edwards, E., Hooghe, L., Jolly, S., Marks, G., Polk, J., Rovny, J., Steenbergen, M., & Vachudova, M. A. (2015). Measuring party positions in Europe: The Chapel Hill expert survey trend file, 1999–2010. *Party Politics*, 21(1), 143–152. <https://doi.org/10.1177/1354068812462931>
- Benoit, K., & Laver, M. (2012). The dimensionality of political space: Epistemological and methodological considerations. *European Union Politics*, 13(2), 194–218. <https://doi.org/10.1177/1465116511434618>
- Dippel, A. S., Hetzer, L., & Burger, A. M. (2022). Links oder rechts? Die ideologische Selbstverortung von Wähler:innen und ihre Wahrnehmung von Parteien in Deutschland. *easy_social_sciences* 67, 19–29. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.04>
- Downs, A. (1957). *An economic theory of democracy*. Harper & Row.
- Enli, G. S., & Skogerbø, E. (2013). Personalized Campaigns in Party-Centred Politics. *Information, Communication & Society*, 16(5), 757–774. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2013.782330>
- Jungherr, A. (2016). Four Functions of Digital Tools in Election Campaigns: The German Case. *The International Journal of Press/Politics*, 21, 358–377.
- Lauderdale, B. E. & Alexander Herzog, A. (2016). Measuring political positions from legislative speech. *Political Analysis* 24(3), 374–394.
- Meißner, M. (2018). Wagenknecht dringt auf Kurskorrektur in der Asylpolitik. *Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/politik/sammlungsbewegung-aufstehen-wagenknecht-dringt-auf-kurskorrektur-in-der-asylpolitik/22886654.html>
- Oschatz, C., Stier, S., & Maier, J. (2021). Twitter in the News: An Analysis of Embedded Tweets in Political News Coverage. *Digital Journalism*, 1–20. <https://doi.org/10.1080/21670811.2021.1912624>
- Sältzer, M. (2020). Finding the bird's wings: Dimensions of factional conflict on Twitter. *Party Politics*, 135406882095796. <https://doi.org/10.1177/1354068820957960>
- Sältzer, M., Stier, S., Bäuerle, J., Blumenberg, M., Mechkova, V., Pemstein, D., Seim, B., & Wilson, S. (2021). Twitter accounts of candidates in the German federal election 2021. *GESIS Data Archive, Cologne*. <https://doi.org/10.4232/1.13790>
- Stier, S., Bleier, A., Lietz, H., & Strohmaier, M. (2018). Election Campaigning on Social Media: Politicians, Audiences and the Mediation of Political Communication on Facebook and Twitter. *Political Communication*, 35(1), 50–74. <https://doi.org/10.1177/1461444817709282>
- Volkens, A., Burst, T., Krause, W., Lehmann, P., Matthieß Theres, Merz, N., Weßels, B., & Zehnter, L. (2021). *The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2021a*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). <https://doi.org/10.25522/manifesto.mpps.2021a>

Marius Sältzer

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail Marius.Saeltzer@gesis.org

Marius Sältzer ist Postdoktorand im Team Designed Digital Data, Abteilung Computational Social Science. Er promovierte in Politikwissenschaft und arbeitet zu politischen Parteien, Parteienwettbewerb und innerparteilicher Politik mit Hilfe von Quantitative Textanalyse.

Twitter @marius_saeltzer

<https://orcid.org/0000-0002-8604-4666>

Sebastian Stier

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail Sebastian.Stier@gesis.org

Sebastian Stier ist Senior Researcher im Team Designed Digital Data, Abteilung Computational Social Science. Er promovierte in Politikwissenschaft und hat Forschungsinteressen in den Bereichen politische Kommunikation, digitale Medien, vergleichende Politikwissenschaft und computergestützte Sozialwissenschaften.

Twitter @SebStier

<https://orcid.org/0000-0002-1217-5778>



Klimawandel & Wahlentscheidung 2021 – eine Frage des Alters?

Frauke Riebe & Jan Marquardt

Beim Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 war der Klimawandel eines der vorherrschenden Themen. Die Partei der Grünen, mit ihrem Kernthema Klimaschutz, erlangte im Verlauf des Wahlkampfs ein zwischenzeitliches Umfragehoch und stand zeitweise sogar als stärkste Partei in den Umfragen dar. Im öffentlichen Diskurs zeigen sich offenbar vor allem jüngere Leute sehr besorgt bezüglich des globalen Klimawandels und setzen sich, beispielsweise durch die „Fridays for Future“-Bewegung, vehement für Klimaschutz ein. Dieser Beitrag zeigt die veränderte Wahrnehmung des Klimathemas in der Bevölkerung zwischen den Bundestagswahlen 2017 und 2021 auf und fragt danach, inwiefern das Thema in verschiedenen Altersgruppen mit dem Wahlverhalten in Beziehung steht. Genutzt werden die Daten des GLES Trackings sowie des GLES-Nachwahl-Querschnitts zur Wahl 2021.

Keywords: Klimawandel, Wahlentscheidung, Alterseffekte, issue voting

Nicht zuletzt die Schulstreiks der *Fridays for Future* (FFF)-Bewegung führen seit 2018/2019 weltweit dazu, dass das Thema Klimawandel ins Zentrum der Medien und der Öffentlichkeit gerückt ist und Diskussionen über den Klimaschutz die politische Agenda mitbestimmen. Die FFF-Proteste zeichneten sich anfangs durch die Teilnahme von überwiegend jungen Menschen unter 20 Jahren aus, aber mit der Zeit schlossen sich auch ältere Altersgruppen den Protesten an (Haunss & Sommer, 2020). Im April 2021 erklärte zudem

Climate change was one of the dominant topics in the election campaign for the 2021 Bundestag elections. The Green Party, with its core issue of climate protection, reached an interim high in the polls during the election campaign and at times even stood as the strongest party in the polls. In public discourse, particularly younger people seem to be very concerned about global climate change and are vehemently committed to climate protection, for example through the “Fridays for Future” movement. This paper shows the changing perception of the climate issue in the population between the 2017 and 2021 federal elections and asks to what extent the issue is related to voting behaviour in different age groups. Data from the GLES Tracking and the GLES Post-Election Cross-Section for the 2021 election are used.

das Bundesverfassungsgericht in Deutschland das Klimaschutzgesetz von 2019 als in Teilen verfassungswidrig, da besser sichergestellt werden müsse, dass Pflichten zur Emissionsminderung, welche mit weitgehenden Einschränkungen in verschiedenen Lebensbereichen einhergehen, die Freiheit nachfolgender Generationen nicht übermäßig gefährden. Der Gesetzgeber müsse das Gesetz dementsprechend nachbessern und Maßnahmen konkretisieren (Tagesschau, 2021). Diese historische Entscheidung macht zusammen

mit den Protesten der Klimabewegung die Bedeutung des Klimawandels insbesondere für junge Menschen deutlich. Passend dazu zeigen Studien, dass Jugendliche sehr besorgt um das Klima sind. 71 Prozent der Befragten der aktuellen Shell-Jugendstudie geben an, sie hätten Angst vor Umweltverschmutzung, und 65 Prozent äußern Angst vor den Folgen des Klimawandels (Schneekloth & Albert, 2019).

Gleichzeitig hat sich auch das Wahlverhalten junger Bürger:innen verändert. Die Kohorte der unter 29-Jährigen wählte bei der Bundestagswahl 2021 am meisten die Grünen (22 Prozent) sowie die FDP (19 Prozent). Alle älteren Kohorten entschieden sich am häufigsten für CDU/CSU und SPD (Forschungsgruppe Wahlen, 2021). Bei der letzten Bundestagswahl 2017 lagen die Unionsparteien und Sozialdemokrat:innen dagegen auch noch bei den unter 29-Jährigen vorne (Forschungsgruppe Wahlen, 2017). Studien zu FFF zeigen, dass ca. 30 Prozent der jungen Protestierenden sich am ehesten mit den Grünen identifizieren, während ca. 50 Prozent keine Parteipräferenz haben (Sommer et al., 2019).

Daraus resultierend stellt sich die Frage, inwiefern die Wahlerfolge der Grünen bei der Europawahl 2019 und der Bundestagswahl 2021 auf die zunehmende Aufmerksamkeit für das Thema – insbesondere bei jungen Wähler:innen – zurückzuführen sind. Bei der Europawahl 2019 erlangte die Partei 20,5 Prozent der deutschen Stimmen und wurde damit zweitstärkste Partei in Deutschland. 2021 lag sie in Umfragen ebenfalls lange Zeit bei rund 20 Prozent und erreichte trotz Rückschlägen im Wahlkampf mit 14,8 Prozent das stärkste Wahlergebnis in ihrer Geschichte. Als Umweltpartei legen die Grünen einen starken Fokus auf das Thema Klimawandel und machten beispielsweise mit einem „Klimaschutz-Sofortprogramm“ Wahlkampf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2021b).

Die Frage ist also, wie sich die wahrgenommene Wichtigkeit des Klimawandels zwischen der Wahl 2017 und der Wahl 2021 verändert hat und inwiefern sich diese empfundene Wichtigkeit in der Entscheidung der Wähler:innen

verschiedenen Alters widerspiegelt hat. Zur Einordnung widmen wir uns zuerst dem Stellenwert, den politische Themen wie der Klimawandel in der Wahlforschung einnehmen. Wir schreiben dem Klimawandel dabei die Bedeutung eines sogenannten *Valenzissues* zu – also eines Themas, über dessen Zielsetzung ein weitgehender Konsens unter den Parteien besteht. Aus dieser Zuordnung lässt sich begründen, weshalb vor allem die Grünen von der zunehmenden Relevanz des Themas profitieren dürften. Danach untersuchen wir in einer ersten Analyse, inwiefern sich Einstellungen zum Klimawandel zwischen den Bundestagswahlen verändert haben. Es zeigt sich, dass vor allem der Anteil der Menschen, die das Thema als besonders wichtig erachten, zugenommen hat, wohingegen Einstellungen zum Klimaschutz auf anderen Dimensionen stabil geblieben sind. Daher greifen wir schließlich diesen Aspekt bei der Analyse des Wahlverhaltens heraus und achten dabei insbesondere auch auf Unterschiede zwischen Wähler:innen verschiedener Altersgruppen.¹

Welche Rolle spielen Themen bei der Wahlentscheidung?

Einstellungen zu politischen Issues bzw. Themen wie dem Klimawandel sind neben Einstellungen zu Politiker:innen und Kandidierenden sowie der zu großen Teilen in der Sozialisation verankerten Identifikation mit Parteien ein in der Wahlforschung etablierter Faktor zur Erklärung individuellen Wahlverhaltens (siehe einführend Schoen & Weins, 2014). Bei der Untersuchung des Einflusses politischer Themen auf die Wahlentscheidung wird dabei idealtypisch zwischen *Positionsissues* und *Valenzissues* unterschieden

¹ In diesem Beitrag wurden die Anpassungsgewichtungen hinzugezogen, um die Stichprobe an Verteilungen von soziodemographischen und regionalen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Schulabschluss, BIK-Regionen und Ost-Westdeutschland) der deutschen Bevölkerung anzupassen.

(Enelow & Hinich, 1982; Green, 2007; Stokes, 1963). Ein *Positionsisue* ist ein Thema, bei dem das politische Ziel umstritten ist (wie z. B. die Wiedereinführung der Todesstrafe in den USA), d.h. die politischen Positionen der Parteien sind die Streitpunkte. Bei einem *Valenzissue* ist das politische Ziel selbst dagegen unumstritten (wie z. B. die Verringerung der Arbeitslosigkeit). Stattdessen ordnen die Wähler:innen die Parteien auf der Grundlage ihrer Einschätzungen hinsichtlich der potenziellen Wirksamkeit der Partei bei der Erreichung dieses Zieles ein. Bei *Positionsisues* ist also davon auszugehen, dass Wähler:innen die Partei wählen, die ihren Interessen und politischen Werten am nächsten steht (Downs, 1957), während bei *Valenzissues* Parteien auf Grundlage anderer Qualitäten wie Themenkompetenz und -engagement beurteilt werden (Green & Hobolt, 2008; Walgrave et al., 2020).

Die Unterscheidung zwischen *Positionsisues* und *Valenzissues* ist zur Erklärung des Wahlverhaltens insofern ausschlaggebend, dass bei *Valenzissues* einzelne Parteien recht eindeutig von der öffentlichen Präsenz bestimmter Themen profitieren können, während dies bei *Positionsisues* aufgrund von unterschiedlichen Positionen nicht so eindeutig ist. Bestimmte Themen werden oft mit einzelnen Parteien in Verbindung gebracht (Budge, 2015; Budge & Farlie, 1983; Petrocik, 1996). Die jeweilige Partei wird dann beispielsweise als besonders kompetent oder engagiert im Hinblick auf dieses Thema angesehen (Walgrave et al., 2020). Typischerweise wird etwa das Thema Sicherheit mit konservativen, Sozialpolitik mit sozialdemokratischen und Umweltpolitik mit grünen Parteien assoziiert. Wenn ein solches, mit einer Partei verknüpftes, *Valenzissue* an Relevanz und Aufmerksamkeit gewinnt, kann davon ausgegangen werden, dass hauptsächlich die entsprechende Partei von dieser Zunahme profitiert (zum Zusammenhang von Kompetenz und Salienz siehe Bélanger & Meguid, 2008).

Ein Blick in die Parteiprogramme der zurzeit im Bundestag vertretenen Parteien zeigt, dass sie sich – mit Ausnahme der AfD –

über die Notwendigkeit der Eindämmung des Klimawandels einig sind und wir daher beim Thema Klimawandel – die AfD-Position ausgenommen – von einem *Valenzissue* sprechen können. So bezeichnen die Grünen in ihrem aktuellen Wahlprogramm die „Klimakrise“ als die „Existenzfrage unserer Zeit“ (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2021a). Die SPD schreibt davon, dass der Stopp des Klimawandel „eine Menschheitsaufgabe“ sei (SPD, 2021) und die FDP benennt diesen als die „größte Herausforderung unserer Zeit“ (FDP, 2021). Für die Linke ist die ökologische Krise eine „Überlebensfrage des 21. Jahrhunderts“ (DIE LINKE, 2021). Der CDU geht es beim Klimaschutz um die „Bewahrung der Schöpfung“ (CDU/CSU, 2021). Einzig die AfD zweifelt an einem menschengemachten Klimawandel und sieht das Klima als „per se nicht schutzfähig an“ (AfD, 2021).

In Deutschland werden vor allem die Grünen mit dem Klimathema assoziiert. Zum einen treten die Grünen seit ihrer Gründung in ihrer Außendarstellung und in der medialen Berichterstattung als die Partei auf, welche den stärksten Fokus auf den Klimaschutz legt. Zum anderen werden sie auch regelmäßig von der Bevölkerung als die kompetenteste Partei zum Thema angesehen (z.B. infratest dimap, 2021a-c). Man würde also erwarten, dass die Grünen die Partei sind, welche von einer Zunahme der Bedeutung des Themas Klimawandel am meisten profitiert.

Wie hat sich die wahrgenommene Wichtigkeit des Klimawandels seit der letzten Bundestagswahl 2017 verändert?

Die regelmäßigen Befragungen des GLES Trackings, in denen mindestens dreimal pro Jahr mindestens 1000 Personen mit einem im Kern gleichbleibenden Fragebogen befragt werden, gibt uns Aufschluss darüber, wie sich

politische Einstellungen der Bürger:innen in Deutschland über die Zeit verändern. Einstellungen zum Klimaschutz werden in der GLES-Studie in verschiedenen Dimensionen erfasst. Einerseits gibt es die allgemeine Frage nach den zwei wichtigsten Problemen in Deutschland, bei der die Nennung des Klimathemas einen starken Indikator für dessen Bedeutung liefert. Andererseits wird spezifisch danach gefragt, wie viel Angst die globale Klimaerwärmung den Befragten macht und wie sie sich bei der politischen Streitfrage, ob Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum Vorrang haben soll, positionieren. Anschließend wird noch die Frage nach der Wichtigkeit dieser Streitfrage gestellt. Dieser Abschnitt untersucht, wie sich diese Dimensionen der Einstellungen zum Thema Klimawandel seit der letzten Bundestagswahl 2017 verändert haben.

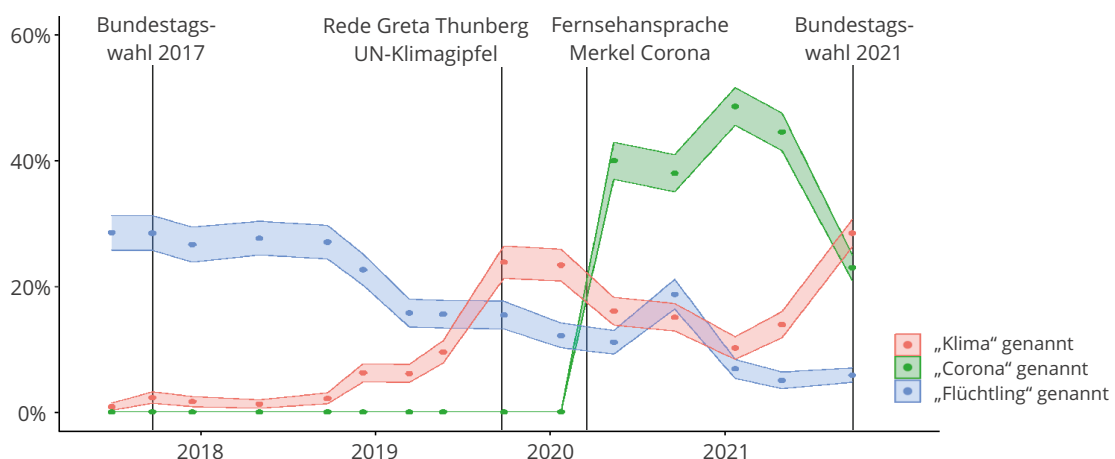
Die zwei wichtigsten Probleme in Deutschland werden offen im GLES Tracking abgefragt. Befragte können jeweils in eigenen Worten beschreiben, was sie gegenwärtig für das wichtigste und was für das zweitwichtigste politische Problem in Deutschland halten. Um die veränderte Bedeutung des Klimathemas sichtbar zu machen, haben wir für die einzelnen Erhebungen des GLES Trackings ermittelt, wie groß der Anteil an Befragten ist, deren Nennungen für das wichtigste *oder* zweitwichtigste Problem das Wort „Klima“ enthalten

(dabei sind auch zusammengeschrriebene Wörter wie „Klimawandel“, „Klimapolitik“ oder „Klima-Katastrophe“ eingeschlossen). Vergleichend beziehen wir die Themen der Migrations- bzw. Asylpolitik sowie der Corona-Pandemie mit ein, wobei hier nach den Stichwörtern „Corona“ bzw. „Flüchtling“ gesucht wurde. Die Veränderungen der Anteile der Befragten mit entsprechenden Nennungen sind in Abbildung 1 abgetragen. Mit dargestellt sind sogenannte Konfidenzintervalle, die einen Bereich angeben, in dem der Wert mit einer großen Sicherheit zu erwarten ist, wenn man von den Daten des GLES Trackings auf die Bevölkerung verallgemeinert.

» **Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2021 wurde „Klima“ bei der Frage nach den zwei wichtigsten Problemen so häufig genannt wie nie zuvor.** «

Am 20. August 2018 begann Greta Thunberg ihren Schulstreik, Anfang 2019 formierten sich auch in Deutschland vermehrt FFF-Protteste und der erste globale Klimastreik fand am 15. März 2019 statt. In Abbildung 1 zeigt sich, dass

Abbildung 1 Wahrgenommene Wichtigkeit des Themas Klimawandel 2017-2021



Quelle: GLES Tracking T36-T50 (ZA6816-ZA7708). Anmerkung: 95%-Konfidenzintervalle; vertikale Linien repräsentieren die Zeitpunkte der Ereignisse. Anteilswerte der Nennungen beim wichtigsten oder zweitwichtigsten politischen Problem. Eigene Darstellung und Berechnung.

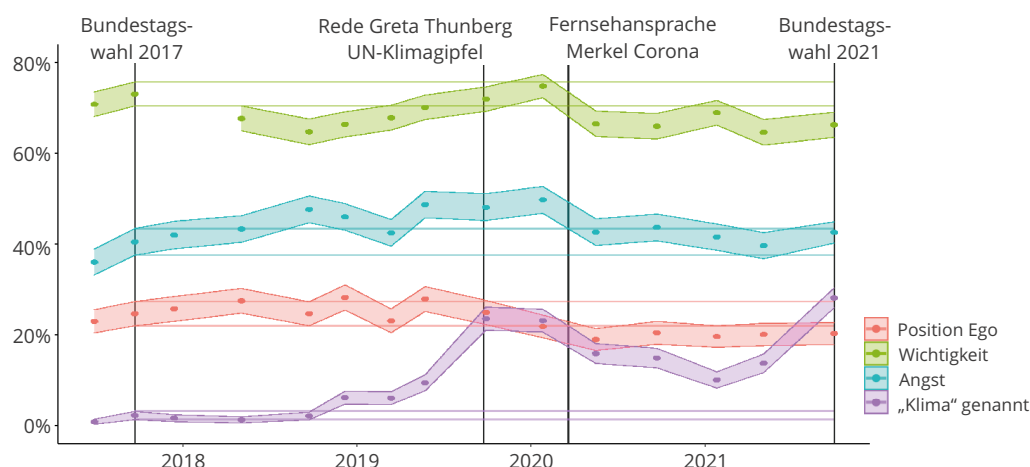
„Klima“ vor den Protesten nur selten genannt wurde. Ein leichter Anstieg auf etwa sechs Prozent lässt sich zum Übergang ins Jahr 2019 verzeichnen. Danach stieg das Thema stark an und hatte im September 2019, zur Zeit der Rede Greta Thunbergs auf dem UN-Klimagipfel, einen ersten Hochpunkt. Auch im Politbarometer (Forschungsgruppe Wahlen, o.D.) und weiteren Umfragen (zusammengetragen in Schipperges, 2020) zeichnet sich seit Ende 2018 ein ähnlicher Anstieg hinsichtlich der Bedeutung des Klimathemas in der Bevölkerung ab.

Während das Thema der Migrations- und Asylpolitik zur Bundestagswahl 2017 infolge der sogenannten Flüchtlingskrise noch sehr dominant war (Giesselmann et al., 2017; Stövсанд et al., 2022), lässt sich in Abbildung 1, mit Ausnahme von September 2020, eine stetig abnehmende Bedeutung ablesen. Die Wichtigkeit des Klimathemas legte zu, während das Migrationsthema gleichzeitig an Relevanz einbüßte. Im Hinblick auf die Corona-Pandemie sind zwei Sachverhalte auffällig. Zum einen ist ein steiler Anstieg zum Beginn der Pandemie Anfang 2020 zu verzeichnen. Dies führte allerdings nicht zu einem Einbrechen des Klimathemas. Zwar sinkt die Kurve im gleichen Zeitraum ab, allerdings nicht unter das Niveau von Mitte 2019. Zum anderen lässt sich zur Bundestagswahl 2021 beobachten, dass deutlich weniger Befragte „Corona“ und deutlich

mehr Befragte „Klima“ nennen als vorher. Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2021 wurde „Klima“ bei der Frage nach den zwei wichtigsten Problemen so häufig genannt wie nie zuvor. Auch die Corona-Pandemie konnte also die Wahrnehmung des Klimawandels als besonders großes Problem nicht verdrängen.

Um noch konkreter die Veränderung der Bedeutung des Themas Klimawandel für die Bevölkerung im Zeitverlauf darstellen zu können, betrachten wir weitere Dimensionen der Einstellungen zum Klimawandel, die im GLES Tracking abgefragt wurden (Abbildung 2). Das ist zum einen die Frage „Wie viel Angst macht Ihnen... die globale Klimaerwärmung“, welche die Befragten anhand einer Skala von „(1) überhaupt keine Angst“ bis „(7) sehr große Angst“ beantworten konnten. Zum anderen positionierten sich die Befragten hinsichtlich der Streitfrage, ob Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum Vorrang haben sollte. Die Antworten auf diese Frage erfolgten anhand einer 11er-Skala mit den Polen „(1) Vorrang für Bekämpfung des Klimawandels, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet“ und „(11) Vorrang für Wirtschaftswachstum, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert“. Die Wichtigkeit dieser Streitfrage wurde ebenfalls einbezogen und mit einer Skala von „(1) sehr wichtig“ bis „(5) überhaupt nicht wichtig“ abgefragt.

Abbildung 2 Einstellungen zum Klimawandel 2017-2021



Quelle: GLES Tracking T36-T50 (ZA6816-ZA7708). Anmerkung: 95%-Konfidenzintervalle; vertikale Linien repräsentieren die Zeitpunkte der Ereignisse; horizontale Linien entsprechen dem Konfidenzintervall zum Zeitpunkt des Trackings vor der Bundestagswahl 2017. Anteilswerte der Ausprägungen 1-2 (Position Ego, Wichtigkeit) bzw. 6-7 (Angst); „Klima“ genannt wie in Abb. 1. Eigene Darstellung und Berechnung.

Abbildung 2 zeigt, wie groß die Anteile der Personen sind, welche die Wichtigkeit der Streitfrage hoch einschätzen, sich klar für einen Vorrang des Klimaschutzes positionieren oder Angst im Hinblick auf die Klimaerwärmung empfinden. Daneben ist auch der bereits in Abbildung 1 gezeigte Verlauf der Nennungen von „Klima“ bei den beiden wichtigsten Problemen dargestellt.

Während in Abbildung 1 eine deutliche Steigerung der Wichtigkeit des Klimathemas erkennbar ist, geben die in Abbildung 2 abgebildeten Verläufe weiterer Einstellungsmaße keinen Hinweis für klare Trends. Die Angst vor dem Klimawandel nahm zwar von 2019 bis Anfang 2020 leicht zu, ging danach aber wieder in etwa auf das vorherige Niveau zurück. Bei der Selbstpositionierung und der Wichtigkeit sieht es sogar eher danach aus, als wären die Anteilswerte etwas abgesunken. Dennoch liegen die Werte insbesondere bei den Fragen nach der Wichtigkeit und dem Angstepfinden durchgängig auf einem hohen Niveau. Gleichgültig oder unbesorgt war die Wahlbevölkerung also auch schon bei der Bundestagswahl 2017 nicht. Was sich zwischen den Bundestagswahlen verändert hat, ist der Anteil an Personen, die den Klimaschutz als besonders wichtig erachten. Gleichzeitig haben jedoch moderate bis ablehnende Einstellungen zum Klimaschutz nicht abgenommen.

Wie hängen das Klimathema, Alter und Wahlverhalten zusammen?

Die vorherigen Analysen haben gezeigt, dass die wahrgenommene Wichtigkeit des Themas seit den FFF-Protesten, an denen überwiegend junge Menschen teilnehmen, gestiegen ist. Finden sich also Hinweise darauf, dass das Thema insbesondere bei den jüngeren Wähler:innen bei der Bundestagswahl 2021 eine Wirkung entfaltet? Für einen genaueren Blick auf die

Unterschiede zwischen Altersgruppen und deren Wahlverhalten betrachten wir die Daten des GLES-Nachwahl-Querschnitts 2021. Dabei handelt es sich um eine repräsentative Stichprobe von Personen ab 16 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit, wir beschränken uns hier jedoch auf die Wahlberechtigten ab 18 Jahren.

Sowohl beim Wahlverhalten als auch bei der Nennung von Klimawandel bei den beiden wichtigsten Problemen lassen sich in den Daten Unterschiede zwischen Altersgruppen erkennen. Der Übersichtlichkeit wegen betrachten wir vier Altersgruppen näher: die 18- bis 30-Jährigen, die 30- bis 45-Jährigen, die 45- bis 60-Jährigen sowie die mindestens 60-Jährigen. Die Gruppierung mussten wir über das Geburtsjahr vornehmen. Dementsprechend können wir beispielsweise nur sagen, dass die Befragten der jüngsten Gruppe mindestens 18 und höchstens 30 Jahre alt sind (Jahrgänge 1991-2003) und das Alter in der zweitjüngsten Gruppe mindestens 30 Jahre beträgt.

Aus Abbildung 3 geht hervor, dass mit zunehmendem Alter der Stimmenanteil bei der SPD und der CDU/CSU deutlich zu und bei den Grünen und der FDP unverkennbar abnimmt. Insgesamt wählen die bis zu 45-Jährigen am häufigsten die Grünen und die ab 45-Jährigen am häufigsten die SPD (siehe Abbildung 3). Zudem lässt sich den Daten entnehmen, dass 50 Prozent der höchstens 30-Jährigen „Klima“ als wichtigstes oder zweitwichtigstes Problem nennen. In den drei Altersgruppen ab 30 Jahren wird es hingegen seltener genannt (33-35 Prozent). Die jüngste Kohorte grenzt sich hier also deutlich von den restlichen ab und empfindet das Thema als besonders wichtig, wobei man festhalten muss, dass es über alle Altersgruppen hinweg eine hohe Wichtigkeit hat.

Es ist, unter Bezugnahme auf die oben genannten Merkmale des *Valenzissues*, davon auszugehen, dass bei der Wahl insbesondere die Parteien profitieren, die in einem Themenfeld – in unserem Fall dem Klimawandel – als die kompetentesten wahrgenommen werden.

Abbildung 3 Stimmenanteil in % nach Altersgruppen

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD	Sonstige
18-30 Jährige	12	15	21	31	9	3	8
30-45 Jährige	17	23	12	26	5	9	8
45-60 Jährige	19	34	11	18	4	9	5
Mindestens 60 Jährige	32	38	9	11	4	5	2

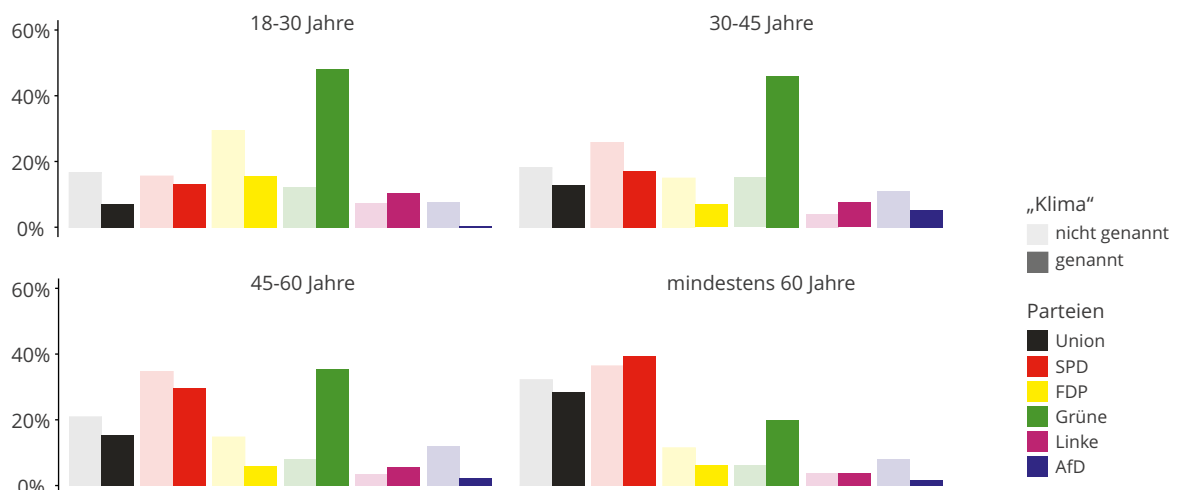
Anmerkung: Altersgruppen nach Geburtsjahr. Eigene Darstellung und Berechnung.
 Quelle: GLES Querschnitt 2021, Nachwahl (ZA7701_v1-0-0).

Die Daten zeigen, dass die deutliche Mehrheit, d.h. 81 Prozent der Befragten, die Klimawandel als wichtigstes Problem nennen, die Grünen als kompetenteste Partei in diesem Themenfeld angeben. Beim zweitwichtigsten Problem sind es 61 Prozent.

Abbildung 4 stellt die Wahlentscheidung nach Altersgruppen dar. Innerhalb der Altersgruppen wird die Wahlentscheidung zwischen Wähler:innen, die Klimawandel als wichtigstes oder zweitwichtigstes Problem genannt haben (dunkler/rechter Balken), und Wähler:innen, die ein anderes Problem genannt haben (heller/linker Balken) vergleichend dargestellt. Dadurch lässt sich erkennen, welche Unterschiede sich für die angegebene Wichtigkeit des Themas in der Wahlentscheidung in Bezug auf die Parteien als auch nach Altersgruppen ergeben.

Die Abbildung veranschaulicht, dass ein Unterschied im Wahlverhalten abhängig davon, ob Wähler:innen den Klimawandel zu den beiden wichtigsten Problemen zählen, in der Bundestagswahl 2021 tatsächlich am deutlichsten bei den Grünen ausgeprägt war, was darauf hindeutet, dass die Partei von der Prominenz des Themas profitieren konnte. Der Unterschied tritt bei den jungen Wähler:innen bis 30 Jahren mit rund 36 Prozentpunkten am deutlichsten hervor. Aber auch bei den bis 45-Jährigen (31 Prozentpunkte) und den bis 60-Jährigen (27 Prozentpunkte) gibt es deutliche Unterschiede. Etwas schwächer ist der Zusammenhang bei der ältesten hier untersuchten Altersgruppe, bei der die Differenz aber immerhin noch 14 Prozentpunkte beträgt. Andersherum waren die Stimmanteile bei den Unionsparteien, der FDP und der AfD

Abbildung 4 Wahlentscheidung nach Alter und Problemnennung „Klima“



Anmerkung: Anteilswerte der Parteiwahl nach „Alter“ und Problemnennung „Klima“ beim wichtigsten oder zweitwichtigsten politischen Problem; Altersgruppen nach Geburtsjahr. Eigene Darstellung und Berechnung.
 Quelle: GLES Querschnitt 2021, Nachwahl (ZA7701_v1-0-0).

konsistent niedriger bei den Befragten, die Klima als eines der beiden wichtigsten Probleme nannten. Bei der SPD sinkt bei den drei Altersgruppen bis zu 60 Jahren der Stimmanteil mit der Nennung von Klima, während er bei der Linken in diesen Altersgruppen steigt. In allen Altersgruppen sticht aber am stärksten die Zunahme des Stimmanteils der Grünen bei Nennung des Klimathemas heraus, wobei diese bei Menschen ab 60 nicht ganz so stark ausgeprägt ist.

Die Bundestagswahl 2021 – eine Klimawahl

Die GLES-Daten zeigen, dass man mit Blick auf die Wahrnehmung der Wähler:innen, bei der Bundestagswahl 2021 von einer „Klima-Wahl“ sprechen kann. Zum Zeitpunkt der Wahl gehörte der Klimawandel über alle untersuchten Altersgruppen hinweg für mindestens ein Drittel der Wähler:innen zu einem der beiden wichtigsten politischen Problemen in Deutschland. Für junge Menschen bis zu einem Alter von 30 Jahren waren es sogar etwas über die Hälfte der Wähler:innen. Dabei ist zu beachten, dass das Verfahren einer einfachen Suche nach der Zeichenfolge „Klima“ den wirklichen Anteil an Nennungen des Themas möglicherweise noch unterschätzt.

Die Entscheidung, die Grünen zu wählen, hängt mit der Wahrnehmung vom Thema „Klima“ als einer der zwei wichtigsten politischen Herausforderungen zusammen – wobei der Zusammenhang bei älteren Personen etwas schwächer ausgeprägt ist. Gleichzeitig werden die Grünen von der Wahlbevölkerung ganz überwiegend als die kompetenteste Partei auf diesem Gebiet eingestuft. Da sich mit Ausnahme der AfD alle Parteien über die Notwendigkeit des Klimaschutzes einig sind, ist – so legt die bisherige Forschung zu *Valenzissues* nahe – insbesondere diese Kom-

» **Klimawandel – ein sehr wichtiges Thema und eins, bei dem Wähler:innen zwischen den Parteien differenzieren konnten.** «

petenzzuschreibung ein zentraler Faktor in der Entscheidungsfindung von Wähler:innen, die das Problem des Klimawandels bewältigt sehen wollen. Somit legen sowohl die Theorie als auch unsere Analysen nahe, dass die Grünen von der zunehmenden Wichtigkeit ihres Kernthemas innerhalb der Bevölkerung profitieren.

Der Klimawandel war bei der Bundestagswahl nicht nur ein sehr wichtiges Thema, sondern auch eines, bei dem die Wähler:innen zwischen den Parteien differenzieren konnten. Nun gilt es neue Erkenntnisse über die Ursachen und Wirkungen von Einstellungen zum Klimaschutz zu erlangen. Folgende Fragen können dabei relevant werden: Bei welchen Bevölkerungsgruppen neben den Alterskohorten (z.B. differenziert nach Bildungsstand, sozialer Schicht und Wohnort (Stadt/Land und Ost-/Westdeutschland)) kam es zur Einstufung des Klimawandels als wichtiges Thema und warum? Wie interagiert diese Einschätzung mit anderen Erklärungsfaktoren für die Wahl der Grünen und zu welchem Anteil können ihre Zugewinne vor diesem Hintergrund einer gesteigerten Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema zugeschrieben werden?

Eines scheint sicher: das Klimathema ist in breiten Kreisen der Bevölkerung angekommen und wird in den kommenden Jahren aufgrund zunehmender Auswirkungen (Pörtner et al., 2022) nicht an Brisanz verlieren. In allen Altersgruppen gibt es viele Menschen, die sich mit dem Thema beschäftigen und ihre Wahl davon abhängig machen. Insbesondere für junge Wähler:innen hat das Thema eine besondere Relevanz.

Literatur

- AfD. (2021). *Deutschland. Aber normal.: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag*. <https://www.afd.de/wahlprogramm/>
- Bélanger, É. & Meguid, B. M. (2008). Issue salience, issue ownership, and issue-based vote choice. *Electoral Studies*, 27(3), 477–491. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2008.01.001>
- Budge, I. (2015). Issue Emphases, Saliency Theory and Issue Ownership: A Historical and Conceptual Analysis. *West European Politics*, 38(4), 761–777. <https://doi.org/10.1080/01402382.2015.1039374>
- Budge, I. & Farlie, D. (1983). *Explaining and predicting elections: issue effects and party strategies in twenty-three democracies*. Allen & Unwin.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. (2021a). *Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021. Bereit, weil Ihr es seid*. https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. (2021b). *Klima retten, Menschen schützen.: Klimaschutz-Sofortprogramm für die nächste Bundesregierung*. https://cms.gruene.de/uploads/documents/20210803_Klimaschutz-Sofortprogramm.pdf
- CDU/CSU. (2021). *Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland*. <https://online.fliphtml5.com/kxyi/eyjg/#p=1>
- Downs, A. (1957). *An Economic Theory of Democracy*. Harper.
- Enelow, J. M. & Hinich, M. J. (1982). Nonspatial Candidate Characteristics and Electoral Competition. *The Journal of Politics*, 44(1), 115–130. <https://doi.org/10.2307/2130286>
- FDP. (2021). *Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten*. https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP_BTW2021_Wahlprogramm.pdf
- Forschungsgruppe Wahlen. (o.D.). https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/
- Forschungsgruppe Wahlen. (2017). *Politbarometer September 2017*. https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News/Bund_170928.pdf
- Forschungsgruppe Wahlen. (2021). *Politbarometer September 2021*. <https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News/Bund210927.pdf>
- Giesselmann, M., Brümmer, M., Kroh, M., Siegel, N. A. & Wagner, G. G. (2017). Fluchtzuwanderung ganz oben auf der Liste der dringenden politischen Prioritäten. *Wirtschaftsdienst*, 97(3), 192–200. <https://doi.org/10.1007/s10273-017-2107-4>
- GLES (2017-2021). GLES Tracking, T36-T50. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6816-ZA7708. <https://doi.org/10.4232/1.13814>
- GLES (2022). GLES Querschnitt 2021, Nachwahl. GESIS, Köln. ZA7701 Datenfile Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13858>
- Green, J. (2007). When Voters and Parties Agree: Valence Issues and Party Competition. *Political Studies*, 55(3), 629–655. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2007.00671.x>
- Green, J. & Hobolt, S. B. (2008). Owning the issue agenda: Party strategies and vote choices in British elections. *Electoral Studies*, 27(3), 460–476. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2008.02.003>
- Haunss, S. & Sommer, M. (2020). *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel*. transcript Verlag. <https://doi.org/10.1515/9783839453476>
- infratest dimap. (2021c). *ARD - DeutschlandTREND: März 2021. Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT*. https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/DT2103_Bericht.pdf
- infratest dimap. (2021a). *ARD - DeutschlandTREND: April 2022. Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT*. https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/DT2105_Bericht.pdf
- infratest dimap. (2021b). *ARD - DeutschlandTREND: Mai 2021. Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT*. https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/DT2203_Report.pdf
- DIE LINKE. (2021). *Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021*. https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf
- Petrocik, J. R. (1996). Issue Ownership in Presidential Elections, with a 1980 Case Study. *American Journal of Political Science*, 40(3), 825. <https://doi.org/10.2307/2111797>
- Pörtner, H.-O., Roberts, D. C., Tignor, M., Poloczanska, E. S., Mintenbeck, K., Alegría, A. & Craig, S. (2022). *Climate Change 2022 Impacts, Adaptation and Vulnerability: Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge University Press. https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf
- Schipperges, M. *Umwelteinstellungen in Deutschland von 1971 bis 2019 – Zeitreihenanalyse anhand externer Datenquellen*. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_103-2020_umwelteinstellungen_in_deutschland_von_1971_bis_2019_0.pdf

- Schneekloth, U. & Albert, M. (2019). Jugend und Politik: Demokratieverständnis und politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus. In M. Albert, K. Hurrelmann & G. Quenzel (Hrsg.), *Jugend 2019: Eine Generation meldet sich zu Wort* (1. Aufl., S. 47–102). Beltz.
- Schoen, H. & Weins, C. (2014). Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In J. W. Falter & H. Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung* (S. 241–329). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05164-8_7
- Sommer, M., Rucht, D., Haunss, S. & Zajak, S. (2019). *Fridays for Future: Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland* (ipb working paper). <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/25384>; <https://doi.org/10.17169/refubium-4088>
- SPD. *Aus Respekt vor der Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.* <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>
- Stokes, D. E. (1963). Spatial Models of Party Competition. *American Political Science Review*, 57(2), 368–377. <https://doi.org/10.2307/1952828>
- Stövsand, L.-C., Dietz, M., Roßteutscher, S. & Scherer, P. (2022). Issue Saliency and Vote Choice: A Cultural Turn? In R. Schmitt-Beck, S. Roßteutscher, H. Schoen, B. Weßels & C. Wolf (Hrsg.), *The Changing German Voter* (S. 78–93). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780198847519.003.0004>
- Tagesschau. (2021). *Klimaschutzgesetz in Teilen verfassungswidrig*. <https://www.tagesschau.de/inland/klimaschutzgesetz-bundesverfassungsgericht-101.html>
- Walgrave, S., Lefevre, J. & Tresch, A. D. (2020). Position, Competence, and Commitment: Three Dimensions of Issue Voting. *International Journal of Public Opinion Research*, 32(1), 165–175. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edz006>

Frauke Riebe

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail frauke.riebe@gesis.org

Frauke Riebe ist Doktorandin im Team der GLES. Ihre Forschungsinteressen sind politische Einstellungen und Wertorientierungen besonders in Bezug auf Umwelt- und Klimaschutz.

<https://orcid.org/0000-0002-6263-7483>

Jan Marquardt

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail jan.marquardt@gesis.org

Jan Marquardt ist Doktorand im Team der GLES. Er interessiert sich für den Zusammenhang von Einstellungen zum Klimaschutz und Wahlverhalten insbesondere in longitudinaler Perspektive.

<https://orcid.org/0000-0002-1533-2978>



Stadt, Land, Wahl

Welchen Einfluss hat der Wohnort auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021?

Anne-Kathrin Stroppe & Nils Jungmann

Bisherige Forschung und die öffentliche Debatte lassen vermuten, dass Menschen aus ländlichen Regionen eher rechtspopulistisch wählen als Menschen in nicht-ländlichen Regionen. Gab es diesen Stadt-Land-Unterschied auch bei der Bundestagswahl 2021? Welche Rollen spielen die wirtschaftliche Situation und die infrastrukturelle Versorgung des Wohnorts bzw. dessen Lage in West- oder Ostdeutschland? Durch die Verknüpfung von Umfragedaten und Informationen zu den Stadt- und Landkreisen der befragten Personen präsentieren wir visuelle und statistische Analysen zum Einfluss des Wohnorts auf die Wahlentscheidung. Wir zeigen, dass einzelne Merkmale des Wohnortes mit einer erhöhten Chance der AfD-Wahl einhergehen. Alle örtlichen Erklärungsfaktoren zusammengenommen, sticht der positive Zusammenhang zwischen AfD-Wahl und Wohnort in einem Kreis in Ostdeutschland heraus.

Prior research and public discourse suggest that people from rural regions are more likely to vote for right-wing populist parties than people in non-rural regions. Did this urban-rural difference also exist in the 2021 federal election? What roles do the economic situation and infrastructural provision of the place of residence or its location in East or West Germany play? By linking survey data and information on the urban and rural districts of respondents, we present visual and statistical analyses of the influence of place of residence on voting decisions. We show that individual characteristics of the place of residence are associated with an increased chance of voting for the AfD. Taking all local explanatory factors together, the positive association between voting for the AfD and place of residence in a district in eastern Germany stands out.

Keywords: Bundestagswahl, Wahlentscheidung, Rechtspopulistische Parteien, räumliche Kontextfaktoren, AfD

Stadt gegen Land, Zentrum gegen Peripherie

Menschen sind keine voneinander unabhängigen Individuen, die nebeneinanderher leben, sondern sind miteinander verbunden und in ständigem Austausch mit ihrer Umwelt. Dieser Gedanke steht im Mittelpunkt der politikwis-

senschaftlichen Forschung, die sich mit den Auswirkungen des Wohnumfeldes auf politische Einstellungen befasst. Menschen können sich den Eindrücken ihres lokalen Umfeldes nicht entziehen, da sie Informationen über den Zustand ihrer Nachbarschaft oder die Erreichbarkeit von Einrichtungen mehr oder weniger bewusst wahrnehmen. Soziale Interaktionen finden nicht nur im familiären Rahmen oder online, sondern auch in der

Nachbarschaft, in regionalen Vereinen oder an der Supermarktkasse statt. So konstatierte John Agnew schon 2002, dass „die Identitäten, Werte und Präferenzen, die bestimmte Arten von politischem Handeln inspirieren [...], in die Orte oder geographischen Kontexte eingebettet sind, in denen die Menschen ihr Leben leben“ (S. 3).¹

Es ist daher nicht überraschend, dass die Frage, wie der Wohnort das Wahlverhalten der Menschen beeinflusst, seit jeher zahlreiche empirische Forschung nach sich zieht. Im Zentrum dieser Forschung stehen immer wieder die strukturellen Unterschiede zwischen Stadt und Land. Bereits 1967 präsentierten Seymour M. Lipset und Stein Rokkan die so genannte *Cleavage Theorie*, anhand derer sie die Entstehung von Parteiensystemen in Westeuropa und die Bindung der Wähler:innen an diese Parteien zu erklären versuchten (Lipset & Rokkan, 1967).

Laut der *Cleavage Theorie* lassen sich gesellschaftliche Konfliktlinien ableiten, die auf vorherrschende Interessenkonflikte der Gesellschaft zur Zeit der Nationalstaatsbildung und der industriellen Revolution zurückgehen. Als zwei wesentliche dieser Konfliktlinien identifizierten Lipset und Rokkan Konflikte zwischen Stadt und Land sowie zwischen Zentrum und Peripherie. Der Konflikt zwischen Stadt und Land geht auf historisch gewachsene (sozio-)ökonomischen Unterschiede zwischen den auf dem Land beziehungsweise in der Stadt angesiedelten Wirtschaftssektoren zurück. Bei der Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie befinden sich auf der einen Seite das politische Zentrum, das nach politischer Integration und einer gemeinsamen nationalen Identität strebt. Auf der anderen Seite steht der Wunsch nach dem Erhalt von regionaler Autonomie und Tradition in der Peripherie, also in sub-nationalen Randgebieten. Zunehmende Säkularisierung, steigender Wohlstand

und veränderte Klassenstrukturen einerseits sowie die Abnahme der Bindung zwischen sozialen Gruppen und Parteien entlang dieser Konfliktlinien andererseits, haben die politische Landschaft seitdem bedeutend verändert (Ford & Jennings, 2020). Heute ist die Erklärungskraft entlang dieser traditionellen Konfliktlinien hinsichtlich des Wahlverhaltens daher nur noch begrenzt. Allerdings beobachten Wissenschaftler:innen, dass eine langfristige, strukturelle Spaltung der Gesellschaft an neuen bzw. sich verändernden Konfliktlinien stattfindet. Dazu gehört auch eine verstärkte Polarisierung der Bevölkerung im Raum. Heute wird dabei vor allem zwischen prosperierenden, gut erreichbaren, städtischen Regionen und dem kulturell und ökonomisch abgehängten, schrumpfenden Umland unterschieden. Es stellt sich die Frage, welche Mechanismen hinter dieser Polarisierung im Raum stehen, warum einige – vor allem rechtspopulistische – Parteien davon profitieren, und schließlich wie sich die Effekte des Wohnorts auf die vergangene Bundestagswahl ausgewirkt haben.

Abgehängte Regionen und abgehängte Bürger:innen

Anhand von Analysen der räumlichen Muster des Wahlverhaltens und der öffentlich geführten Diskussion um strukturschwache Regionen, wird auch in Deutschland die Polarisierung im Raum intensiv untersucht. Die wissenschaftlichen Studien beziehen sich dabei auf zwei theoretische Mechanismen, die regionale Unterschiede im Wahlverhalten erklären können, und zwar Kompositions- und Kontexteffekte.

Bei *Kompositionseffekten* werden geographische Wahlmuster in Deutschland durch ortsbezogene, historisch gewachsene kulturelle Unterschiede von Normen, Werten und Einstellungen erklärt (Haffert, 2021; Maxwell, 2020; Ziblatt, Hilbig, & Bischof, 2020). Lukas

1 Übersetzung aus dem Englischen durch die Autor:innen. Originalzitat: „[...] the identities, values, and preferences that inspire particular kinds of political action [...] are embedded in the places or geographical contexts where people live their lives.“

Haffert (2021) zeigt beispielsweise, dass sich in Orten des früheren Preußens und dort, wo der Kulturkampf Bismarcks gegen den Einfluss der katholischen Kirche besonders intensiv war, engere Netzwerke und mehr Vereine formten, die zum Teil bis heute bestehen und Teil der regionalen Kultur geworden sind. Personen, die durch diese Gruppen vernetzt sind, neigen weniger dazu autoritäre Parteien zu wählen. So kann man noch heute – entlang der historischen Grenzen der preußischen Unterdrückung – solch einen immunisierenden Effekt auf die Wahl der Alternative für Deutschland (AfD) beobachten. Andere Untersuchungen zeigen, dass in Regionen, in denen der lokale Dialekt besonders stark vom Hochdeutschen abweicht, die Wahrscheinlichkeit zur AfD-Wahl steigt (Ziblatt et al., 2020). Die Autoren argumentieren, dass dies ein Indiz für das Weiterbestehen des Zentrum-Peripherie-Konflikts ist, der sich in der kulturellen Abweichung von der nationalen Norm – hier in Form der Sprache – zeigt. Dies bedeutet aber nicht, dass Menschen, die in Regionen mit starken Dialekten ziehen, automatisch zu (Rechts-)Populist:innen werden. Bei diesem Mechanismus spricht man stattdessen von Selbstselektion: Über die Zeit ziehen hauptsächlich Menschen in diese Regionen (oder bleiben dort), die sich mit den Werten und Einstellungen ihrer Nachbar:innen und den lokalen Traditionen identifizieren. Hier lässt sich der *Kompositionseffekt* beobachten, da nicht der Kontext einen direkten Einfluss auf Einstellungen und Verhalten der Menschen hat, sondern die Zusammensetzung einer Nachbarschaft geographische Ansammlungen bestimmter politischer Meinungen und Verhalten erklärt. Rechtspopulistische Parteien, wie die AfD in Deutschland, gewinnen auf diese Weise an Orten Unterstützung, wo Menschen leben, die an traditionellen, konservativen Werten festhalten und andere kulturelle Einflüsse ablehnen – seien es zugezogene Städter:innen mit abweichenden Werten oder Ausländer:innen aus anderen Kulturkreisen.

Es wird allerdings angenommen, dass diese Kompositionseffekte durch Kontextef-

ekte ergänzt und verschärft werden. Kontexteffekte ziehen die wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände einer Region in die Betrachtung ein. Der zu Grunde liegende Mechanismus basiert auf der Annahme, dass der Wohnort einen Einfluss auf die Wahrnehmung des politischen und wirtschaftlichen Status und der gesellschaftlichen Anerkennung der Menschen nimmt. Dabei hat sich nicht nur im akademischen, sondern auch im öffentlichen Diskurs der Begriff des *Abgehängtseins* etabliert. So berichten beispielsweise in Reportagen zu den „Abgehängten Regionen in Deutschland“ Landbewohner:innen vom Frust, der nach der Schließung des Krankenhauses, dem Wegfall von Haltestellen und dem Fehlen von Job-Perspektiven entsteht (Milbert & Demmer, 31.08.2017). In wenigen Worten „fühlen sich [viele] von der Politik, den Verantwortlichen, schlicht vergessen“ (Richter, 01.09.2017). Im populär-medialen Diskurs um die abgehängten Regionen in Deutschland lassen sich mehrere Aspekte in den Narrativen des Abgehängtseins identifizieren (Deppisch, 2021): Infrastruktur, Wirtschaft und Kultur. Wo die öffentliche Infrastruktur fehlt, d.h. Zugang zu Bildungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung sowie öffentlichem Verkehr eingeschränkt ist, entsteht ein Gefühl des Mangels und der Unzufriedenheit. Dieses Gefühl wird weiter angefacht durch das Fehlen von und die Konkurrenz um Arbeitsplätze, geringes Einkommen und die Sorge vor dem (fortschreitenden) wirtschaftlichen Abstieg (siehe auch Cramer, 2016; Hochschild, 2016). Hinzu kommt die Entfremdung von den Werten und Lebensweisen, die in den Städten vorgelebt und in der Politik repräsentiert werden. Multikulturalität und Kosmopolitismus der Städte stehen dabei in starkem Kontrast zu Traditionen auf dem Land. Wenn die Bewohner:innen dieser abgehängten Regionen die wirtschaftliche und infrastrukturelle Benachteiligung mit der politischen Bevorteilung von Großstädten und den dort lebenden Eliten verbinden, sind sie anfällig für politische Parteien, die sich explizit gegen diese (politischen) Eliten wenden. In Deutschland

bedient vor allem die AfD diese Themen und Feindbilder. Ihre Kritik richtet sich dabei nicht nur gegen den Staat und die politischen Eliten, sondern auch gegen Globalisierung, europäische Integration sowie Einwanderung – alles drei Faktoren, die einen bereits bestehenden Konflikt um limitierte Ressourcen in einer Region weiter verschärfen. Daher sollte die AfD besonders stark in Regionen profitieren, in denen sich die dort wohnenden Menschen in ihrem alltäglichen Dasein vergessen und gegebenenfalls auch bedroht fühlen.

Das Argument, „je ländlicher, desto mehr AfD-Unterstützung“, scheint allerdings laut empirischer Studien nicht haltbar zu sein. Stattdessen spielen vor allem die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Aspekte eine Rolle. Die AfD wird am ehesten dort gewählt, wo der Zugang zu Dienstleistungen schlecht ist (aber nicht zwingend in kleinen und ländlichen Kommunen) (Diermeier, 2020), in Regionen, die nicht durch eine starke, sondern durch eine mittlere Ländlichkeit geprägt sind (Deppisch, 2021), und sowohl in ökonomisch schwachen Nachbarschaften in Städten als auch auf dem Land (Förtner, Belina, & Naumann, 2020; Kurtenbach, 2019). Diese Ergebnisse sind kein rein deutsches Phänomen. Die Wahl von Donald Trump in den USA, die Zustimmung zum Brexit und auch der Erfolg rechtspopulistischer Parteien in anderen europäischen Ländern zeigen ein vergleichbares geographisches Muster. Die Analysen zeigen auch hier kein reines Stadt-Land-Gefälle, sondern führen die Entwicklung auf wirtschaftliche Schocks (Dippel, Gold, & Heblich, 2015), langfristige De-Industrialisierung (Broz, Frieden, & Weymouth, 2021) und die schlechte Versorgung mit Dienstleistungen (Harteveld et al., 2021) zurück. Aus diesen Gründen werden wir in den folgenden Analysen immer wieder den Fokus auf die Wahl der AfD legen, um zu prüfen, ob solch ein Effekt des Wohnortes auf rechtspopulistisches Wahlverhalten auch zur Bundestagswahl 2021 festzustellen ist.

Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland

Untersucht man das Wahlverhalten in westeuropäischen Gesellschaften aus polit-geographischer Perspektive, so stellt Deutschland einen Sonderfall dar. Neben den bereits genannten regionalen Unterschieden lassen sich hier außerdem Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Ost und West, also den so genannten neuen und alten Bundesländern, feststellen. So erzielten beispielsweise die Parteien, die bereits vor der deutschen Wiedervereinigung im Bundestag vertreten waren, im Osten zumeist schlechtere Ergebnisse bei Bundestagswahlen als im Westen. Die Linke und die AfD erreichen umgekehrt im Westen meist geringere Stimmenanteile als im Osten. Aber nicht nur das: Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich auch in Einstellungen und Gruppenzugehörigkeiten, die dem Wahlverhalten vorgelagert sind. Ostdeutsche lehnen im Vergleich zu Westdeutschen eine Zuwanderung von Ausländer:innen eher ab und sind weniger zufrieden mit der Demokratie in Deutschland (Arzheimer, 2021). Im Osten gehen außerdem weniger Menschen in die Kirche und mehr Menschen arbeiten in handwerklichen Berufen als im Westen. Wie oben erläutert kann die Gruppenzugehörigkeit über die sozialen Konfliktlinien eng mit der Parteiwahl verbunden sein und so Ost-West-Unterschiede im Wahlverhalten erklären (Arzheimer, 2016, 71). Allerdings sind in den neuen Bundesländern Parteibindungen seltener vorhanden und in der Regel weniger stark ausgeprägt als in den alten Bundesländern, was zugleich auch die üblicherweise niedrigere Wahlbeteiligung und die höhere Volatilität der Stimmvergabe in Ostdeutschland erklären kann. Diese Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland lassen sich in erster Linie auf langfristig eher

unveränderliche strukturelle Einflussfaktoren zurückführen, wie die unterschiedliche politische Sozialisation vor und nach der Wende, Erfahrungen mit dem demokratischen System und die verschiedene Ausprägung sozialer Gruppenzugehörigkeit (Arzheimer, 2016, 71).

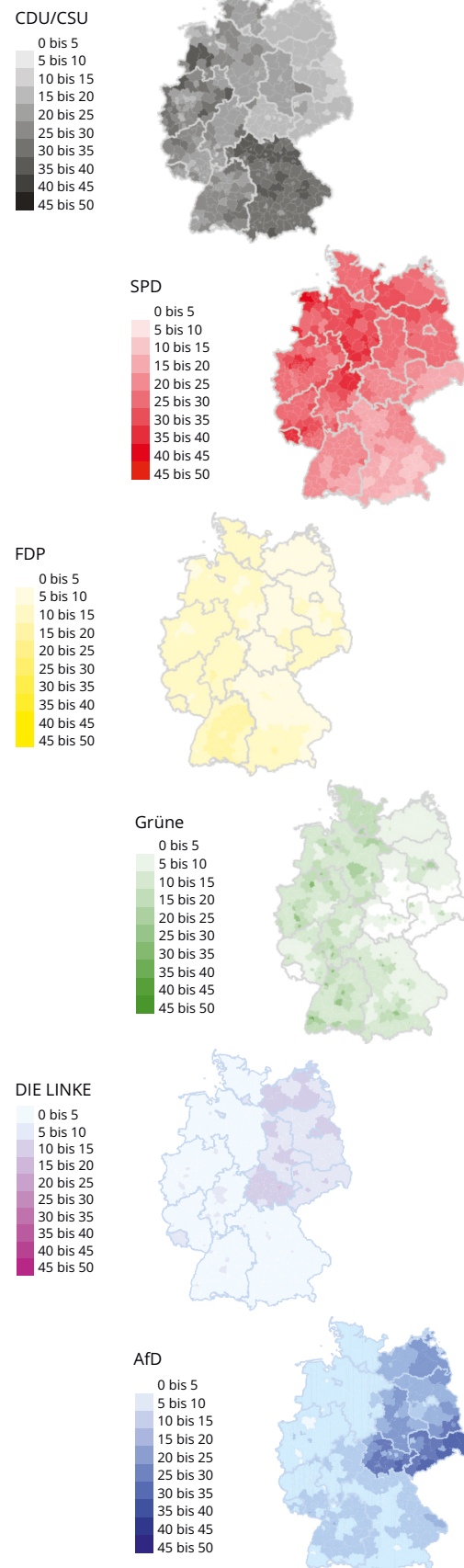
Die Geographie der Ergebnisse der Bundestagswahl 2021

Regionale Unterschiede im Wahlverhalten

Wie zeigen sich nun die Unterschiede zwischen Ost und West und Stadt und Land bei der Bundestagswahl 2021? Schauen wir in einem ersten Schritt auf die Verteilung der Zweitstimmenanteile des amtlichen Endergebnisses der Bundestagswahl auf Kreisebene (Abbildung 1).

Hier wird zunächst der bereits angesprochene Ost-West-Unterschied insbesondere bei der Linken und der AfD deutlich. Beide Parteien erhalten in den neuen Bundesländern die größte Unterstützung. Daneben stehen die Wahlerfolge der Grünen in Großstädten sowohl in West- als auch in etwas geringerem Maße in Ostdeutschland ins Auge. In weniger ausgeprägter Form hat diese Beobachtung auch für die Linke in einigen westdeutschen Bundesländern Bestand: wenn sie Erfolg hat, dann vor allem in den Städten. Bei der AfD zeigt sich dagegen ein umgekehrtes Muster. Das geringste Maß an Unterstützung erhält sie im städtischen Raum, wohingegen sie ihre besten Ergebnisse in großflächigen, ländlichen Kreisen sowie den neuen Bundesländern erzielt. Ein Blick auf Bayern und Baden-Württemberg macht den räumlichen Kontrast zwischen den Wahlergebnissen von AfD und Grünen besonders deutlich: Die zwei Parteien fahren jeweils dort gute Ergebnisse ein, wo die jeweils andere Partei nicht erfolgreich ist. Bei FDP, SPD und den Unionsparteien sind solche räumlichen Muster hingegen weniger deutlich erkennbar. Bei der Betrachtung der Wahlkarten fallen die

Abbildung 1 Zweitstimmenanteile der Bundestagsparteien auf Kreisebene



Quellen: © Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2021 und GeoBasis-DE / BKG (2022). Eigene Darstellung.

Ost-West und Stadt-Land Unterschiede entsprechend deutlich ins Auge, die besonders bei der AfD, aber auch bei der Linken und den Grünen zu finden sind. Es bleibt die Frage, ob sich diese Muster durch das Heranziehen von räumlichen Kontextfaktoren, wie der Ländlichkeit, aber auch der wirtschaftlichen Situation und infrastrukturellen Versorgung eines Kreises erklären lassen.

Regionale Unterschiede in Ländlichkeit, Wirtschaft und Infrastruktur

Um die regionalen Unterschiede messbar zu machen, ziehen wir drei Kontextfaktoren auf Kreisebene heran, und zwar Ländlichkeit, wirtschaftliche Stärke und Infrastruktur. Allein aus der klassischen Wahlforschung ist die Stadt-Land-Dimension als dominanter, wiederkehrender Erklärungsfaktor bekannt. Stadt und Land verstehen wir jeweils als die Enden eines Spektrums, das durch mehrere

» **Ländlichkeit zeigt keinen eindeutigen Zusammenhang mit AfD-Erfolg.** «

Indikatoren definiert wird. So vermeiden wir eine nur zweidimensionale Konzeption, die Stadt und Land auf Basis nur eines Indikators gegenüberstellt. Für uns relevante Indikatoren sind die Wohnbebauung und Siedlungsdichte, die land- und forstwirtschaftliche Fläche sowie die Randlage und Bevölkerungsdichte (für Details siehe Landatlas, 2022 und Küpper, 2016). Wie wir bereits festgestellt haben, werden abgehängte Regionen – neben der Ländlichkeit – auch durch wirtschaftliche Schwäche und die eingeschränkte Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen definiert. Zur Messung der wirtschaftlichen Stärke wird das Medianeinkommen herangezogen, d.h. das Einkommen, bei dem genauso viele Menschen ein höheres wie auch ein niedrigeres Einkommen in einem Stadt- beziehungsweise Landkreis haben (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2022). Die Erreich-

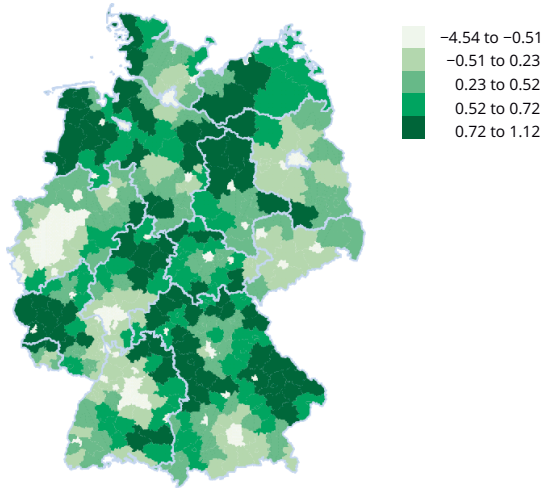
barkeit von Infrastruktureinrichtungen wird über die (einwohnergewichtete) durchschnittliche Luftliniendistanz zur jeweils nächstgelegenen Praxis für Allgemeinmedizin, Apotheke, Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrs, Grundschule und zum Supermarkt berechnet (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2022).²

Die regionale Verteilung der Indikatoren (Abbildung 2) zeigt insbesondere beim Medianeinkommen einen starken Ost-West-Unterschied. Demgegenüber unterscheiden sich bei der Ländlichkeit und Infrastruktur vor allem die gut erreichbaren Ballungsräume um die Großstädte von den besonders schlecht versorgten Regionen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Teilen Bayerns. Vergleicht man diese Karten mit der Parteiwahl in Abbildung 1 lassen sich überraschenderweise nur einige der angenommenen Überlappungen mit der AfD-Wahl feststellen. Zwar ist die AfD im einkommensschwächeren Osten erfolgreicher als im einkommensstärkeren Westen, bezieht man aber die Karte der Ländlichkeit in den Vergleich mit ein, zeichnet sich kein eindeutiges Bild. Man kann grob erkennen, dass die AfD in ländlicheren Kreisen Bayerns und Hessens erfolgreich ist, ebenso wie im ländlichen Mecklenburg-Vorpommern. Gerade aber der Blick auf die neuen Bundesländer lässt hier keinen eindeutigen Schluss zu: Insbesondere die Kreise Sachsens, in denen die AfD besonders viele Zweitstimmen gewonnen hat, sind eher wenig ländlich geprägt. Der Vergleich mit der Karte der Infrastrukturversorgung zeigt ein ähnliches Muster. Kreise in Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Hessen und teilweise auch in Baden-Württemberg, in denen die AfD erfolgreich war, weisen auch eine höhere durchschnittliche Distanz zur nächstgelegenen

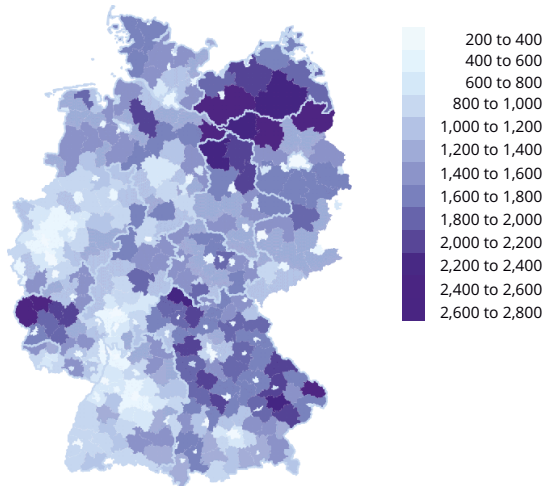
² Auf Grund von Datenverfügbarkeit wurden alle diese Messindikatoren auf Kreisebene ausgewertet und der jeweils aktuellste Messzeitpunkt wurde ausgewählt. Der Ländlichkeits-Index liegt nur für das Jahr 2016 vor, Medianeinkommen für 2019, die Distanz zu allgemeinmedizinischen Praxen in 2015, Haltestellen des öffentlichen Verkehrs in 2018, Grundschulen je nach Bundesland in 2016, 2018 und 2019, Apotheken und Supermärkte in 2017. Der Gebietsstand wurde zum 31.12.2021 harmonisiert.

Abbildung 2 Regionale Verteilung von Ländlichkeit, Medianeinkommen und Entfernung Infrastruktur

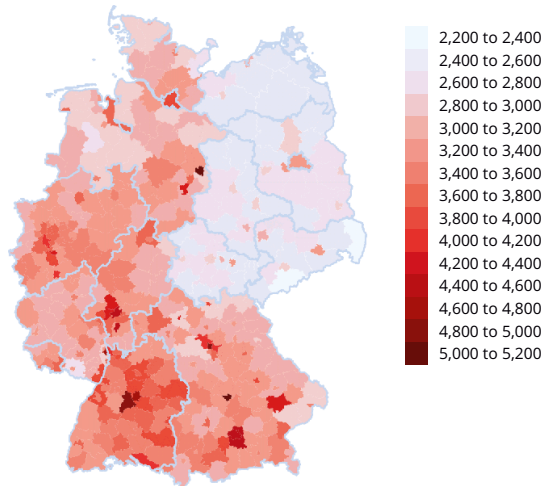
Ländlichkeit



Entfernung Infrastruktur (m)



Medianeinkommen (€)



allgemeinmedizinischen Praxis, zur Apotheke, Grundschule, zum Supermarkt und zur Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrs auf.

Verknüpfung von Kontext und Individuum: Die AfD-Wahl 2021

Die bisherigen Vergleiche deuten zwar bereits auf Zusammenhänge zwischen regionalen Faktoren und Wahlverhalten auf Kreisebene hin, liefern aber kein eindeutiges Ergebnis und erklären insbesondere noch kein individuelles Wahlverhalten. Auf Basis dieser Kartenvergleiche kann beispielsweise nicht unterschieden werden, ob die Menschen, die in AfD-Hochburgen leben, sich auf individueller Ebene stark gleichen oder ob – trotz individueller Unterschiede – Personen in manchen Regionen eher AfD wählen als in anderen. Dieses Problem, das auch als ökologischer Fehlschluss bekannt ist, kann zum Teil aufgelöst werden, indem man eine Verknüpfung der Umfragedaten mit räumlichen Kontextinformationen vornimmt. Dadurch können, zum einen, AfD-Wähler:innen eindeutig identifiziert als auch, zum anderen, individuelle Faktoren in der Analyse berücksichtigt werden. Als Datenbasis eignet sich die Vor- und Nachwählerhebung der German Longitudinal Election Study (GLES, 2022), da bei dieser Befragung eine breite Masse, d.h. über 8.000 Personen in 149 Stadt- und Landkreisen interviewt wurden. Durch die Information, in welchem Kreis eine befragte Person wohnt, können die präsentierten Kontextindikatoren – Ländlichkeit, Medianeinkommen, Zugang zu Infrastrukturen, neues oder altes Bundesland – den Befragungsdaten hinzugespielt werden.

Wie alle Phänomene in den Sozialwissenschaften ist die Wahlentscheidung allerdings nicht einfach durch einen Kausalzusammenhang zwischen x und y erklärbar, sondern wird durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Um mit einer größeren Sicherheit Aussagen über den Einfluss des Wohnorts auf die Wahl der AfD treffen zu können, müssen Modelle herangezogen werden, die zusätzlich weitere typische Erklärungsfaktoren von AfD-Wahl-

Quellen: © Landatlas des Thünen-Institut 2022, BBSR Bonn 2022 und GeoBasis-DE / BKG (2022). Eigene Darstellung.

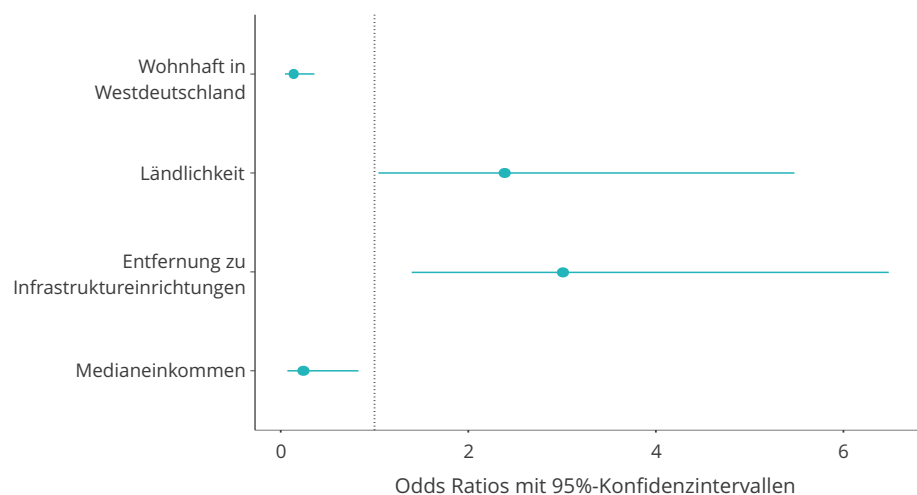
verhalten beinhalten. Finden wir dann trotz Inklusion aller Variablen noch immer einen Einfluss von beispielsweise Ländlichkeit, können wir mit größerer Sicherheit davon ausgehen, dass Ländlichkeit tatsächlich einen eigenen, von anderen Erklärungsfaktoren unabhängigen Einfluss auf die Wahlentscheidung für die AfD hat. In den folgenden Modellen kontrollieren wir daher immer auch für den Effekt von Geschlecht, Alter, Schulbildung, Links-Rechts-Selbsteinschätzung, retrospektiver Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, politischem Interesse und der Demokratiezufriedenheit der befragten Personen.

Abbildung 3 zeigt in jeder Zeile das Ergebnis einer Analyse der jeweiligen Wohnort-Charakteristika, wobei die oben genannten individuellen Merkmale nicht dargestellt werden. Das erste Modell setzt den Fokus auf den Vergleich von Personen, die in Ost- und Westdeutschland leben und kann folgendermaßen interpretiert werden: Da der Wert kleiner als 1 ist, ist es unwahrscheinlicher, dass eine Person, die in Westdeutschland lebt, AfD wählt als eine in Ostdeutschland wohnhafte Person. Dieser Effekt bleibt stabil in allen folgenden Modellen. In der nächsten Zeile, dem Modell 2, nehmen wir die Ländlichkeit des Kreises, in dem eine befragte Person lebt, zusätzlich auf. Der Wert des Effekts von Ländlichkeit ist über 1 und deswegen können wir feststellen, dass steigende Ländlichkeit in einem signifikant positiven Zusammenhang mit der Chance der AfD-Wahl steht. Signifikante Effekte lassen sich auch für die anderen Kreismerkmale finden: Mit höherer Entfernung zu Gesundheits-, Bildungs-, Transport- und Versorgungseinrichtungen, geht auch eine höhere Chance die AfD zu wählen einher (Modell 3), während

höheres Medianeinkommen eines Kreises mit einer geringeren AfD-Wahlchance zusammenhängt (Modell 4).

Abschließend veranschaulichen wir, welches dieser Merkmale im direkten Vergleich die Chancen, dass eine Person AfD wählt, am stärksten beeinflusst. Dafür haben wir in einem Modell alle Kontextmerkmale auf Kreisebene – Ost-West, Ländlichkeit, Medianeinkommen und Distanz zu Infrastruktureinrichtungen – sowie alle individuelle Erklärungsfaktoren des Wahlverhaltens in einem Modell aufgenommen.

Abbildung 3 Erklärung der AfD-Wahl nach Ost-West und Kontextfaktoren in vier Einzelmodellen



Quelle: GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl (ZA7702_v1-0-0). Eigene Darstellung und Berechnung.

» **Insbesondere bei AfD und Linken, aber auch bei Grünen sind räumliche Muster zu erkennen.** «

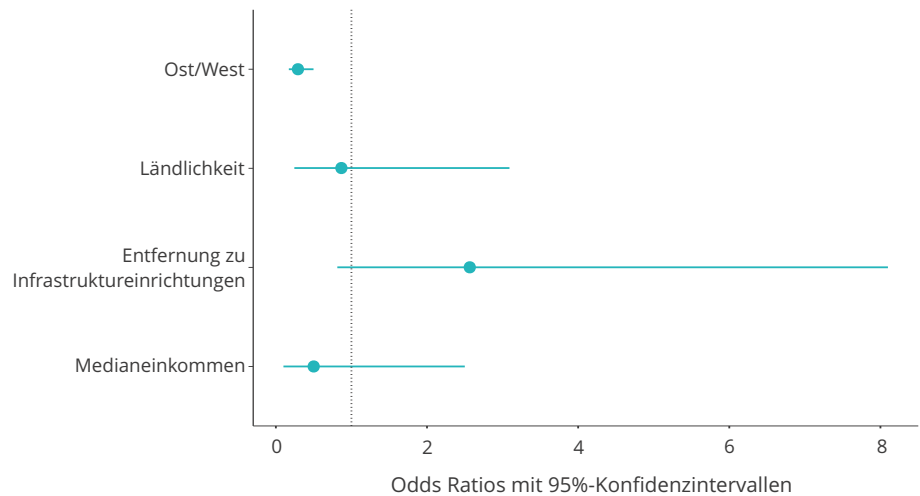
Auch in Abbildung 4 sehen wir einen von allen Faktoren unabhängigen Ost-West-Zusammenhang, während wir für die übrigen Kontextmerkmale keine Aussage mehr darüber treffen können, ob ein Zusammenhang besteht oder nicht. Dies könnte daran liegen, dass Ländlichkeit, Infrastrukturversorgung und Medianeinkommen stark miteinander zusammenhängen, sodass unabhängige

Zusammenhänge in diesen Modellen auf Kreisebene nicht zu finden sind. Weitere, detaillierte Analysen wären notwendig, um hier eine Aussage treffen zu können. Wir können jedoch festhalten, dass der Wohnort in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland mit einer erhöhten Chance der AfD-Wahl einhergeht, unabhängig von den Kontextfaktoren und den individuellen politischen Einstellungen und soziodemographischen Merkmalen einer Person. Man kann hier klar von einem Ost-Bonus der AfD sprechen.

Einfluss traditioneller Konfliktlinien und Ost-Bonus für die AfD

Ob Stadt gegen Land, Zentrum gegen Peripherie oder abgehängte gegen nicht-abgehängte Regionen: Unsere Ergebnisse zeigen, dass in Bezug auf die Polarisierung im Raum die eingangs beschriebenen traditionellen Konfliktlinien weiterhin zu unserem Verständnis von Wahlverhalten beitragen können. In Deutschland besteht daneben auch weiterhin ein Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, der sich in der räumlichen Analyse des Wahlverhaltens niederschlägt. Ein Blick auf eine Karte mit der Verteilung der Zweitstimmenergebnisse zur Bundestagswahl 2021 zeigt bereits, dass insbesondere bei der AfD und der Linken, aber auch bei den Grünen räumliche Muster zu erkennen sind. So gewinnt beispielsweise die AfD nicht nur im Osten Stimmen, sondern auch in vielen ländlichen

Abbildung 4 Erklärung der AfD-Wahl in einem Gesamtmodell



Quelle: GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl (ZA7702_v1-0-0). Eigene Darstellung und Berechnung.

und infrastrukturell schlechter versorgten Kreisen. Dies ist nicht überraschend, da vor allem Rechtspopulist:innen dort profitieren, wo die Menschen ein Gefühl des Mangels und der Unzufriedenheit entwickeln, weil die Wirtschaft nicht prosperiert und ihnen der Zugang zu Infrastruktureinrichtungen fehlt. Allerdings gilt diese Beobachtung nicht im gesamten Bundesgebiet. Die Anreicherung der Umfragedaten mit Informationen zum Stadt- oder Landkreis, in dem die jeweils befragte Person lebt, ermöglicht uns darüber hinaus, den Zusammenhang zwischen Wohnort und AfD-Wahl – unter der Kontrolle individueller Charakteristika der befragten Personen – zu klären. Wenn Personen in einem Kreis wohnen, der durch hohe Ländlichkeit, ein niedrigeres mittleres Einkommen oder schlechte Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen gekennzeichnet ist, hängt dies mit einer erhöhten Chance, die AfD zu wählen, zusammen. Der klare Ost-Bonus der AfD erweist sich als stabil. In unserer, wie auch in früheren Studien, bestätigt sich, dass man auch in Deutschland nicht von einem reinen Stadt-Land-Gefälle sprechen kann, sondern der Wohnort – über verschiedene Mechanismen und Merkmale – das individuelle Wahlverhalten beeinflusst.

Packages

Wir haben R (Version 4.2.0; R Core Team, 2021) und die R-packages *broom* (Bolker & Robinson, 2022; Version 0.8.0; Robinson, Hayes, & Couch, 2022), *broom.mixed* (Version 0.2.9.4; Bolker & Robinson, 2022), *dplyr* (Version 1.0.9; Wickham, François, Henry, & Müller, 2022), *easypackages* (Version 0.1.0; Sherman, 2016), *forcats* (Version 0.5.1; Wickham, 2021), *GGally* (Version 2.1.2; Schloerke et al., 2021), *ggplot2* (Version 3.3.5; Wickham, 2016), *haven* (Version 2.5.0; Wickham & Miller, 2021), *lme4* (Version 1.1.29; Bates, Mächler, Bolker, & Walker, 2015), *Matrix* (Version 1.4.1; Bates, Maechler, & Jagan, 2022), *papaja* (Version 0.1.0.9999; Aust & Barth, 2020), *patchwork* (Version 1.1.1; Pedersen, 2020), *purrr* (Version 0.3.4; Henry & Wickham, 2020), *readr* (Version 2.1.2; Wickham, Hester, & Bryan, 2022), *sf* (Version 1.0.7; Pebesma, 2018), *sjlabelled* (Version 1.2.0; Lüdecke, 2022), *sjPlot* (Version 2.8.10; Lüdecke, 2021), *stringr* (Version 1.4.0; Wickham, 2019), *tibble* (Version 3.1.6; Müller & Wickham, 2021), *tidyr* (Version 1.2.0; Wickham & Girlich, 2022), *tidyverse* (Version 1.3.1; Wickham et al., 2019), *tinylabels* (Version 0.2.3; Barth, 2022), und *tmap* (Version 3.3.3; Tennekes, 2018) für all unsere Analysen benutzt.

Literatur

- Agnew, J. A. (2002). *Place and politics in modern Italy*. Chicago Ill.: University of Chicago Press.
- Arzheimer, K. (2016). Wahlverhalten in Ost-West-Perspektive. In H. Schoen & B. Weßels (Eds.), *Wahlen und Wähler* (pp. 71–89). Wiesbaden: Springer VS.
- Arzheimer, K. (2021). Regionalvertretungswechsel von links nach rechts? Die Wahl von Alternative für Deutschland und Linkspartei in Ost-West-Perspektive. In B. Weßels & H. Schoen (Eds.), *Wahlen und Wähler* (pp. 61–80). Wiesbaden: Springer VS.
- Aust, F., & Barth, M. (2020). *papaja: Prepare reproducible APA journal articles with R Markdown*. Retrieved from <https://github.com/crsh/papaja>
- Barth, M. (2022). *tinylabels: Lightweight variable labels*. Retrieved from <https://cran.r-project.org/package=tinylabels>
- Bates, D., Mächler, M., Bolker, B., & Walker, S. (2015). Fitting linear mixed-effects models using lme4. *Journal of Statistical Software*, 67(1), 1–48. <https://doi.org/10.18637/jss.v067.i01>
- Bates, D., Maechler, M., & Jagan, M. (2022). *Matrix: Sparse and dense matrix classes and methods*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=Matrix>
- Bolker, B., & Robinson, D. (2022). *Broom.mixed: Tidying methods for mixed models*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=broom.mixed>
- Broz, J. L., Frieden, J., & Weymouth, S. (2021). Populism in place: The economic geography of the globalization backlash. *International Organization*, 1–31. <https://doi.org/10.1017/S0020818320000314>
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. (2022). *INKAR - Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung*. Retrieved from www.bbsr.bund.de
- Cramer, K. J. (2016). *The politics of resentment: Rural consciousness in wisconsin and the rise of scott walker*. Chicago, IL; London: University of Chicago Press; University of Chicago Press.
- Deppisch, L. (2021). Where people in the countryside feel left behind populism has a clear path. *Thünen Institute of Rural Studies, Thünen Working Paper 119a*.
- Der Bundeswahlleiter. (2021). *Wahlergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen*. Wiesbaden. Retrieved from <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/weitere-ergebnisse.html>
- Diermeier, M. (2020). Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(4), 539–568. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00239-y>
- Dippel, C., Gold, R., & Heblich, S. (2015). *Globalization and its (dis-)content: Trade shocks and voting behavior*. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. <https://doi.org/10.3386/w21812>
- Ford, R., & Jennings, W. (2020). The changing cleavage politics of western Europe. *Annu. Rev. Polit. Sci.*, 23(1), 295–314. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-052217-104957>
- Förtner, M., Belina, B., & Naumann, M. (2020). The revenge of the village? The geography of right-wing populist electoral success, anti-politics, and austerity in Germany. *Environment and Planning C: Politics and Space*, 239965442095180. <https://doi.org/10.1177/2399654420951803>
- GLES (2022). GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl. GESIS, Köln. ZA7702 Datenfile Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13864>

- Haffert, L. (2021). The long-term effects of oppression: Prussia, political catholicism, and the alternative für deutschland. *American Political Science Review*, 1–20. <https://doi.org/10.1017/S0003055421001040>
- Harteveld, E., van der Brug, W., Lange, S. de, & van der Meer, T. (2021). Multiple roots of the populist radical right: Support for the dutch PVV in cities and the countryside. *European Journal of Political Research*. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12452>
- Henry, L., & Wickham, H. (2020). *Purrr: Functional programming tools*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=purrr>
- Hochschild, A. R. (2016). *Strangers in their own land: Anger and mourning on the american right*. New York; London: The New Press. Retrieved from <https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=4549514>
- Küpper, P. (2016). Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. *Thünen Institute of Rural Studies, Thünen Working Paper* 68.
- Kurtenbach, S. (2019). *Räumliche Aspekte des Rechtspopulismus*. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW).
- Landatlas. (2022). *www.landatlas.de* (Thünen-Institut Forschungsbereich ländliche Räume, Ed.). Braunschweig.
- Lipset, S. M., & Rokkan, S. (1967). *Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives*. New York, NY, London: Free Press.
- Lüdecke, D. (2021). *sjPlot: Data visualization for statistics in social science*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=sjPlot>
- Lüdecke, D. (2022). *Sjlabelled: Labelled data utility functions (version 1.2.0)*. <https://doi.org/10.5281/zenodo.1249215>
- Maxwell, R. (2020). Geographic divides and cosmopolitanism: Evidence from switzerland. *Comparative Political Studies*, 53(13), 2061–2090.
- Milbert, A., & Demmer, S. (31.08.2017). Der Nichtwähleranteil ist dort höher: Reihe: Abgehängte Regionen. *Deutschlandfunk.de*. Retrieved from <https://www.deutschlandfunk.de/reihe-abgehaengte-regionen-der-nichtwaehleranteil-ist-dort-100.html>
- Müller, K., & Wickham, H. (2021). *Tibble: Simple data frames*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=tibble>
- Pebesma, E. (2018). Simple Features for R: Standardized Support for Spatial Vector Data. *The R Journal*, 10(1), 439–446. <https://doi.org/10.32614/RJ-2018-009>
- Pedersen, T. L. (2020). *Patchwork: The composer of plots*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=patchwork>
- R Core Team. (2021). *R: A language and environment for statistical computing*. Vienna, Austria: R Foundation for Statistical Computing. Retrieved from <https://www.R-project.org/>
- Richter, C. (01.09.2017). Hartz IV im Harz – gar nicht lustig: Reihe: Armut in Deutschland. *Deutschlandfunk.de*. Retrieved from <https://www.deutschlandfunk.de/armut-in-deutschland-hartz-iv-im-harz-gar-nicht-lustig-100.html>
- Robinson, D., Hayes, A., & Couch, S. (2022). *Broom: Convert statistical objects into tidy tibbles*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=broom>
- Schloerke, B., Cook, D., Larmarange, J., Briatte, F., Marbach, M., Thoen, E., Elberg, A. & Crowley, J. (2021). *GGally: Extension to 'ggplot2'*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=GGally>
- Sherman, J. (2016). *Easypackages: Easy loading and installing of packages*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=easypackages>
- Tennekes, M. (2018). tmap: Thematic maps in R. *Journal of Statistical Software*, 84(6), 1–39. <https://doi.org/10.18637/jss.v084.i06>
- Wickham, H. (2016). *ggplot2: Elegant graphics for data analysis*. Springer-Verlag New York. Retrieved from <https://ggplot2.tidyverse.org>
- Wickham, H. (2019). *Stringr: Simple, consistent wrappers for common string operations*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=stringr>
- Wickham, H. (2021). *Forcats: Tools for working with categorical variables (factors)*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=forcats>
- Wickham, H., Averick, M., Bryan, J., Chang, W., McGowan, L. D., François, R., ... Yutani, H. (2019). Welcome to the tidyverse. *Journal of Open Source Software*, 4(43), 1686. <https://doi.org/10.21105/joss.01686>
- Wickham, H., François, R., Henry, L., & Müller, K. (2022). *Dplyr: A grammar of data manipulation*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=dplyr>
- Wickham, H., & Girlich, M. (2022). *Tidyr: Tidy messy data*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=tidyr>
- Wickham, H., Hester, J., & Bryan, J. (2022). *Readr: Read rectangular text data*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=readr>
- Wickham, H., & Miller, E. (2021). *Haven: Import and export 'SPSS', 'stata' and 'SAS' files*. Retrieved from <https://CRAN.R-project.org/package=haven>
- Ziblatt, D., Hilbig, H., & Bischof, D. (2020). *Wealth of tongues: Why peripheral regions vote for the radical right in germany*. <https://doi.org/10.31235/osf.io/syr84>

Anne-Kathrin Stroppe

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail anne-kathrin.stroppe@gesis.org

Anne-Kathrin Stroppe ist Doctoral Researcher und arbeitet als Data Curator im Team der GLES. Ihre Forschungsschwerpunkt liegt im Schnittpunkt der Einstellungsforschung und der Politischen Geographie mit einem Fokus auf Effekte des Wohnumfeld auf politisches Vertrauen, Wahl rechtsradikaler Parteien und populistischer Einstellungen.

Nils Jungmann

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail nils.jungmann@gesis.org

Nils Jungmann ist Doctoral Researcher und arbeitet als Data Curator im Team der GLES. Er studierte Politikwissenschaft und Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Mannheim (B.A.) sowie Politische Kommunikation an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (M.A.) und interessiert sich für politische Psychologie, Wahlverhalten und Kandidierendeneffekte.



Eine:r von uns?

Kandidierende und Wähler:innen zur Bundestagswahl 2021 im Vergleich

L. Constantin Wurthmann & Joscha Bäuerle

Ist ein:e Politiker:in eine:r von uns, wird diese Person mich und meine Interessen im Parlament vertreten? Nicht selten sehen sich Parlamentarier:innen mit dem Vorwurf konfrontiert, sie hätten sich von Belangen und Einstellungen der Bevölkerung zu sehr entfernt, um noch als wirkliche Volksvertreter:innen verstanden zu werden. Ein erster Blick in den neu gewählten Bundestag zeigt, dass Akademiker:innen dort überproportional stark vertreten sind und Frauen zugleich deutlich unterrepräsentiert. Weitere Differenzen, sei es etwa im Hinblick auf spezifische Einstellungen oder eine institutionelle Einbindung, sind zumeist nicht bekannt. Dieser Beitrag geht der Frage auf den Grund, inwiefern sich im Hinblick auf sozio-demografische Merkmale, ihre institutionelle Einbindung in Kirchen, Gewerkschaften sowie Umweltschutzgruppen und spezifische Einstellungen die Kandidierenden für den Deutschen Bundestag von der deutschen Bevölkerung unterscheiden.

If a politician is one of us, will that person represent me and my interests in parliament? It is not uncommon for parliamentarians to be accused of having distanced themselves too much from the concerns and attitudes of the people to be understood as people's representatives. A first glance at the newly elected German Bundestag shows that academics are disproportionately well represented and women are underrepresented. Further differences, for example in terms of specific attitudes or institutional integration, are mostly unknown. This article explores the question, to what extent there are differences in terms of socio-demographic characteristics and their institutional involvement in churches, trade unions and environmental groups. In addition, the article examines the extent to which specific attitudes of candidates for the German Bundestag differ from those of the German population.

Keywords: Repräsentation, Kandidierende, Wählende, Deskriptive Repräsentation, Substanzielle Repräsentation

In seiner berühmten Gettysburg-Rede von 1863 formulierte der damalige US-Präsident Abraham Lincoln seine Erwartung an den demokratischen Rechtsstaat: *government of the people, by the people, for the people*. Die demokratische Repräsentation war für Lincoln ein Sinnbild, bei dem die gewählten Vertreter:innen aus dem Volk stammen, aus diesem gewählt sind und für dieses Politik gestalten. Ob und inwiefern Parlamentarier:innen oder Kandidierende tatsächlich der Bevölkerung

ähneln müssen, um auch für diese sprechen- und diskursfähig zu sein, darum ranken sich weitreichende Debatten, die schon Hanna Pitkin (1967) in ihrem *Concept of Representation* beschrieben hat. Sie unterscheidet dabei unter anderem in (1) deskriptive und in (2) substanzielle Repräsentation. Während die deskriptive Repräsentation primär danach fragt, inwiefern beispielhaft bestimmte Merkmale wie das Geschlecht, das Bildungsniveau oder der Migrationshintergrund zahlenmä-

ßig in politischen Räumen eine hinreichende Berücksichtigung finden, umfasst substanzielle Repräsentation viel grundlegender, ob bestimmte Interessen der Bevölkerung auch entsprechend politisch vertreten werden.

Die Perspektive der deskriptiven Repräsentation wird z. B. in der Erwartung anschaulich, dass erst wenn „eine ‚kritische Masse‘ von mindestens 30 Prozent (...) Frauen in Parlamenten (...) politischen Einfluss ausüben“ (Abels et al., 2018, S. 29) auch die Interessen von Frauen durchgesetzt werden könnten. In diesem Licht wird nachvollziehbar, warum neben der Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock auch der SPD-Kandidat Scholz sowie der CDU/CSU-Kandidat Laschet im Vorfeld der Bundestagswahl die paritätische Besetzung einer künftigen Bundesregierung ankündigten (Der Spiegel, 2021; Merkur, 2021). Neben gleichstellungspolitischen Gedankengängen wird hier die Überzeugung vertreten, dass ein:e Abgeordnete:r oder Kandidierende:r am glaubwürdigsten als Vertreter:in einer Bevölkerungsgruppe agieren kann, beispielsweise von Arbeiter:innen, wenn er:sie auch selbst Arbeiter:in ist. Individuelle Charakteristika treten hierbei zunächst in den Hintergrund.

Demgegenüber folgt das Verständnis der substanziellen Repräsentation dem Grundgedanken, dass Politiker:innen auch Bevölkerungsteile repräsentieren können, die sich von ihnen in zentralen sozio-demographischen Charakteristika wie beispielsweise dem Geschlecht, Alter sowie dem Bildungs- oder sozio-ökonomischen Hintergrund unterscheiden, indem sie responsiv auf diese reagieren und in deren Interesse handeln. Bereits bei einem ersten Blick in den neu gewählten Deutschen Bundestag zeigt sich, wie stark sich die Zusammensetzung des Parlaments von jener der bundesdeutschen Bevölkerung unterscheidet. Frauen sind im Parlament deutlich unterrepräsentiert, Akademiker:innen deutlich überrepräsentiert. Ebenso liegt das Durchschnittsalter im Parlament deutlich über dem des Gesamtbevölkerungsschnitts. Aufgrund dieser Abweichungen sehen sich Parlamentarier:innen nicht selten mit dem

Vorwurf konfrontiert, sie seien von den Belangen und Einstellungen der Bevölkerung zu weit entfernt, um sie angemessen repräsentieren zu können. Aber ist dies wirklich der Fall? Im Folgenden werden wir sehen, inwieweit sich Wähler:innen und Kandidierende bei der Bundestagswahl 2021 hinsichtlich jener Merkmale unterscheiden, die zur Beschreibung der deskriptiven Repräsentation herangezogen werden. Darüber hinaus werden wir prüfen, inwiefern sich die Einstellungen von Kandidierenden und ihren Wähler:innen zu zentralen Politikfeldern unterscheiden.

Zu diesem Zweck analysieren wir nicht nur die Gesamtheit aller Wähler:innen und Kandidierenden, sondern darüber hinaus in einer Sub-Analyse auch die Wähler:innen und Kandidierenden der jeweiligen Parteien. Wir wollen ein umfassenderes Bild darüber gewinnen, ob die entsprechenden Kandidierenden als „eine:r von uns“ oder – allen Unterstellungen entsprechend – als von der Gesamtbevölkerung und den eigenen Wähler:innen entkoppelt angesehen werden müssen. Als Datengrundlage stützen wir uns auf die Daten der German Longitudinal Election Study (GLES) 2021 und hier insbesondere auf den GLES Nachwahlquerschnitt sowie die GLES Kandidierendenstudie.

Repräsentation und Repräsentant:innen

Nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten europäischen Ländern, entstehen zum Ende des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts Parteien entlang vergleichsweise klar definierter soziostruktureller Konfliktlinien. Gemeint sind damit etwa sozialdemokratische und sozialistische Parteien auf der Seite der Arbeiter:innenschaft und der Gewerkschaften, die gegen die Interessen von Kapital und Großgrundbesitzer:innen auf der anderen Seite aufbegehren. Oder etwa christlich-katholische, christdemokratische

beziehungsweise christsoziale Parteien an der Seite religiöser Bürger:innen, welche regelmäßig in die Kirchen gehen und in kirchennahe Organisationen eingebunden sind, die eine Einflussnahme der Kirche auf den Staatsapparat gegenüber nicht-religiösen Laizisten verteidigen wollen (Lipset & Rokkan, 1967). Diese sich gegenseitig bedingende Loyalität von Parteien und Wähler:innen, bei der die heutige CDU/CSU die Interessenvertretung einer religiös orientierten Kirchgänger:innenschaft übernahm, die SPD wiederum die der gewerkschaftlich orientierten Arbeitnehmer:innen, wirkt bis heute nach (Debus & Müller, 2020). Grundsätzlich lassen aber auch Prozesse einer fortschreitenden gesellschaftlichen Individualisierung, die auch den Wirtschaftssektor betreffen, diese Allianzen zwischen Parteien und Wähler:innen nicht unberührt: Religiöse Bindungen erodieren, die Anzahl der Arbeiter:innen im traditionellen Sinne nimmt ab. Schlussendlich werden deshalb auch die Allianzen religiöser und gewerkschaftlicher Interessenvertretung brüchiger (Evans & Northmore-Ball, 2018). Im Rahmen gesellschaftlicher Umbrüche, die diese Entwicklungen begünstigen, ist vielerorts die Entstehung von grün-ökologischen Parteien zu beobachten, die sich – neben vielen weiteren – auch aus Umweltschutzgruppen formieren (Inglehart, 1977).

Während mit einer fortschreitenden gesellschaftlichen Individualisierung die Einbindung in klassische Trägerorganisationen zurückgeht, muss dies jedoch nicht zwangsläufig auch für all jene gelten, die sich aktiv in Parteien einbringen oder gar für diese bei Wahlen kandidieren. Tatsächlich ist zu beobachten, dass Parteimitglieder von solchen Individualisierungsprozessen durch ihre soziale Einbettung weniger stark betroffen sind als etwa jene Individuen, die nicht Mitglied einer entsprechenden Partei sind. Parteien werden so „zu Konservatoren einer sozialen Wirklichkeit, die es immer weniger gibt“ (Beck, 2016, S. 158).

Repräsentation im Allgemeinen umfasst aber, neben den bereits genannten Kategorien,

vor allem eine aus demokratie-theoretischer Perspektive relevante Dimension: „Repräsentation im Sinne von Responsivität, d. h. die Organisation, Artikulation und Integration von Präferenzen und Meinungen der zu Repräsentierenden im staatlichen Bereich“ (Marshall, 2018, S. 813). Klassischerweise geht die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung dabei davon aus, dass Parteiensysteme im Regelfall nicht eindimensional sind. Nichtsdestotrotz wird in der analytischen Beschreibung von politischen Räumen gerne als inhaltlicher Proxy auf ein Links-Rechts-Kontinuum zurückgegriffen, um Nähe und Repräsentation annäherungsweise adäquat abbilden zu können (siehe hierzu auch Dippel, Hetzer, & Burger, 2022, in diesem Heft). Der ursächliche Gedankengang geht auf Anthony Downs zurück, demnach sich politische Parteien auf einer Skala von links nach rechts einordnen lassen (Downs, 1957, S. 142). Damit wurde vor allem verbunden, inwiefern es, auf der einen Seite, eine staatlich organisierte Umverteilung zur Herstellung sozio-ökonomischer Gleichheit geben solle, die, auf der anderen Seite, in einem Konflikt stand mit individueller Verantwortung und den Abwehrmechanismen eines freien Marktes, bei dem staatliche Eingriffe abgelehnt werden (Norris & Inglehart, 2019, S. 50). Gleichwohl nicht immer eine in sich konsistente Zuordnung von politischen Positionen entlang des Spektrums getroffen wird, gelingt es Befragten in der Regel, sich selbst und die Positionen von Parteien konsistent zu benennen – dabei werden Parteien auch als bedeutend attraktiver bewertet, zu denen eine geringere räumliche Distanz besteht (Schmitt-Beck, 2019, S. 183; siehe hierzu auch Dippel, Hetzer, & Burger, 2022, in diesem Heft). In der praktischen Anwendung zeigt eine solche Links-Rechts-Einstufung etwa, dass sich die Mitglieder oder Kandidierenden von Parteien in der Regel auf diesem Kontinuum stärker in Richtung einem der Extrempole positionieren als etwa deren Wähler:innen (Spier, 2011, S. 129-130; Schmitt & Wüst, 2004, S. 319; Iversen, 1994, S. 59). Vor diesem Hintergrund kann man davon ausgehen, dass sich dies auch mit Blick

auf die Bundestagswahl 2021 replizieren lässt und sich dementsprechend die Positionen politischer Eliten (Kandidierende der Parteien) und der jeweiligen Parteiwähler:innenschaft ähneln, gleichwohl die letztgenannte Gruppe moderater in ihren Positionen sein sollte.

Im Folgenden gehen wir kurz auf die für unsere Analyse zugrundeliegende Datenbasis ein, die wir zur Überprüfung dieser Annahme herangezogen haben.

Forschungsdesign, Daten und analytische Vorgehensweise

Um die Einstellungen der gesamtdeutschen Bevölkerung abbilden zu können, haben wir auf den GLES Nachwahlquerschnitt (GLES, 2022a) zurückgegriffen¹. Gemessen am tatsächlichen Wahlergebnis sind Wähler:innen der CDU/CSU leicht unterrepräsentiert (-0,24%), die der SPD sind deutlich überrepräsentiert (+4,16%), die der FDP leicht überrepräsentiert (+1,32%), die der Grünen sehr deutlich überrepräsentiert (+7,36%) und jene der Linken geringfügig überrepräsentiert (+0,51%). Die Wähler:innen der AfD hingegen sind deutlich unterrepräsentiert (-4,42%).

Die GLES Kandidierendenstudie 2021 (GLES, 2022b) komplementiert den GLES Nachwahlquerschnitt, um die Einstellungen der Kandidierenden abbilden zu können. Zur Befragung wurden zwischen dem 19.10.2021 und dem 31.01.2022 die Kandidierenden aller Parteien mit Fraktionsstatus im Bundestag² eingeladen. Insgesamt konnten 735 partielle und vollständige Interviews realisiert werden.

Das entspricht einem Anteil von 28,73 Prozent der zur Befragung eingeladenen Kandidierenden. Gemessen an der Gesamtanzahl der Kandidierenden der jeweiligen Parteien sind Kandidierende der CDU/CSU dabei deutlich unterrepräsentiert (-5,01%), die der SPD hingegen nur leicht (-1,81%). Kandidierende der FDP sind etwas (+3,46%), die der Grünen (+8,12%) und der Linken (+6,98%) sind deutlich überrepräsentiert. Kandidierende der AfD sind deutlich unterrepräsentiert (-10,52%).

In einem ersten Schritt haben wir abgeglichen, inwiefern sich Wähler:innen und Kandidierende im Hinblick auf Merkmale deskriptiver Repräsentation unterscheiden. Hierfür haben wir das Geschlecht, Alter, den Migrationshintergrund sowie Universitäts- und Schulabschlüsse zu Rate gezogen. Zusätzlich haben wir diese im Hinblick auf die Mitgliedschaft in kirchennahen Organisationen, Gewerkschaften und Umweltschutzgruppen verglichen. Anschließend untersuchten wir – sozusagen als Proxy für die substantielle Repräsentation – mögliche Unterschiede zwischen diesen Gruppen hinsichtlich ihrer jeweiligen Positionierung zum Ausbau oder Abbau des Sozialstaats, der Restriktion von oder Öffnung gegenüber Zuwanderung sowie dem spezifischen Umgang mit Herausforderungen, die aus dem Klimawandel erwachsen. Dadurch kann der politische Raum präziser abgebildet werden als über eine eindimensionale Verortung entlang einer Links-Rechts-Skala.

Tabelle 1 Anteil Befragte in % und nach Befragtengruppe

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Wähler:innen	23,86	29,86	12,82	22,16	5,41	5,88
Kandidierende	23,72	26,92	32,19	36,85	35,71	18,21

Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt 2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0). Prozentualer Anteil der Kandidierenden je Gesamtanzahl der Kandidierenden der jeweiligen Partei(en) und in Relation zu den in Fraktionsstärke vertretenen Parteien. Eigene Berechnungen.

1 Zum Ausgleich der überproportional in Ostdeutschland lebenden Personen wurde hierfür eine Gewichtung vorgenommen.

2 CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und AfD.

Kandidierende und Wähler:innen im empirischen Vergleich

Kandidierende der von uns untersuchten Parteien weisen in der Tat ein sozio-demographisches Profil auf, welches sich von dem der Wähler:innen unterscheidet. Unter den befragten Kandidierenden sind Männer mit 62,43 Prozent deutlich überrepräsentiert, während das Verhältnis bei den Wähler:innen relativ ausgeglichen ist. Darüber hinaus sind die Kandidierenden mit 46,27 Jahren im Durchschnitt etwas jünger als die wählende Bevölkerung, die im Schnitt 53,75 Jahre alt ist. Auch der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist mit 18,11 Prozent unter den Kandidierenden deutlich geringer als in der allgemeinen Bevölkerung, in der dieser Wert bei 25,35 Prozent liegt. Besonders deutliche Verzerrungen liegen für Schul- und Hochschulabschlüsse vor. So verfügen insgesamt 78,72 Prozent der befragten Kandidierenden über die Allgemeine Hochschulreife, wohingegen dies bei den Wähler:innen nur auf 37,43 Prozent zutrifft. Diese überdurchschnittliche Verzerrung im Bereich der formellen Bil-

dung zeigt sich sodann auch mit Blick auf die Hochschulabschlüsse der Befragten: 67,21 Prozent der Kandidierenden geben an, einen Hochschulabschluss zu haben, wohingegen dies nur für 27,3 Prozent der Wähler:innen festzustellen ist.

Die von uns berücksichtigten Kandidierenden von CDU/CSU (129), SPD (110), FDP (97), Grünen (154), Linken (113) und AfD (51), die an der Kandidierendenbefragung teilgenommen haben und zur Bundestagswahl 2021 angetreten sind, sind so in der Summe nicht in der Lage, dem Anspruch der deskriptiven Repräsentation vollends gerecht zu werden. Die hier feststellbaren Abweichungen bei den sozio-demographischen Merkmalen sind dafür schlicht zu groß (vgl. Tabelle 2).

Entstanden die CDU/CSU aus einem kirchennahen Milieu, die SPD aus dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter:innenmilieu und die Grünen – neben weiteren sozialen Bewegungen – auch aus dem Umfeld von Umweltschutzgruppen, so sollte auch heute noch feststellbar sein, inwieweit diese traditionellen Allianzen nachwirken. In der Tat nehmen die Kandidierenden der SPD mit Blick auf die Gewerkschaftsmitgliedschaften eine exponierte Rolle ein – über 2/3 der Kandidierenden geben an, eine solche Mitgliedschaft vorweisen zu können. Damit rangieren die SPD-Kandidierenden allerdings nur unwesentlich vor den Kandidierenden der Linken, bei denen nahezu 64 Prozent der Befragten über eine Gewerkschaftsmitgliedschaft verfügen. In beiden Fällen besteht allerdings eine Divergenz dahingehend, dass ihre Wähler:innen bedeutend seltener Mitglieder einer Gewerkschaft sind (vgl. Abbildung 1).

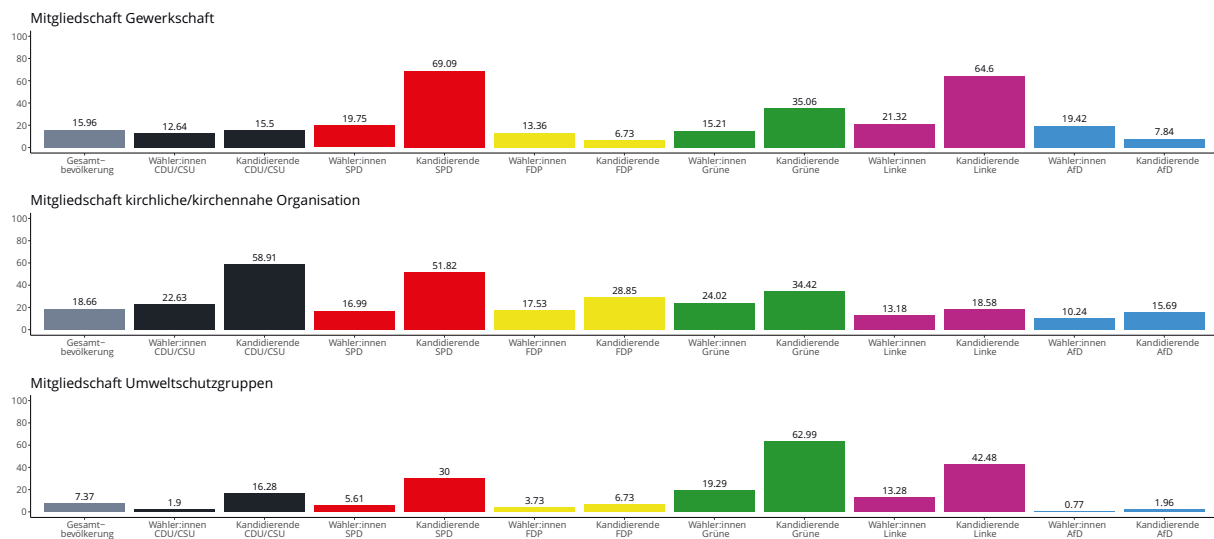
Für die Kandidierenden der CDU/CSU wiederum zeigt sich, dass diese in besonders hohem Umfang Mitglieder von kirchlichen oder kirchennahen Organisationen sind – damit ist explizit nicht die bloße konfessionelle Zugehörigkeit

Tabelle 2 Sozio-demographische Daten im Vergleich in %

	Wähler:innen	Kandidierende
<i>Geschlecht und Alter</i>		
Männlich	51,95	62,43
Weiblich	48,05	37,57
Alter	53,75	46,27
<i>Migrationshintergrund</i>		
Kein Migrationshintergrund	74,65	81,89
Migrationshintergrund	25,35	18,11
<i>Schulabschlüsse</i>		
Schule ohne Abschluss beendet	1,21	0
Hauptschulabschluss	16,57	2,60
Realschulabschluss	30,26	8,68
Fachhochschulreife	14,53	9,98
Abitur	37,43	78,72
<i>Hochschulabschluss</i>		
Kein Hochschulabschluss	72,70	32,79
Hochschulabschluss	27,30	67,21

Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt 2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0). Eigene Berechnung.

Abbildung 1 Mitgliedschaften in soziostrukturell relevanten Gruppen in %



Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt 2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0).
Eigene Darstellung und Berechnung.

➤ **Gewerkschaftlich organisiert – kirchlich engagiert – umweltschutzpolitisch involviert: ein starkes historisches Erbe der Parteien.** ⬅

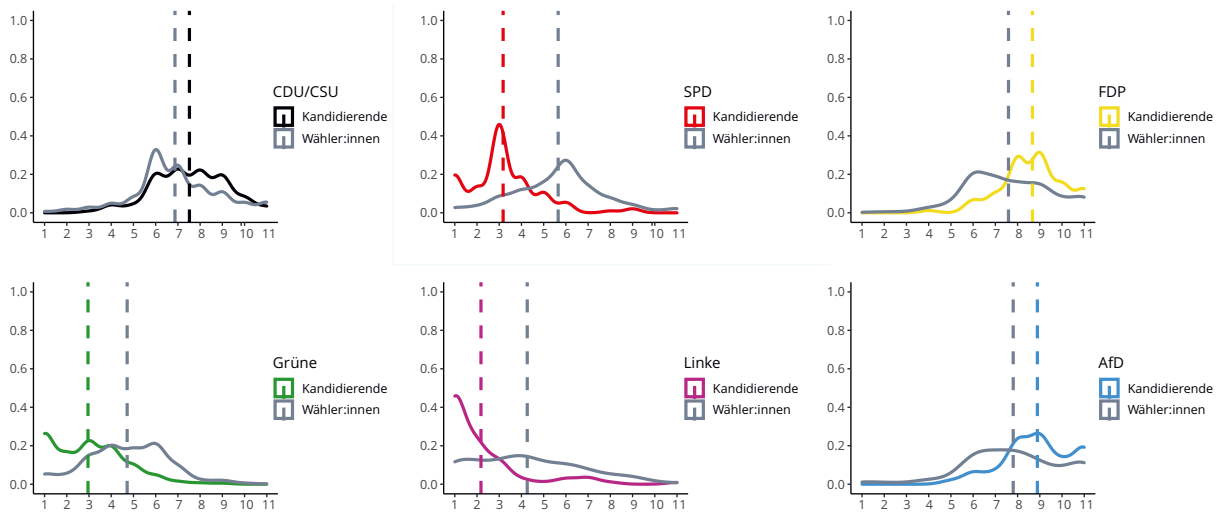
gemeint. Gleiches ist für die SPD-Kandidierenden festzustellen, die ebenfalls in einem besonders hohen Umfang kirchennahen beziehungsweise kirchlichen Organisationen angehören. Interessanterweise ist es hier so, dass die Wähler:innen der Grünen mit knapp über 24 Prozent den größten Anteil von Mitgliedern in kirchlichen oder kirchennahen Organisationen vorzuweisen haben. Bei den Wähler:innen der CDU/CSU sind nur 22,63 Prozent der Befragten derart institutionell eingebunden. Mit Blick auf das Engagement in Umweltschutzgruppen wiederum zeigt sich, dass hier die Grünen mit 19,29 Prozent der Wähler:innen und 62,99 Prozent der Kandidierenden deutlich hervorstechen. In diesem Sinne lässt sich die historische Kontinuität nachvollziehen, die sich vor allem auf der Ebene der Kandidierenden zeigt. Über 2/3 gewerkschaftlich organisierte SPD-, knapp 60 Prozent kirchlich engagierte CDU/CSU- und

fast 63 Prozent umweltschutzpolitisch involvierte Grünen-Kandidierenden – ein starker Ausdruck des historischen Erbes ihrer Parteien.

Inwiefern lässt sich aber zu zentralen Sachfragen, die den politischen Wettbewerb definieren, ein Unterschied zwischen den Kandidierenden und den Wähler:innen der großen Parteien feststellen? Herangezogen wird für diese Illustration zunächst eine sozio-ökonomische Konfliktlinie, die sich zwischen den Werten (1) *mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet* und (11) *weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet* aufspannt. Hierbei zeigt sich, dass sich die Beobachtungen von Spier (2011), Schmitt und Wüst (2004) sowie Iversen (1994) eindeutig replizieren lassen. Die Kandidierenden von CDU/CSU, FDP und AfD nehmen eine sozio-ökonomisch rechtere Position ein als ihre Wähler:innen (vgl. Abbildung 2).

Die AfD-Kandidierenden sind hier durchschnittlich auf dem Achsenwert 8,86 zu verorten, was gleichbedeutend mit einem sozialstaatlichen Abbau und damit verbunden auch der sozio-ökonomisch rechtsten Position ist, die sich in den Daten finden lässt. Die Kandidierenden von SPD, Grünen

Abbildung 2 Wähler:innen und Kandidierende im sozio-ökonomischen Positionsvergleich



Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0).
Eigene Darstellung und Berechnung.

Anmerkung: Die Werte auf der x-Achse beschreiben eine Skala von (1) „mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet“ bis (11) „weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet“. Auf der y-Achse sind die prozentualen Anteile abzulesen.

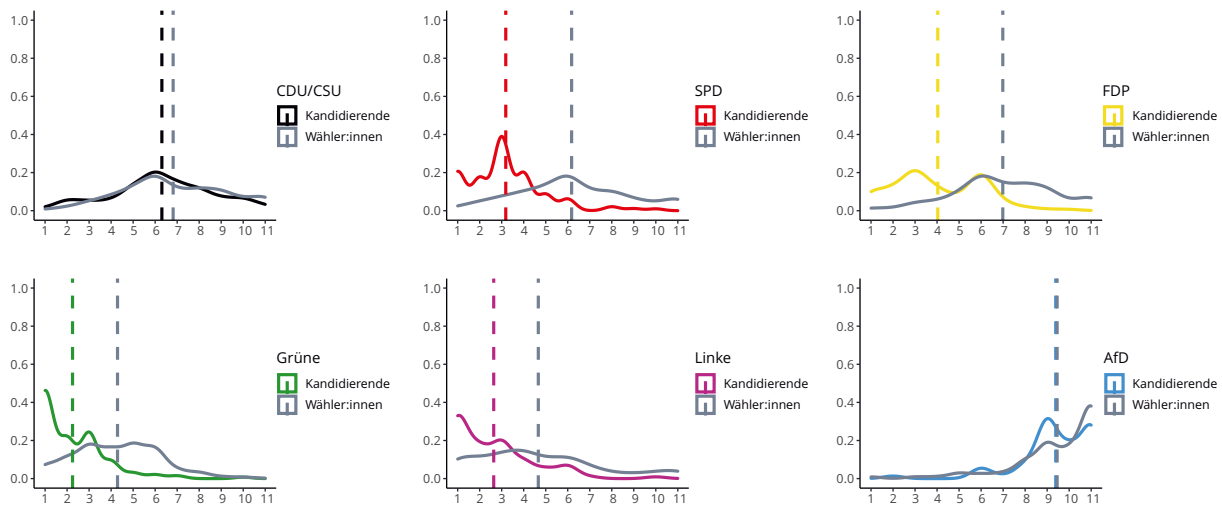
und Linken sind wiederum sozio-ökonomisch bedeutend linker eingestellt als ihre Wähler:innenschaften. Besonders die Kandidierenden der Linken nehmen mit einer durchschnittlichen Position von 2,11 auf dieser Achse eine sehr exponiert linke und damit auch eine den Sozialstaatsausbau befürwortende Position ein. Kandidierende von SPD, Grünen und Linken weichen im Schnitt deutlich stärker von ihren Wähler:innen nach links ab als die Kandidierenden von CDU/CSU, FDP und AfD von ihren Wähler:innenschaften nach rechts.

Als zweites Konfliktfeld betrachten wir den Umgang mit Migrant:innen in Stellvertretung für den sozio-kulturellen Konfliktraum. Dieser spannt sich auf zwischen den Extrempolen (1) *Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden* und (11) *Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden*. Auch hier zeigt sich weitestgehend ein ähnliches Bild, nämlich dass die Kandidierenden als Parteiliten sozio-kulturell eher linkerer Parteien wie der SPD, den Grünen und der Linken stärker in Richtung einer zuwanderungsfreundlichen Politik positioniert sind als ihre Wähler:innen. Derselbe Befund gilt

ebenso für die Kandidierenden von CDU/CSU und FDP. Die Kandidierenden der AfD wiederum sind marginal stärker in Richtung einer restriktiveren Migrationspolitik eingestellt als die eigenen Wähler:innen.

Bemerkenswert sind die hier beschriebenen Befunde in mehrerlei Hinsicht. Zum einen zeigt sich, dass die SPD-Kandidierenden mit einer durchschnittlichen Position von 3,18 auf der Skala sehr zuwanderungsfreundlich positioniert sind, die SPD-Wähler:innen sich mit einem Durchschnittswert von 6,15 auf der Skala wiederum mittig mit einer geringfügigen Tendenz zu stärkeren Restriktionen verortet. Eine ähnliche Beobachtung ist mit Blick auf die FDP feststellbar. Auch hier sind die Kandidierenden mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 4,01 bedeutend liberaler gegenüber Zuwanderung eingestellt als ihre Wähler:innen, für die ein durchschnittlicher Wert von 6,93 vorliegt. Diese sind somit, wenngleich eine erhebliche räumliche Distanz zu den AfD-Wähler:innen auf dieser Konfliktlinie festgestellt werden kann, nach diesen die am stärksten zuwanderungskritisch positionierte Wähler:innenschaft. Gerade mit Blick auf die AfD ist hier, auf Basis der vorliegenden Daten

Abbildung 3 Wähler:innen und Kandidierende im sozio-kulturellen Positionsvergleich



Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt 2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0).

Eigene Darstellung und Berechnung.

Anmerkung: Die Werte auf der x-Achse beschreiben eine Skala von (1) „Zugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden“ bis (11) „Zugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“. Auf der y-Achse sind die prozentualen Anteile abzulesen.

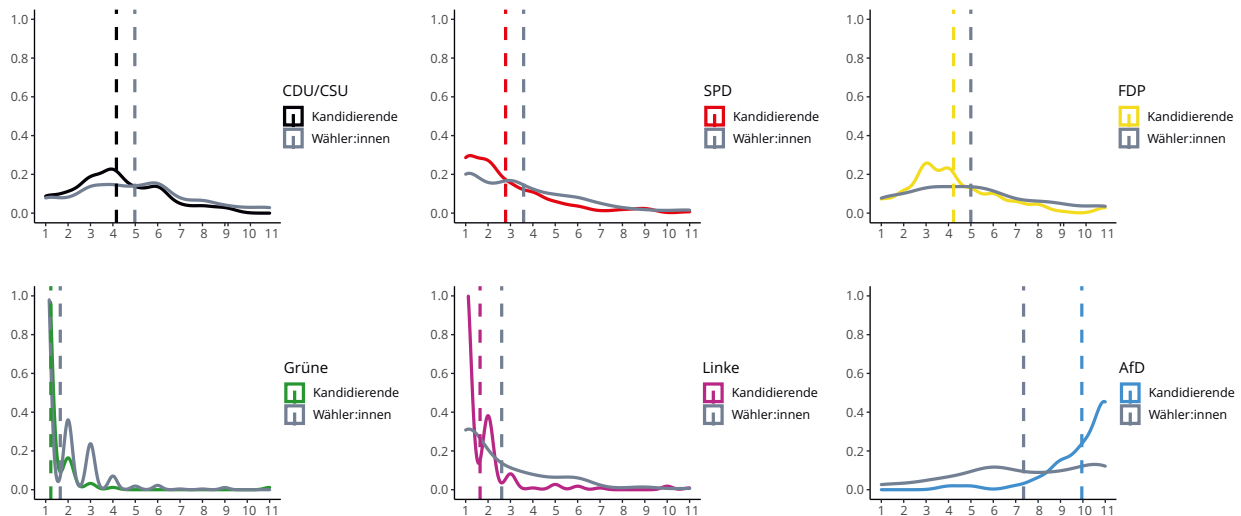
für Kandidierende und Wähler:innen, durchaus zu konstatieren, dass deren Positionen am ehesten zueinander kongruent sind. So nehmen die Wähler:innen eine durchschnittliche Position von 9,38 Skalenpunkten ein, die AfD-Kandidierenden positionieren sich mit nur wenig Differenz durchschnittlich beim Skalenwert 9,37 (vgl. Abbildung 3).

Abschließend wollen wir, vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von klimapolitischen Fragen (siehe hierzu Riebe und Marquardt 2022, in diesem Heft), diesem Themenbereich gleichfalls einen tiefergehenden Blick widmen. Hierzu konnten sich die Wähler:innen und Kandidierenden auf einer Skala zwischen den Extrempolen (1) *Politik müsste noch viel mehr zur Bekämpfung des Klimawandels tun* und (11) *Politik zur Bekämpfung des Klimawandels ist schon viel zu weit gegangen* positionieren. Die vormals gemachte Beobachtung, dass die Parteiwähler:innen zu moderateren Positionen, in die Mitte tendierend, neigen als etwa Parteieliten wie Kandidierende, ist auch hier feststellbar. Im Fall der CDU/CSU, der SPD, der FDP, den Grünen und der Linken gestal-

tet es sich derart, dass diese einen höheren Bedarf bei der Bekämpfung des Klimawandels sehen als ihre Wähler:innenschaften. Die Kandidierenden der AfD wiederum vertreten mit einer durchschnittlichen Positionierung von 9,96 Skalenpunkten viel eher den Standpunkt, dass die Politik hierbei schon zu weit gegangen sei, wohingegen die eigenen Wähler:innen mit einem Durchschnittswert von 7,22 bedeutend moderater eingestellt sind. Sowohl die Kandidierenden als auch die Wähler:innen der anderen Parteien befinden sich nichtsdestotrotz räumlich auf der Seite des Konfliktraums, auf der ein verstärkter Bedarf zu einem weitergehenden Klimaschutz gesehen wird. Besonders die Kandidierenden (1,23) und Wähler:innen (1,63) der Grünen nehmen hier eine exponierte Rolle ein und bilden dementsprechend den Antipoden zur AfD (vgl. Abbildung. 4).

Nahezu identisch ist auf dieser Konfliktdimension die Distanz, die FDP-Wähler:innen und FDP-Kandidierende sowie CDU/CSU-Wähler:innen und die CDU/CSU-Kandidierenden einnehmen. Während die

Abbildung 4 Wähler:innen und Kandidierende im klimapolitischen Positionsvergleich



Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt 2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0).

Eigene Darstellung und Berechnung.

Anmerkung: Die Werte auf der x-Achse beschreiben eine Skala von (1) „Politik müsste noch viel mehr zur Bekämpfung des Klimawandels tun“ bis (11) „Politik zur Bekämpfung des Klimawandels ist schon viel zu weit gegangen“. Auf der y-Achse sind die prozentualen Anteile abzulesen.

FDP-Wähler:innen bei durchschnittlich 4,91 Skalenpunkten positioniert sind, liegen jene der CDU/CSU beim Skalenwert 4,88. Mit Blick auf die Kandidierenden lässt sich feststellen, dass die der FDP bei durchschnittlich 4,19 Skalenpunkten positioniert sind, während die der CDU/CSU bei im Schnitt 4,16 Skalenpunkten liegen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Wähler:innen mit Blick auf sozio-ökonomische Fragen bedeutend weniger zu Extrempositionen neigen als etwa die Kandidierenden der dazugehörigen Parteien. Auf der sozio-kulturellen Konfliktlinie oder in klimapolitischen Fragen lässt sich diese Eindeutigkeit allerdings nicht replizieren. Die vorliegenden Befunde geben allerdings Einblicke dahingehend, wie sehr sich Kandidierende und ihre Wähler:innen in politischen Konfliktfeldern zur Bundestagswahl 2021 ähneln – und auch unterscheiden. Wir konnten nicht feststellen, inwieweit die unterschiedlichen Abweichungen maßgeblich für das Wahlverhalten waren oder sind. Allerdings haben wir mögliche Konfliktthemen zwischen Wähler:innen und Kandidierenden identifiziert, die in naher Zukunft noch eine Rolle spielen könnten.

Eine:r von uns? Implikationen dieser Fragestellung

Ist ein:e Kandidierende:r eine:r von uns? Oder womöglich auch nicht? Eine immer stärker zunehmende Zahl wissenschaftlicher Beiträge beschäftigt sich damit, inwiefern die hier beschriebenen sozio-demographischen Charakteristika, gemeint sind etwa das Geschlecht, der Migrationshintergrund oder das Bildungsniveau von Kandidierenden, eine Wahlentscheidung tatsächlich beeinflussen. Wenngleich diese Frage noch nicht abschließend geklärt werden kann, so kann man aber zumindest klare Diskrepanzen erkennen, die zwischen Wähler:innen und Kandidierenden bezüglich der genannten Merkmale bestehen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass Nichtwähler:innen in der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigt wurden. Dabei weisen diese ein sozial auffälliges Profil auf, welches sich beispielsweise durch ein formell niedriges Bildungsniveau auszeichnet (Schäfer et al., 2016). Entsprechend ist hier von einer noch deutlicheren Verzerrung auszugehen, bei der die Kandidierenden der hier untersuchten

Parteien in noch viel geringerem Ausmaß vermögen, die Bevölkerung vollends widerzuspiegeln. Ob eine derartige Diskrepanz normativ wünschenswert erscheint oder kontraproduktiv für eine demokratische Gesellschaft ist, können wir hier nicht klären. Zumindest mit Blick auf sachbezogene Einstellungen zu zentralen Konfliktfeldern des politischen Wettbewerbs kann man aber zumindest festhalten, dass Parteiliten und die jeweiligen Wähler:innenschaften im Großen und Ganzen ähnliche, wenn auch nicht identische Positionen vertreten.

Differenzen sind vor allem dahingehend feststellbar, dass Wähler:innen von SPD, Grünen und Linken bedeutend weniger sozio-ökonomisch links eingestellt sind als ihre Kandidierenden. Die Wähler:innen der FDP favorisieren wiederum eine deutlich restriktivere Migrationspolitik als ihre Kandidierenden. Der AfD ist zu attestieren, dass ihre Wähler:innen weitaus weniger kritisch gegenüber einer staatlich organisierten Bekämpfung des Klimawandels eingestellt sind als die AfD-Kandidierenden. Für die CDU/CSU lassen sich, zumindest auf Basis der Datenlage zur Bundestagswahl 2021, keine allzu großen Abweichungen zwischen Kandidierenden und Wähler:innen nachvollziehen.

Ein besonders markantes Ergebnis ist, dass die Kandidierenden in den für die Parteien historisch relevanten sozialen Gruppen auch weiterhin überdurchschnittlich stark involviert sind – dies aber auch parteiübergreifend. Einzig bei Gewerkschaftsmitgliedern lässt sich eine Abweichung dahingehend beobachten, dass die sozio-ökonomisch eher rechts positionierten Parteien, die FDP und die AfD, auf Ebene der Wähler:innen in diesen stärker vertreten sind als auf Ebene der Kandidierenden. Inwiefern auch diese Frage von Relevanz für das Wahlverhalten ist oder gar sein könnte, müssen weitere Studien zeigen.

Ist ein:e Politiker:in eine:r von uns? Diese Frage lässt sich sicherlich aus subjektiver Sicht nur individuell beantworten. Dabei kann eine Rolle spielen, ob der oder die Kandidierende der fragenden Person in Puncto

sozio-demographischer Merkmale ähnelt. Es kann auch von Bedeutung sein, ob man die zu wählende Person aus der Gewerkschaft, der kirchennahen Organisation oder der lokalen Umweltschutzgruppe kennt. Womöglich spielt auch lediglich eine Rolle, ob die kandidierende Person inhaltliche Positionen vertritt, die den eigenen Überzeugungen nahe sind. Die Wahrheit liegt vermutlich irgendwo zwischen diesen drei Perspektiven, weswegen es sich hierbei, wie auch beim tatsächlichen Wahlakt, schlussendlich um eine Frage individueller Priorisierung und der Perspektive handelt.

Literatur

- Abels, G., Ahrens, P., & Blome, A. (2018). Geschlechtergerechte Repräsentation in historischer und internationaler Perspektive. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 68(42), S. 28-36.
- Beck, U. (2016). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. 23. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Debus, M., & Müller, J. (2020). Soziale Konflikte, sozialer Wandel, sozialer Kontext und Wählerverhalten. In T. Faas, O. W. Gabriel, & J. Maier (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium* (S. 437-457). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Der Spiegel. (2021, 16.03.). Laschet will künftiges Kabinett paritätisch besetzen. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gleichstellung-armin-laschet-will-kuenftiges-kabinett-paritaetisch-besetzen-a-aa5074e1-3450-4f7b-86cb-4885a3da2be9>, zuletzt abgerufen am 11.05.2022.
- Dippel, A. S., Hetzer, L., & Burger, A. M. (2022). Links oder rechts? Die ideologische Selbstverortung von Wähler:innen und ihre Wahrnehmung von Parteien in Deutschland. *easy_social_sciences* 67, 19-29. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.04>
- Downs, A. (1957). An Economic Theory of Political Action in a Democracy. *The Journal of Political Economy*, 65(2), S. 135-150.
- Evans, G. & Northmore-Ball, K. (2018). Long-Term Factors. Class and religious cleavages. In J. Fisher, E. Fieldhouse, M. N. Franklin, R. Gibson, M. Cantioch, & C. Wlezien (Hrsg.), *The Routledge Handbook of Elections, Voting Behavior and Public Opinion* (S. 123-135). London und New York: Routledge.
- GLES. 2022a. GLES Querschnitt 2021, Nachwahl. GESIS, Köln. ZA7701 Datenfile Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13858>

- GLES. 2022b. GLES Kandidierendenstudie 2021. GESIS, Köln. ZA7704 Datenfile Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13937>
- Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton/New Jersey: Princeton University Press.
- Iversen, T. (1994). Political Leadership and Representation in West European Democracies: A Test of Three Models of Voting. *American Journal of Political Science*, 38(1), S. 45-74. <https://doi.org/10.2307/2111335>
- Lipset, S. M., & Rokkan, S. (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In S. Rokkan & S. M. Lipset (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* (S. 1-64). New York und London: Free Press.
- Marschall, S. (2018). Parlament. In R. Voigt (Hrsg.), *Handbuch Staat*. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20744-1_74
- Merkur. (2021, 09.09.). Scholz spricht positiv über Lindner: „Man kann sich auf ihn verlassen“. Online verfügbar unter: <https://www.merkur.de/politik/scholz-spricht-positiv-ueber-lindner-man-kann-sich-auf-ihn-verlassen-90970622.html>, zuletzt abgerufen am 11.05.2022.
- Norris, P., & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pitkin, H. F. (1967). *The Concept of Representation*. Berkeley, Los Angeles und London: University of California Press.
- Riebe, F. & Marquardt, J. (2022). Klimawandel & Wahlentscheidung 2021 – eine Frage des Alters? *easy_social_sciences* 67, 38-47. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.06>
- Schäfer, A., Schwander, H., & Manow, P. (2016). Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013. In H. Schoen, & B. Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013* (S. 21-44). Wiesbaden: Springer VS.
- Schmitt-Beck, R. (2019). Die Parteiwahl und ihre Hintergründe. Einleitung. In S. Roßteutscher, R. Schmitt-Beck, H. Schoen, B. Weßels, & C. Wolf (Hrsg.), *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017* (S. 181-188). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Schmitt, H. & Wüst, A. M. (2004). Direktkandidaten bei der Bundestagswahl 2002: Politische Agenda und Links-Rechts-Selbsteinstufung im Vergleich zu den Wählern. In F. Brettschneider, J. van Deth, & E. Roller (Hrsg.) *Die Bundestagswahl 2002* (S. 303-325). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Spier, T. (2011). Welche politischen Einstellungen haben die Mitglieder der Parteien?. In T. Spier, M. Klein, U. Alemann, H. Hoffmann, A. Laux, A. Nonnenmacher, & K. Rohrbach (Hrsg.). *Parteimitglieder in Deutschland* (S. 121-137). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

L. Constantin Wurthmann

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail constantin.wurthmann@gesis.org

L. Constantin Wurthmann ist Postdoktorand im Team der GLES. Seine Forschungsinteressen umfassen die Wahl- und Parteienforschung sowie den Wandel von politischen Einstellungen und Wertorientierungen.

<http://orcid.org/0000-0002-3673-0908>

Joscha Bäuerle

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail joscha.baeyerle@gesis.org

Joscha Bäuerle ist Doktorand im Team der GLES. Seine Forschungsinteressen umfassen die Einstellungs- und Wahlforschung sowie die Parteienforschung.

<https://orcid.org/0000-0003-1301-1019>



Data Brief: Die German Longitudinal Election Study (GLES) zur Bundestagswahl 2021

Joss Roßmann

Das Wahlverhalten der Deutschen hat sich innerhalb der letzten Dekade zunehmend schnell verändert und eine neue Ära der Instabilität in der Wähler:innenschaft eingeläutet (Schmitt-Beck et al., 2022). Die Messung und Untersuchung langfristiger Entwicklungen und Dynamiken in den Einstellungen und dem Wahlverhalten der Wähler:innen stellt hohe Anforderungen an die Verfügbarkeit und Qualität der Datengrundlage für die sozialwissenschaftliche Wahlforschung. Ein wichtiger Eckpfeiler der Untersuchung von Wahlen, als die zentrale Institution der repräsentativen Demokratie, sind Befragungen der Wähler:innen. Bereits seit der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag 1949 werden Wahlumfragen zu den Bundestagswahlen durchgeführt und bilden seitdem das Fundament für die nationale und internationale Forschung zu Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland (Schmitt-Beck et al., 2010). Trotz der herausragenden Bedeutung von hochqualitativen Befragungsdaten zu Wahlen und anderen Formen politischer Partizipation ist deren Erhebung und Bereitstellung für die sozialwissenschaftliche Wahlforschung alles andere als selbstverständlich: Über einen langen Zeitraum fehlte in Deutschland eine auf Dauer angelegte und durch öffentliche

Fördereinrichtungen finanzierte nationale Wahlstudie (Schmitt-Beck et al., 2010). Diese Situation hat sich mit der Etablierung der GLES im Jahr 2009 grundlegend geändert.

GLES – Ein Umfrageprogramm für die empirische Forschung zu Wahlen in Deutschland

Die GLES wurde als ein „Projekt der gesamten wissenschaftlichen Gemeinschaft der akademisch verankerten Wahlforscher und anderer an der Analyse von politischen Einstellungen und Verhalten interessierter Sozialwissenschaftler in Deutschland und aus anderen Ländern“ (Schmitt-Beck et al., 2010) auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW) begründet und von Beginn an in enger Kooperation mit GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS) durchgeführt. Gefördert wurde die GLES von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen des Langfristprogramms für die Sozial- und Geisteswissenschaften. Zu den Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 erhob die GLES reichhaltige Daten aus Umfragen, quanti-

tativen Medieninhaltsanalysen (Zeitungen und Fernsehen) und experimentellen Untersuchungen zu den TV-Duellen zwischen den Kanzlerkandidierenden und den Spitzenkandidierenden weiterer Parteien.

Neben der Bereitstellung von Daten für die wissenschaftliche Forschung zielten die Bestrebungen der Kooperation der DGfW und GESIS insbesondere auch auf den Aufbau einer Infrastruktur für die nationale Wahlforschung ab. Dies mit Erfolg, denn seit 2018 verantwortet GESIS die Koordination, Finanzierung und Durchführung der GLES als das zentrale Umfrageprogramm für die kontinuierliche Erhebung und Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Deutschland. Die enge Einbindung der wissenschaftlichen Fachgemeinschaft in die Konzeption und Durchführung der Studie wird dabei über die Koordinationsgruppe der GLES sichergestellt, die sich aus dem Vorstand der DGfW zusammensetzt. Die GLES bietet somit eine verlässliche und langfristige Perspektive für die nationale und internationale Forschung zu Wahlen im politischen Mehrebenensystem der Bundesrepublik Deutschland.

Open Science und Open Data für die Wahlforschung

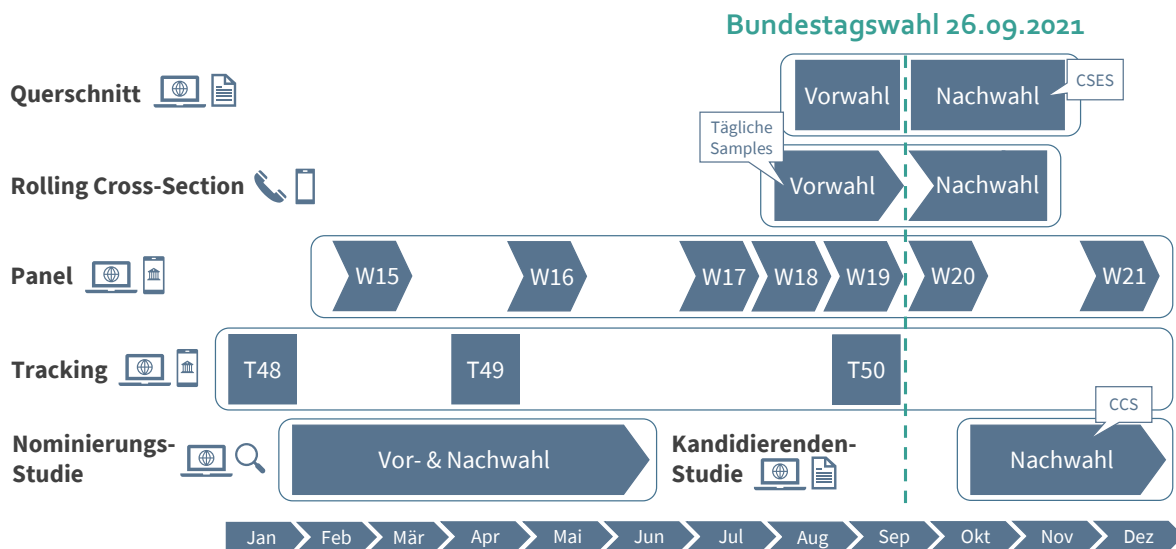
Als Umfrageprogramm für die wissenschaftliche Fachgemeinschaft beachtet die GLES die Grundsätze von Open Science durch die Etablierung von Standards einer transparenten Wissenschaftspraxis sowie durch die Implementierung der GLES Open Science Strategie (Bucher et al., 2021). Ein zentraler Baustein ist Open Data, das heißt die seit dem Start der GLES praktizierte zeitnahe und kostenfreie Bereitstellung von qualitativ hochwertig aufbereiteten Forschungsdaten, die den FAIR-Kriterien entsprechen, das heißt Findable, Accessible, Interoperable und Reusable sind (Wilkinson et al., 2016). Die aller-

meisten Daten und Dokumente der GLES sind für die akademische Forschung und Lehre frei verfügbar, während sensitive Datenbestände nach Prüfung des Forschungsvorhabens und Abschluss eines Datennutzungsvertrags zur Verfügung gestellt werden. Auf Grundlage einer schriftlichen Vereinbarung mit GESIS können die Daten auch in anderen Bereichen, zum Beispiel für journalistischen Zwecke, die politische Bildung, oder im gesellschaftlichen Wissenstransfer verwendet werden.

Das Design der GLES zur Bundestagswahl 2021

Das Design der Studie zielt darauf ab, die Untersuchung sowohl kurzfristiger Dynamiken im Vorfeld von Wahlen als auch die Analyse der langfristigen Veränderungen über mehrere Wahlzyklen hinweg zu ermöglichen. Die Gestaltung der GLES erlaubt auch die Berücksichtigung der institutionellen und politischen Kontexte von Wahlen im politischen Mehrebenensystem der Bundesrepublik Deutschland (Schmitt-Beck et al., 2010). Sie beinhaltet daher nicht nur Befragungen von potenziellen Wähler:innen, sondern auch der Kandidierenden für den Deutschen Bundestag als zentralen Akteur:innen auf der politischen Angebotsseite (vgl. den Beitrag von *L. Constantin Wurthmann* und *Joscha Bäuerle*, 2022, im vorliegenden *easy*-Heft). Darüber hinaus ist die GLES als Umfrageprogramm anschlussfähig für Kooperationen mit Datenerhebungsprojekten, welche die Kontexte von Wahlen, wie beispielsweise die Kommunikation und Wahlkampfaktivitäten der Kandidierenden in den sozialen Medien, untersuchen (z. B. Sältzer et al., 2021). Über die Durchführung der deutschen Datenerhebungen für die Comparative Study of Electoral Systems (CSES) und den Comparative Candidates Survey (CCS) stellt die GLES schließlich die Bereitstellung von Daten für die international vergleichende Forschung zu Wahlen sicher.

Abbildung 1 Das Design der GLES zur Bundestagswahl 2021



Zur Bundestagswahl 2021 führte die GLES methodisch vielfältige Umfragen unter wahlberechtigten Bürger:innen und Kandidierenden für den Deutschen Bundestag durch. In insgesamt vier Studienteilen wurden quer- und längsschnittliche Umfragen mit potenziellen Wähler:innen durchgeführt (siehe Abbildung 1). Diese erlauben neben detaillierten Analysen der politischen Einstellungen und des Wahlverhaltens zur Bundestagswahl auch die Untersuchung kurzfristiger Dynamiken im Verlauf des Wahlkampfs, sowohl in der Wähler:innenschaft als Ganzem als auch auf der Ebene der individuellen Wähler:innen. Die Harmonisierung von Fragen über die Umfragen der GLES hinweg und die Bereitstellung von zusammengespielten Datensätzen aus mehreren Umfragen über einen längeren Zeitraum zielt zudem darauf ab, Analysen über mehrere Wahlzyklen hinweg zu ermöglichen.

Im Zentrum der Befragungen der Wähler:innen steht der *GLES Querschnitt*. Ausführliche Befragungen der wahlberechtigten Bürger:innen vor als auch nach einer Wahl bilden das Herzstück der meisten Studien zu Wahlen weltweit (Schmitt-Beck et al., 2010). Das umfassende Frageprogramm des GLES Querschnitts erlaubt differenzierte Analysen und zielt insbesondere auf die Untersuchung

von klassischen Fragen der Wahlforschung ab. Durch die Replikation von Fragen aus früheren Erhebungen eignet sich dieser Studienteil zudem für Untersuchungen von langfristigen Veränderungen der politischen Einstellungen und des Wahlverhaltens der Wähler:innenschaft. Die Aufnahme der Fragen aus dem jeweils aktuellen Modul der CSES in die Nachwahlbefragung gewährleistet die Einbindung in die international vergleichende Wahlforschung. Im Secure Data Center von GESIS können die Befragungsdaten überdies mit sensitiven Regionaldaten angereichert werden, um kleinräumige Kontextmerkmale, wie beispielweise die Wahlbeteiligung in der unmittelbaren Umgebung des Wohnorts, in Untersuchungen aufnehmen zu können. Innovationen und aktuelle Entwicklungen in der internationalen Wahl- und Einstellungsforschung werden durch die Hinzunahme neuer Frageinstrumente berücksichtigt: So wurden im GLES Querschnitt 2021 beispielsweise Fragen zu aktuellen politischen Themen aus den Bereichen Corona-Pandemie, Mietendeckel, Klimawandel, Gleichstellung sowie zum Institutionenvertrauen und dem Gefühl subjektiver Abhängigkeit aufgenommen.

Im Unterschied zu vorhergehenden Wahljahren, in denen die Vor- und Nachwahlbe-

fragungen des Querschnitts persönlich von Interviewer:innen durchgeführt wurden, setzte die GLES aufgrund der Corona-Pandemie zur Bundestagswahl 2021 ein Mixed-Mode-Design mit online (Computer-Assisted Web Interviewing, CAWI) und schriftlich-postalisch (Paper and Pencil Interviews, PAPI) auszufüllenden Fragebögen ein. Hierbei wurde für Personen, die 69 Jahre oder jünger waren, ein Push-to-Web-Ansatz gewählt, bei dem die ausgewählten Personen im ersten und zweiten Kontaktversuch ausschließlich einen Link zum Online-Fragebogen zugeschickt bekamen, bevor sie im dritten Kontaktversuch schließlich zusätzlich einen schriftlichen Fragebogen erhielten. Personen, die 70 Jahre oder älter waren, erhielten bereits im ersten Kontaktversuch zusätzlich zum Online-Zugang einen schriftlichen Fragebogen, den sie ausgefüllt per Post zurücksenden konnten. Wie in vorhergehenden Befragungen wurden auch zur Wahl 2021 in der Ziehung der Zufallsstichprobe überproportional viele Personen aus Ostdeutschland aus den Meldeamtsregistern der ausgewählten Gemeinden berücksichtigt, um differenzierte Ost-West-Vergleiche zu ermöglichen. In der Vorwahlbefragung, die in den viereinhalb Wochen vor dem Wahltermin am 26. September durchgeführt wurde, nahmen 5.116 wahlberechtigte Bürger:innen teil. Im Rahmen der Nachwahlbefragung, beantworteten weitere 3.424 Wahlberechtigte Fragen zu ihrem Wahlverhalten und ihren politischen Einstellungen und Prädispositionen, die in weiten Teilen dem Frageprogramm der Vorwahlbefragung entsprachen. Insgesamt wurden im GLES Querschnitt 8.540 wahlberechtigte Bürger:innen interviewt.

Die *GLES Rolling Cross-Section* ist eine weitere zentrale Befragung der Wähler:innen zur Bundestagswahl 2021. Wie bereits in den Wahljahren 2005, 2009, 2013 und 2017 erfolgte die Befragung vor der Bundestagswahl in einem rollierenden Querschnittsdesign, bei dem die befragten Personen jedes einzelnen Erhebungstages jeweils aus einer Zufallsstichprobe aus der Auswahlgesamtheit hervorgehen. Dieses anspruchsvolle Erhebungsdesign

erlaubt die Analyse von Wahlkampfdynamiken unter den befragten Wahlberechtigten auf täglicher Basis. Die Durchführung einer zusätzlichen Wiederbefragung von Teilnehmenden nach der Wahl ermöglicht zudem die Untersuchung von intra-individuellen Veränderungen im Kampagnenverlauf. Die Datenerhebung wurde mittels telefonischer Interviews (Computer-Assisted Telephone Interviewing, CATI) durchgeführt. Die zugrundeliegende Dual-Frame-Telefonstichprobe aus eingetragenen und zufällig generierten Telefonnummern bestand aus 60% Festnetznummern und 40% Mobilfunknummern. In den 55 Tagen vor der Bundestagswahl 2021 wurden pro Erhebungstag durchschnittlich rund 128 Interviews durchgeführt, sodass insgesamt 7.068 vollständige Interviews vorliegen. In der Wiederbefragung nach der Wahl konnten 4.446 wahlberechtigte Personen erneut befragt werden.

Das *GLES Panel* zielt auf die längsschnittliche Untersuchung von intra-individuellen Veränderungen in den politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der wahlberechtigten Bürger:innen im Verlauf des Wahlkampfes sowie zwischen Wahlen ab. Seit der Bundestagswahl 2017 werden Personen aus zwei unterschiedlichen Stichproben vor und während des Wahlkampfes, nach der Bundestagswahl sowie zwischen den Wahlen befragt. Im Jahr der Bundestagswahl 2021 wurde eine Stichprobe von über 23.000 Personen aus den Online-Befragungsplattformen der Respondi AG und GapFish GmbH bis zu fünfmal vor Beginn und während des Wahlkampfes (Befragungswellen W15-W19) sowie bis zu zweimal nach der Wahl am 26. September (W20-W21) online (CAWI) befragt. Bei den Befragungen wurden zwischen 12.997 und 16.011 Interviews je Welle realisiert. Zudem wurden 1.532 Online-Interviews mit einer Stichprobe von 1.756 wiederbefragungsbereiten Teilnehmer:innen des GLES Querschnitts 2017 unmittelbar nach der Bundestagswahl im September 2021 durchgeführt (W20). Während der Schwerpunkt der Befragungen seit dem Sommer auf dem Wahlkampf lag, standen nach dem Wahltag

die Wahlentscheidung und das Wahlergebnis im Fokus. Im Dezember 2021 wurde zudem unmittelbar nach der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler eine Befragung zur Regierungsbildung durchgeführt. Ab dem Frühjahr 2022 werden die teilnahmebereiten Personen aus den beiden Stichproben zusammen mit den wiederbefragungsbereiten Teilnehmer:innen des GLES Querschnitts 2021 bis zu zweimal im Jahr online interviewt, um Entwicklungen in den politischen Einstellungen und Verhaltensweisen zwischen den Wahlen untersuchen zu können. Die Verbindung von mehreren nah aufeinander folgenden Befragungen zur Untersuchung von kurzfristigen Einstellungs- und Verhaltensänderungen vor und während des Wahlkampfes mit der langfristigen Wiederbefragung nach und zwischen den Wahlen in einem komplexen Erhebungsdesign sowie mit einem umfassenden und auf aktuelle Entwicklungen reagierenden Frageprogramm macht das GLES Panel zu einem einzigartigen und innovativen Element der Forschung zu Wahlen in Deutschland.

Das *GLES Tracking* zielt darauf ab, langfristige Veränderungen in politischen Einstellungen und dem Wahlverhalten der wahlberechtigten Bürger:innen zwischen den Wahlen zu messen. Hierfür werden in einem Querschnittsdesign mindestens dreimal pro Jahr Online-Interviews (CAWI) mit in der Regel 1.000 wahlberechtigten Personen von der Online-Befragungsplattform der Respondi AG durchgeführt. Die Umfragen bauen auf einem konstanten Kernfrageprogramm auf, was es ermöglicht, Veränderungen über die Zeit zu untersuchen. Bei Bedarf werden weitere Fragen aufgenommen, welche sich auf – zum jeweiligen Zeitpunkt – besondere Ereignisse in Politik und Gesellschaft beziehen. Das GLES Tracking aus dem September 2021 (T50), bei welchem in den zwei Wochen vor der Wahl 1.688 Wahlberechtigte befragt wurden, beinhaltet zusätzliche Fragen zur Briefwahl und den Kanzlerkandidierenden. Auch nach der Bundestagswahl 2021 laufen

die Befragungen des GLES Trackings weiter.

Im deutschen Wahlsystem stellen die Kampagnen der Kandidierenden zum Deutschen Bundestag eine wichtige Informationsquelle für die Wahlberechtigten dar. Deshalb wurden die Wähler:innenumfragen zur Bundestagswahl 2021 wieder durch eine Befragung der Kandidierenden ergänzt. Zur *GLES Kandidierendenstudie* wurden 2.558 Direkt- und Listenkandidierende der im Bundestag mit Fraktionsstatus vertretenen Parteien eingeladen. Der Kern der Studie besteht aus Fragen zum persönlichen und politischen Hintergrund, zum Nominierungsprozess und Wahlkampf der Kandidierenden sowie zu ihren politischen Einstellungen und Prädispositionen. Im Zusammenspiel mit den Befragungen der Wähler:innen ermöglicht dies einen Vergleich der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen zwischen den Wahlberechtigten und den Kandidierenden sowie die Untersuchung von Wahlkampfstrategien und ihren Wirkungen auf die Wähler:innen. Insgesamt wurden 735 Kandidierende in einem Mixed-Mode-Design entweder online (CAWI) oder schriftlich (PAPI) befragt. Die Studie beinhaltet zudem die Fragen des CCS und gewährleistet somit die Bereitstellung von Daten für die Forschung zu Kandidierenden in international vergleichender Perspektive. Hinzugespielte Informationen zu den Wahlkreisen aus der amtlichen Statistik erlauben es zudem, den sozio-strukturellen Kontext von Wahlen in Untersuchungen miteinzubeziehen.

Zusätzlich zu den durchgeführten Befragungen wurden im Rahmen der *GLES Nominierungsstudie* zur Bundestagswahl 2021 erstmalig systematisch Informationen zu den Nominierungen der Wahlkreiskandidierenden der im Bundestag vertretenen Parteien mit Fraktionsstatus erhoben. Die Erhebung der Informationen erfolgte über Online-Recherchen und eine Online-Umfrage bei den Parteien. Die Nominierungsstudie ergänzt die Kandidierendenstudie 2021 und stellt eine weitere Innovation im Design der GLES dar.

Ausblick

Mit der Institutionalisierung der GLES bei GESIS im Jahr 2018 wurde das Ziel der Schaffung eines auf Dauer angelegten Umfrageprogramms für die nationale und internationale Forschung zu Wahlen in Deutschland erreicht (siehe Schmitt-Beck et al., 2010). Seitdem wird das Design der GLES in enger Kooperation zwischen GESIS und der DGfW mit Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und sich wandelnde Forschungsthemen weiterentwickelt. Darüber hinaus entwickelt die GLES ihre Angebote an Forschungsdaten sowie zur Förderung der Praktiken von Open Science im Bereich der sozialwissenschaftlichen Wahl- und Einstellungsforschung kontinuierlich fort – zum Beispiel über die Durchführung der Open Science Challenge 2021. Informationen und Neuigkeiten zur GLES erhalten Interessierte auch über die Mailingliste der Studie sowie den Twitter-Kanal @gles_data.

Literatur

- Bucher, H., Stroppe, A.-K., Burger, A., & Heycke, T. (2021). GLES Open Science Strategie. (GESIS Papers 2021/03). Köln: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.21241/ssoar.68698>
- Sältzer, M., Stier, S., Bäuerle, J., Blumenberg, M., Mechkova, V., Pemstein, D., . . . Wilson, S. (2021). Twitter-Accounts der Kandidierenden zur Bundestagswahl 2021 (GLES). In GESIS Datenarchiv, Köln. ZA7721 Datenfile Version 2.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13790>
- Schmitt-Beck, R., Rattinger, H., Roßteutscher, S., & Weßels, B. (2010). Die deutsche Wahlforschung und die German Longitudinal Election Study (GLES). In F. Faulbaum & C. Wolf (Hrsg.), *Gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel der empirischen Sozialforschung* (S. 141-172). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitt-Beck, R., Roßteutscher, S., Schoen, H., Weßels, B., & Wolf, C. (2022). A New Era of Electoral Instability. In R. Schmitt-Beck, S. Roßteutscher, H. Schoen, B. Weßels, & C. Wolf (Hrsg.), *The Changing German Voter* (S. 3-26). Oxford: Oxford University Press.
- Wilkinson, M. D., Dumontier, M., Aalbersberg, I. J., Appleton, G., Axton, M., Baak, A., . . . Mons, B. (2016). The FAIR Guiding Principles for scientific data management and stewardship. *Scientific Data*, 3(1), 160018. <https://doi.org/10.1038/sdata.2016.18>
- Wurthmann, L. C. & Bäuerle, J. (2022). Eine:r von uns? Kandidierende und Wähler:innen zur Bundestagswahl 2021 im Vergleich. *easy_social_sciences* 67, 61-71. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.08>

Joss Roßmann

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail Joss.Rossmann@gesis.org

Joss Roßmann ist Senior Researcher und stellvertretender Teamleiter der GLES. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Umfragemethodik und der politischen Soziologie.

<https://orcid.org/0000-0003-2701-0690>



Published by

GESIS – Leibniz Institute for the Social Sciences
Knowledge Exchange & Outreach (KEO)
Unter Sachsenhausen 6-8
50667 Cologne
easy@geis.org • www.geis.org/easy

Editors

Dr. Johannes Breuer, Dr. Philip Jost Janßen,
Dr. Lydia Repke, Dr. Sophie Zervos

Editorial Office

Dr. Philip Jost Janßen (Team Publications)
Dr. Sophie Zervos (Team Transfer)

Layout

Bettina Zacharias

GESIS is member of Leibniz Association

ISSN 2199-9082 (Online)
